



# Politische Berichte

Nummer 23 / 14. Jahrgang

5. November 1993

G 7756 D Preis 2,00 DM

## Somalia: Zieht die UNO ab?

**Bundesregierung will ihre Truppen so lange wie möglich im Land lassen**

Die Bundesregierung hat sich nach ihren letzten Erklärungen entschlossen, den Bitten der UNO, vorgebracht durch UN-Generalsekretär Ghali und Untersekretär Annen in einem Telefongespräch mit Kinkel, zu folgen, die Besetzung somalischer Gebiete durch Einheiten der Bundeswehr vorerst ohne Änderungen fortzuführen.

Die Bundesregierung hat dabei offensichtlich nicht bedacht, daß Herr Ghali bei seinem ersten Besuch in Somalia im Januar des Jahres mit Steinen begrüßt wurde und bei seinem zweiten Besuch Mitte Oktober das Flughafengebäude nicht verlassen konnte, da Somalis ihn auch dieses Mal entsprechend begrüßen wollten. Im übrigen hält sich unter Somalis hartnäckig das Gerücht, daß Ghali, als er noch Außenminister Ägyptens war, eine Übereinkunft mit dem damaligen, von westlichen Regierungen bis kurz vor seiner endgültigen Vertreibung aus Somalia unterstützten somalischen Diktator Barre getroffen habe, ägyptische Fellachen im fruchtbaren Juba-Gebiet anzusiedeln. Beide, Barre und Ghali, hätten finanziell von diesem Deal profitieren können. Ghali scheint diese Pläne immer noch nicht aufgegeben zu haben, denn einen für Somalis nachvollziehbaren Grund für weitere Stationierung von UNO-Soldaten gibt es nicht.

Es gibt hingegen auch Meinungen innerhalb der UNO, die ebenfalls für einen Abzug der Truppen plädieren und für Bereitstellung von Gesprächsangeboten.

Doch zurück zur Politik der Bundesregierung: Sie plädiert nach wie vor für weitere militärische Besatzung. Diese militärische Besatzung hat bisher schon nichts genutzt, sondern im Gegenteil Somalis das Leben gekostet, ihre Existenzgrundlagen zerstört, zu einer Ausbreitung gewaltsamer Konflikte innerhalb des Landes geführt und zu einem verschärften Ungleichgewicht in der wirtschaftlichen Situation des Landes geführt.

Mohamed Farah Aidede muß gefangen genommen werden — nach Meinung des Herrn Generalsekretärs der UNO und bis vor kurzem der USA — dann sei Somalia „befriedet“. Ihnen ist entgangen — oder sie wissen es genau und ver-

folgen ihn gerade deshalb — daß Aidede Vorsitzender der Somali National Alliance (SNA) ist. Die SNA ist eine Koalition von vier Parteien aus vielen Regionen Somalias und mit Mitgliedern aus allen „Stämmen“ Somalias. Diese Allianz setzt sich ein für den Abzug aller ausländischen Besatzungstruppen und „Berater“, gegen ausländische Entwicklungshilfe und Auflagen von sogenannten internationalen Gremien (wie z.B. IWF und Weltbank), für von Somalis selbstbestimmte Eigenentwicklung des Landes, für Wiederherstellung der Selbstversorgung mit Lebensmitteln (was bis in die 60er Jahre in Somalia Realität war), für Entwicklung der Landwirtschaft mit Produkten für das Inland, für Entwicklung der Viehwirtschaft und deren Produkten — inkl. der nomadischen Viehhaltung, für Entwicklung des Fischereiwesens (ca. 3200 km Küste), für Dezentralisierung mit eher basisdemokratischen Strukturen und vor allem für politisches Selbstbestimmungsrecht der Somalis. Das Kopfgeld in Höhe von 25000 US-Dollar, das auf Aidede ausgesetzt ist, hatte keinen Somali dazu bewegen können, Aidede, „Vater des Friedens“, wie er von Anhängern der SNA bezeichnet wird, an die USA/UNO auszuliefern.

Da die Somalis Aidede also nicht ausliefern, wurde von der UNO/USA nach anderen Wegen gesucht, ihn gefangen zu nehmen und die Organisation der SNA zu zerstören. Die USA entsandten ihre Ranger-Elitegruppe, 500 Mann, die sich bereits in Panama bei der Ergreifung Noriegas bewährt hatten. Drei Mal versuchten die Ranger, Aidede durch überraschende Überfälle festzunehmen. Beim dritten Versuch hatten sie von einer angeblichen Versammlung der SNA mit allen ihren führenden Köpfen gehört, die am 3. Oktober im Hotel Olympia stattfinden sollte. Doch es folgte eine weitere große Blamage und Niederlage für die Ranger und für die USA. Die SNA hatte das Treffen fin-



120 000 Mitglieder der Gewerkschaften IG Bau und NGG demonstrierten am vergangenen Donnerstag, den 28. Oktober, in Bonn gegen das Gesetz der Bundesregierung zur Abschaffung des Schlechtwettergeldes. (Ausführlicher Bericht auf Seite 7). — (rül, Bild: af/mz)

giert, in den Tagen vorher Schützengräben in der Nähe um das Hotel ausgehoben und in den Schützengräben und den umliegenden Häusern auf die Ranger gewartet. Somalis eroberten 4 bis 6 Panzer, töteten US-Rangers, nahmen Gefangene und gaben ihrer Freude über diesen Sieg laut und öffentlich Ausdruck. Auch bei diesem Kampf kamen viele Somalis ums Leben oder wurden verletzt. Insgesamt sind bereits über 1000 Somalis von UNO/USA-Truppen umgebracht worden und zehntausende verletzt. Von Schadensersatz, Wiedergutmachung, Entschädigung für materielle Zerstörung und/oder für die Getöteten und für von ihnen finanziell Abhängige ist bis heute nicht die Rede, weder von der UNO noch von den USA.

Nach der öffentlichen Herabwürdigung von US-Soldaten begannen die USA verbal einzulenken (angeblich vorgesehener Abzug ihrer Truppen bis zum 31. März 1994), bei gleichzeitiger und zu ihren verbalen Äußerungen im Gegensatz stehender Verstärkung ihres Militärs in Somalia von ca. 5000 auf ca. 10000 bis 12000 US-Soldaten. Die 500 Rangers wurden gegen ca. 5000 Marines ausgetauscht, von denen ca. 2000 auf dem Festland und ca. 3000 auf Kriegsschiffen vor der Küste stationiert

sind. Die zusätzlichen US-Soldaten sind angeblich nötig, um die 5000 bereits stationierten zu schützen und um dann später abziehen zu können. Auch John F. Kennedy hatte zu Beginn des Vietnamkrieges einen Abzugstermin der Truppen bei gleichzeitiger Verstärkung der Truppen bekanntgegeben. Das Ergebnis ist hinlänglich bekannt. Wenn die Lage für US-Soldaten in Somalia angeblich so gefährlich ist und man sie schützen möchte, warum werden sie dann nicht gleich abgezogen? Warum erst noch Militär verstärken?

Somalis werden weiter gegen ausländisches Militär und gegen Besatzung jeglicher Art kämpfen, ob unter UNO- oder USA-Vorzeichen. Sie werden weiter für ihr Recht auf Selbstbestimmung kämpfen, das ihnen seit fast einem Jahr von der UNO (und im Verbund damit der Bundesrepublik) und von den USA vorenthalten wird. Und sie werden berechnete Forderungen geltend machen für das ihnen im Jahr 1993 (nicht 1884!) unter Führung der ehemaligen Kolonialmächte und den USA zugefügte Leid.

— (Heli Gerlach)

(Die Autorin ist Mitglied der Deutsch-Somalischen Gesellschaft Berlin/Mogadischu e.V., Mehringdamm 52, 10961 Berlin)

## Aktionskonferenz in Bischofferode: Ergebnisse

Etwa 200 Personen beteiligten sich am 30. Oktober in Bischofferode an einer Aktionskonferenz zur Unterstützung der Kaliwerker gegen die von der Bundesregierung und Treuhand im Auftrag von BASF geplante Schließung ihres Werkes. In einer einstimmig verabschiedeten Resolution stellen die Teilnehmer fest: „Die von den Kaliwerkern vorgebrachten Argumente gegen die Schließung haben sich bislang in jeder Hinsicht als voll berechtigt erwiesen. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit, dem Hunger in der Welt, einer ohne Arbeit fehlenden Perspektive für unsere Jugend gibt es keine Alternative zum Weiterbetrieb des Kaliwerkes, zum Kampf um den Erhalt jedes Arbeitsplatzes. Die Konferenz fordert die sofortige Rücknahme der geplanten Stilllegung des Kaliwerkes in Bischofferode!“ Die Arbeiter und Angestellten in Ost- und Westdeutschland werden aufgerufen, die Solidarität zu verstärken und selbst den Widerstand gegen Lohnkürzung und Rationalisierung zu entwickeln. Die Aktionen „5 vor 12“ in Thüringen gegen weitere Stilllegungspläne sollen verstärkt und der Informationsaustausch unter den Teilnehmern der Konferenz verbessert werden.

Inzwischen mehren sich die Zeichen, daß die EG-Kartellbehörde die Fusionspläne von BASF und Treuhand ablehnen wird. Für die Kaliwerker wäre das ein wichtiger Erfolg im Kampf gegen die Stilllegungspläne! — (rül)

## Republikaner: „Europa ja — Maastricht niemals“

So lautet das Motto der Republikaner, mit dem sie in den Europawahlkampf ziehen wollen. Franz Schönhuber in seiner Rede auf dem Bundesparteitag in Rastatt am 30. 10. weiter: „Unser Wahlziel: CSU und F.D.P. raus aus dem Europaparlament.“ Die Republikaner sollen „die deutsche Widerstandsbewegung gegen das Versailles ohne Krieg, Maastricht, werden.“ Die Türkei soll auf keinen Fall in die EG: „Europa endet am Ural und am Bosphorus“. Schönhuber selbst wird Spitzenkandidat, zweiter auf der Liste ist Rudolf Krause, der vor kurzem noch der CDU-Fraktion im Bundestag angehörte. Ersatzkandidaten sind Klaus Zeiler, einstiger SPD-Oberbürgermeister von Nürnberg, und Hans Hirzel, unter den Nationalsozialisten im Widerstandskreis „Weiße Rose“, später Journalist der „Frankfurter Hefte“. Gast auf dem Parteitag war u.a. auch der niedersächsische CDU-Politiker Franz Röhrs. Über 2000 protestierten vor der Halle und in Rastatt gegen den Parteitag. 24 Personen wurden festgenommen. — (u.b.)

## EG-Währungsinstitut in Frankfurt

**Die Währungsunion soll statt durch Konsens durch Unterwerfung erreicht werden**

Einen „verhaltenen Jubel“ auf deutscher Seite meldet *Die Welt* nach der Entscheidung des Brüsseler EG-Gipfels, den Sitz des „Europäischen Währungsinstituts“ (EWI) nach Frankfurt zu legen. Die Entscheidung ist ein Signal, daß die BRD als Sitz der neuen Behörde künftig auch formell massiven Einfluß auf die Währungs- und Haushaltspolitik der anderen EG-Staaten nehmen will.

Das EWI wird seine Arbeit zum 1.1. 94 aufnehmen. Es hat die Aufgabe, „die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Zentralbanken zu verstärken“, „die Koordinierung der Geldpolitik der Mitgliedstaaten“ zu verbessern, die Mitgliedstaaten in ihrer Wirtschaftspolitik zu beraten und die nächste Stufe der Währungsunion, die 1997, spätestens 1999 beginnen soll, vorzubereiten.

Auch wenn die währungspolitische Hoheit bis dahin noch bei den nationalen Zentralbanken bleibt, entsteht mit dem EWI ein neuer Hebel zur Einnischung in die Wirtschafts- und Haushaltspolitik der EG-Staaten. So haben die EG-Finanzminister wenige Tage vor dem Sondergipfel von Brüssel erste Vereinba-

rungen vorbereitet, die den EG-Staaten untersagen, öffentliche Defizite weiter durch Zentralbank-Kredite zu decken. Faktisch nehmen damit die Einmischungsrechte der großen EG-Mächte in die Haushalts- und Wirtschaftspolitik der wirtschaftlich schwächeren Staaten weiter zu.

Da das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Maastrichter Vertrag noch einmal die „stabilitätspolitischen“ Vorschriften der Verträge für die Währungsunion bekämpft, zeichnet sich hinsichtlich der geplanten Währungsunion ab, daß die großen EG-Mächte versuchen werden, eine Währungsunion nicht durch Konsens, sondern durch Kampf und Unterwerfung der anderen EG-Staaten zu errichten. Die in einer ersten Stufe angestrebte gemeinsame Währung einiger weniger EG-Zentralmächte (die Rede ist von der BRD, Frankreich und den Benelux-Staaten) soll die Währungsunion der anderen Staaten untergraben und letztlich aus dem Markt werfen.

Dafür gibt es geschichtliche Vorbilder. Die USA und Großbritannien beiseite gelassen hatten über lange Zeit meh-

rere Notenbanken. Die von diesen herausgegebenen Banknoten konkurrierten auf den Geldmärkten wie alle anderen Schuldscheine und schwankten im Kurs — je nach Wirtschaftskraft und „Solidität“ — der herausgebenden Notenbank. Am Ende waren die wirtschaftlich schwächeren Notenbanken entweder aus dem Geschäft geworfen oder per Gesetz als Notenbanken aufgelöst.

Bei einem „Hartwährungsverbund“ der großen EG-Mächte wäre der weitere Gang ähnlich: Über kurz oder lang würden die verbleibenden Notenbanken der schwächeren Staaten — Griechenland, Portugal, Irland z.B. — bei Devisenkrediten an die Wand gedrängt, ihre Kredite teurer, bis sie sich der Wirtschafts- und Währungspolitik der EG-Zentralmächte unterwerfen. Der Geschäftssitz des neuen Währungsinstituts — evtl. in den Räumen der 1945 aufgelösten IG-Farben — unterstreicht, daß die BRD-Konzerne bei diesem Kampf um die Hegemonie in Europa erneut zu den Gewinnern gehören wollen.

Quelle: Bundesbank-Presseberichte, Nr. 66, 71 und 73/93; *Die Welt*, 30. 10. 93 — (rül)

Postvertriebsstück G 7756 D  
Gebühr bezahlt

# HBV-Vorsitzender zurückgetreten

**Fehleinschätzung der Annexion der DDR führte zu Finanzkrise**

Am 25. 10. 93 ist der Vorsitzende der Gewerkschaft HBV, Lorenz Schwegler, zurückgetreten. Gleichzeitig trat H.-G. Stritter zurück — bis 1992 Finanzverantwortlicher der HBV. Hintergrund ist die Finanzkrise, in die die HBV mit dem Anschluß der DDR geraten ist. Die HBV war 1990 in Ostdeutschland finanziell groß eingestiegen und hatte die meisten der in den Dienstleistungsgewerkschaften des FDGB organisierten Mitglieder übernommen. Entsprechend der gestiegenen Mitgliederzahl wurde auch die Zentrale in Düsseldorf ausgebaut. Es gab Planungen, die HBV zur „modernen Dienstleistungsgewerkschaft“ umzubauen und drittgrößte Gewerkschaft im DGB zu werden.

Mit der Ausdehnung der westdeutschen Handelskonzerne nach Osten wurden die Konsumgenossenschaften, in denen die meisten HBV-Mitglieder im Osten beschäftigt waren, Stück für Stück vernichtet. Nur ein Teil der DDR-Beschäftigten wurde übernommen, Massenentlassungen waren die Folge, Armut breitete sich aus. Damit sank der Mitgliederstand im Ostdeutschland rapide von über 300 000 im Jahr 1990 auf heute 190 000. Gleichzeitig blieben die Löhne weit unter den Westlöhnen. Dies alles schlug sich in den Beitragseinnahmen/Ost nieder, die nur einen Bruchteil

der kalkulierten Summe erreichten. Das Defizit allein für 1992 betrug über 9 Mio. DM und mußte aus dem Vermögen der HBV gedeckt werden. Meinungsunterschiede darüber, mit welchen organisatorischen Maßnahmen diese Krise überwunden werden soll, haben letztlich zu den Rücktritten geführt. Bis zur Neuwahl wird die bisherige 2. Vorsitzende Margret Mönig-Raane den Vorsitz übernehmen.

Die Krise der HBV — mit der Finanzkrise als sichtbarer Spitze — hat ihre Ursachen in einer Fehleinschätzung der Annexion der DDR und deren Folgen. Der schlagartigen Ausdehnung nach Osten, an der sich viele Gewerkschaften beteiligt haben, lag die Idee zugrunde, bei diesem Unternehmen zu den Gewinnern zu gehören. Diese Idee ist vollständig gescheitert. Die lohnabhängig Beschäftigten in Ost und West finden sich nach dem DDR-Anschluß als Verlierer wieder — und mit ihnen die Gewerkschaften. Die ganze Gewerkschaftsbewegung befindet sich in einer Krise. Für die Abwehr der Schläge, zu denen die Kapitalistenverbände gerade ausholen, ist die Gewerkschaftsbewegung kaum gerüstet.

Die HBV wird es zum Beispiel schwer haben, die Kämpfe gegen die Abschaffung des Ladenschlußgesetzes erfolgreich zu führen. — (res)

# Türkei erklärt Kurden den Vernichtungskrieg

**Nationaler Sicherheitsrat beschließt Völkermord Die kurdische Stadt Lice wurde bombardiert**

Generalstab und Regierung der Türkei sind fest entschlossen, dem kurdischen Befreiungskampf mit Völkermord am kurdischen Volk zu begegnen. Drei Tage nach dem Massaker der türkischen Armee an der Zivilbevölkerung in der kurdischen Stadt Lice und der Zerstörung der Stadt gab der Nationale Sicherheitsrat der Türkei, dem die Mehrzahl der Generale und Minister angehören, u.a. Generalstabschef Güres, Staatspräsident Demirel, Ministerpräsidentin Ciller, am 25. Oktober eine Kriegserklärung gegen Kurdistan ab: der „terroristischen“ kurdischen Bevölkerung wird der totale „Vernichtungskrieg“ angesagt. Der Nationale Sicherheitsrat beschloß gesetzliche Maßnahmen zur Vernichtung der kurdischen Opposition. Die staatliche Gewalt wird damit den Sondergerichten und Militärs übergeben, was einer Verhängung des Kriegsrechts gleichkommt.

Der Terror und die Morde gegen Vertreter von Zeitungen, Gewerkschaften, Menschenrechtsvereinen und Parteien, die den kurdischen Widerstand unterstützen und organisieren, soll ausgedehnt werden. Hohe Gefängnisstrafen drohen ab sofort Leuten, die solche Organisationen gründen oder sich daran beteiligen, die schriftliche oder mündliche Kritik an der „Unteilbarkeit des türkischen Staates“ und am Krieg in Kurdistan üben. Hohe Strafen sind auch für Beteiligung an Demonstrationen und anderen Aktionen vorgesehen. Gewerbetreibenden, die sich an Aktionen beteiligen, z.B. jetzt die kurdischen Zeitungskioskbesitzer, soll der Laden für sechs Monate geschlossen werden. In den Prozessen soll die Verteidigung verunmöglicht werden, die Gefangenen sollen in Isolationshaft sitzen.

Zur Bekämpfung des kurdischen Widerstands wird ein Fonds zur Terror-Bekämpfung eingerichtet. Der Fonds wird finanziert aus dem Staatsbudget, der Nationalen Lotterie, aus sportlichen Begünstigungen, Waffenexporten und Verkehrsstrafen.

Staatspräsident Demirel rief alle Institutionen zum Kampf gegen die PKK auf.

Demirel forderte in Ankara alle Institutionen seines Landes einschließlich Parlament und Presse zur gemeinsamen Bekämpfung des kurdischen Befreiungskampfes auf.

Der Generalstabschef Güres erklärte: „In Kürze werden wichtige Entwicklungen stattfinden. Wir werden sie alle todschlagen. Alle führenden Kader der PKK werden liquidiert.“ Mord und Terror will die türkische Regierung auf das Ausland ausdehnen. Die Tageszeitung *Hürriyet* vom 25. 10. veröffentlichte Namen und Fotos der führenden PKK-Kader, unter ihnen der ERNK-Europavertreter Kani Yilmaz und der ERNK-Europasprecher Ali Sapan.

Die Ergebnisse einer Delegation aus der BRD und Belgien, die die kurdische Stadt Lice nach dem Bombardement besuchte, sowie die Beschlüsse des Nationalen Sicherheitsrates veröffentlichten wir auf Seite 5. — (rub)



Köln, 30. 10. 93

Bild: af/ m2

# AIDS-Hilfe zum AIDS-Skandal

Als völlig unzureichend haben Sprecher des Bundesverbands der regionalen AIDS-Hilfen, der „Deutschen AIDS-Hilfe e.V.“ (DAH) auf ihrer Bundesmitgliederversammlung in Köln am 23./24. 10. die „Entschädigungsangebote“ von Bundesgesundheitsminister Seehofer für durch Blutprodukte mit AIDS infizierte Personen abgelehnt. Seit 1985 sei bekannt, daß die sogenannte „diagnostische Lücke“ das Schlüsselproblem bei der HIV-Sicherheit von Blut- und Plasmaderivaten darstelle. Die „diagnostische Lücke“, in der eine potentiell infektiöse Blut- oder Plasmaspende aufgrund der noch nicht ausreichend vorhandenen HIV-Antikörper nicht als solche identifizierbar sei, könne in keiner Weise durch eine „namentliche Meldepflicht“ geschlossen werden. Die politischen Verantwortlichen sollten den Verbraucherschutz von Blut- und Plasmaempfangern nicht mehr allein den vornehmlich profitorientierten Herstellern überlassen.

Zugleich wiesen die AIDS-Selbsthilfegruppen auf den Zusammenhang von AIDS und Sozialabbau hin und protestierten gegen die geplanten Kürzungen bei der Sozialhilfe. Sozialabbau werde zu einer zunehmenden Verbreitung von AIDS führen. Nach Angaben der DAH sind über die Hälfte der 60 000 HIV-Positiven und mehr als 10 000 Aids-Erkrankte auf Sozialhilfe angewiesen. Rund ein Viertel der in den Großstädten lebenden Infizierten seien obdachlos. Die Versammlung verabschiedete ein Memorandum „Aids und soziale Not“. Im folgenden dokumentieren wir die Erklärung des Vorstands der DAH vom 18. Oktober, die noch vor Bekanntwerden der Firmenskandale und der Bildung eines Untersuchungsausschusses des Bundestags verabschiedet wurde:

„Im Rahmen der öffentlichen Auseinandersetzung zwischen dem Bundesminister für Gesundheit und dem Bundesgesundheitsamt, welche die Auflösung des letzteren als Bundesoberbehörde zur Folge haben wird, stellt sich mit siebenjähriger Verspätung die Frage nach der Entschädigung von Menschen, die sich über Blut und Blutprodukte mit HIV infiziert haben.“

Die Deutsche AIDS-Hilfe unterstützt die Forderung der Deutschen Gesellschaft für Hämostase nach Einrichtung eines Entschädigungsfonds für HIV-positive Bluter und Bluttransfusionsempfänger. Wir halten es aber für falsch, die Verantwortung für diese Vorgänge allein dem Bundesgesundheitsamt anzulasten, da auch Ärzteschaft, Krankenkassen und Pharmaindustrie ihre Verantwortung wider besseres Wissen nicht wahrgenommen haben.

Erschreckend deutlich wird an den jetzt offengelegten Zahlen, daß mehr als 350 Infektionen vermeidbar gewesen wären, wenn das Bundesgesundheitsamt die Richtlinien zur Sicherung von Blutpräparaten nicht erst im Oktober, sondern bereits im Januar 1985 verpflichtend eingeführt hätte. Die diagnostischen Voraussetzungen standen hierfür bereits zur Verfügung. Auch Blutspendedienste und Pharmaindustrie sahen offenbar nicht die Notwendigkeit, auch ohne Gesetzesgrundlage diese Sicherheitsvorkehrungen aus humanitären Gründen freiwillig einzuführen.

Bisher völlig verschwiegen wurde, daß es bereits seit 1981/82 virusinaktivierte Blutpräparate gibt. Diese wurden zur Vermeidung von Hepatitisinfektionen bei Blutern entwickelt und stellten sich im Nachhinein auch als HIV-sicher heraus. Hier waren es die Krankenkassen, die die Kosten für die sicheren, aber auch teureren wärmebehandelten Präparate scheuten und eine Übernahme ablehnten. Bei sofortiger Einführung dieser Präparate wären mit Sicherheit viele Hepatitis- und die weitaus meisten der über 2 000 HIV-Infektionen über Blut und Blutprodukte verhindert worden.

Offensichtlich wurden also durch die zuständigen bundesdeutschen Behörden, die Pharmaindustrie und die Krankenkassen Infektionen mit Hepatitis und HIV billigend in Kauf genommen.

Um von diesem skandalösen Faktum abzulenken, werden nun neuerlich Zwangstestung und Meldepflicht in die öffentliche Diskussion gebracht. Hiergegen wehren wir uns entschieden und werden nicht zulassen, daß das Versagen der verantwortlichen Stellen nun auf dem Rücken der Betroffenen ausgetragen werden soll. Wir weisen seit langem

und immer wieder darauf hin, daß durch die bundesdeutsche Politik auch heute noch HIV-Infektionen in erheblichem, bisher nicht quantifizierbarem Ausmaß billigend in Kauf genommen werden. Auch hier gilt es, Verantwortlichkeiten einzuklagen und Verantwortung wahrzunehmen.

Im Drogenbereich etwa scheitern HIV-präventive Maßnahmen, z.B. die bundesweite, flächendeckende, kostenlose Abgabe von Einwegspritzen sowie niedrigschwellige Methadonprogramme an den rechtlichen und administrativen Rahmenbedingungen. Im Strafvollzug wird die Vergabe von sterilen Spritzbesteck grundsätzlich verweigert, obwohl allgemein bekannt ist, daß in den Anstalten i.V. Drogenkonsum stattfindet. Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat dies in seiner Eröffnungsrede zur IX. Internationalen AIDS-Konferenz eindrucksvoll dargestellt.

Wenn Bundesgesundheitsminister Seehofer nach diesem Skandal öffentlich schärfere Maßnahmen zur Bekämpfung von HIV-Infektion und AIDS fordert, die sich in erster Linie gegen Betroffene und Betroffenenengruppen richten, stellt er sich in die Reihe derjenigen, die von den eigentlich Schuldigen abzulenken versuchen. Die epidemiologische Entwicklung in der Bundesrepublik zeigt, daß die Arbeit der Deutschen AIDS-Hilfe, der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und des AIDS-Zentrums des Bundesgesundheitsamtes auf ihren jeweiligen Gebieten erfolgreich ist. Im europäischen Vergleich ist die Infektionsrate in der Bundesrepublik eine der niedrigsten. Überlegungen, offensiver gegen die Immunschwächekrankheit AIDS vorzugehen, z.B. durch Reihentestungen, Zwangstestungen für Angehörige von Risikogruppen oder Meldepflicht, gefährden diese bisher zu günstige Bilanz. Im Sinne einer erfolgreichen AIDS-Prävention wäre Bundesgesundheitsminister Seehofer gut beraten, seine Verantwortung an den richtigen Stellen wahrzunehmen und keine Ablenkungsmanöver zuzulassen.“

Quellen: Pressemitteilungen der Deutschen AIDS-Hilfe e.V., Diefenbachstr. 33 (II. Hof), 10967 Berlin — (rül)

## Aktuell in Bonn

### Arbeitszeitnovelle

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Neufassung der Gesetze zur Arbeitszeit liegt jetzt im Bundestag. Die SPD-regierten Länder im Bundesrat hatten in ihrer ersten Beratung über den Entwurf eine Reihe von Änderungen verlangt, die die Bundesregierung alle nicht übernehmen will. So wollen die SPD-regierten Länder die Arbeitszeitschriften auch für Heimarbeiter angewendet haben, insbesondere die Vorschriften über Ruhezeiten und Nachtruhe. Nacharbeit im Sinne des Arbeitszeitgesetzes soll um 22 Uhr beginnen (die Regierung will: ab 23 Uhr). Nach 5 Arbeitsstunden soll ein gesetzlicher Anspruch auf Pause bestehen (Bundesregierung: nach 6 Stunden). Einschränkungen bei Nacht- und Sonntagsarbeit will die Regierung ebenfalls nicht übernehmen. Ihre Arbeitszeitregel lautet: Was immer der Markt (an Arbeitskräften) hergibt, sollen die Kapitalisten ausbeuten können. (Ds. 12/5888)

### Verfassungskommission beendet

Die seit Anfang 1992 tagende gemeinsame Verfassungskommission von Bund und Ländern hat ihre Arbeit abgeschlossen. Ihre Ergebnisse gehen jetzt dem Bundestag zu und sollen bis Ostern 1994 dort und im Bundesrat beschlossen werden. 15 Artikel des Grundgesetzes werden danach neu gefaßt oder geändert. Im einzelnen: In Artikel 3 („Männer und Frauen sind gleichberechtigt“) wird aufgenommen eine staatliche Verpflichtung, auf die „tatsächliche Durchsetzung“ hinzuwirken. Artikel 20 wird ergänzt um den Staatsauftrag, „in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen“ zu schützen (neuer Art. 20a) und „die Identität der ethnischen, kulturellen und sprachlichen Minderheiten“ zu achten (Art. 20b). Weitere Änderungen erleichtern die gebietliche Neuordnung

von Ländern bis hin zum Zusammenschluß von Ländern, die Bereiche der „konkurrierenden Gesetzgebung von Bund und Ländern“ werden neu gefaßt, ebenso Einzelheiten der Länderaufsicht über Sozialversicherungen.

### CDU/CSU: EG-Reformpläne

Einen Tag vor dem EG-Sondergipfel, der den Sitz der künftigen EG-Zentralbank nach Frankfurt vergab, hat die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag Forderungen zur Reform der EG vorgelegt. So soll die WEU schneller ausgebaut werden, bereits Mitte 1994 erwartet die Fraktion Vorschläge für eine gemeinsame Verteidigungspolitik. Die EG-Organen sollen verkleinert werden, der Grundsatz, daß jedes EG-Mitgliedsland einen EG-Kommissar stellt, aufgegeben werden. Obwohl die Union dementiert, dies solle keine Stärkung der großen gegenüber den kleinen EG-Staaten bewirken, wird genau dies die Absicht sein.

### „Harmonischer“ Rüstungsexport

Die Bonner Regierung nutzt die Angst um die Arbeitsplätze und kurbelt die Rüstungsindustrie an. Die „gegenwärtige Förderpraxis für die Luft- und Raumfahrt“ soll „an den veränderten internationalen Rahmen angepaßt werden“. So der Parlamentarische Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Reinhard Göhner. Göhner unterstrich, Bonn habe diesen Industriezweig mit „erheblichem Startkapital“ ausgestattet, allein „in den letzten Jahren mit mehr als zehn Milliarden Mark“. Notwendig sei ein „Erhalt von Mindestkapazitäten auf wehrtechnischem Gebiet“. Dafür wird die „Harmonisierung“ der EG-Bestimmungen beim Rüstungsexport angestrebt, sprich, die ohnehin laschen Bestimmungen zur Beschränkung des Rüstungsexports werden weiter verwässert.

### Noch eine „Petersberger Erklärung“

Die „Spitzenverbände der gewerblichen Wirtschaft“ verabschiedeten eine „Petersberger Erklärung“. Gefordert wird eine „Offensivstrategie“ zur „Siche-

rung des Standorts Deutschland“. U.a. soll die „Staatsquote bis 2000 auf das Niveau von 1989/90 zurückgeführt werden, was, da die Posten „Verteidigung“ und „Schuldendienst“ unangetastet bleiben sollen, nur durch neue massive Streichungen bei Sozialleistungen geht. Ein „zweiter Arbeitsmarkt“ mit Löhnen, die „deutlich unter denen des ersten“ liegen, wird gefordert.

### 40 neue Dioxinschleudern

Im Frühjahr verabschiedete das Bonner Kabinett die „Technische Anleitung (TA) Siedlungsabfall“. Danach dürfen Gemeinden nur noch solche Materialien auf Deponien entsorgen, die „weniger als 5 Prozent organische Produkte“ enthalten. Hausmüll gehört nicht dazu. Diese TA läßt den Städten und Gemeinden kaum andere Möglichkeiten, als Müll zu verbrennen. Die erste, die nach der neuen Rechtslage errichtet wird, entsteht soeben in Weisweiler bei Aachen. Insgesamt müssen rund 40 Verbrennungsanlagen neu gebaut werden.

### Bahnhöfe und Gleise verscherbelt

Kaum haben Robin Wood und die „Initiative für eine bessere Bahn (FBB)“, u.a. mit Bahnhofsbesetzungen, darauf aufmerksam gemacht, bestätigt *Focus* (43/93): Nicht nur der Kölner und Leipziger Hauptbahnhof werden verkauft, massenhaft soll Gelände der Bahnen unter den Hammer kommen. Die „erschließbaren Flächen“ hätten „einen Marktwert von 40 Milliarden Mark“. Der DB-Vorstand gründete ein spezielles Ressort für das „Geschäft mit Immobilien“.

### Was kommt demnächst?

Am 5. November berät der Bundesrat u.a. über den Regierungsentwurf zum Pflegegesetz. Bundeskanzler Kohl will auf der Beratung eine Rede zum „Standort Deutschland“ halten. Am 6. November sind zahlreiche Landesparteitage: SPD in Brandenburg, FDP in Baden-Württemberg, SPD und CDU in Niedersachsen. Am 5. Dezember sind Kommunalwahlen in Brandenburg.



# Sozialhilfeinitiativen wehren sich

Von Wolfgang Scherer

Im Oktober 1992 begann die Bundesregierung die Diskussion über die „Kosten der Deutschen Einheit“, die „Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland“ und die „Finanzierbarkeit des Wohlfahrtsstaates“. Sehr schnell wurde deutlich, daß es ausschließlich um die Senkung des über Jahrzehnte entwickelten Niveaus der sozialen Sicherung ging.

Tenor aller politischen Diskussionen und Auseinandersetzungen, wie sie von der Bundesregierung bzw. den sie tragenden Parteien und den ihr nahestehenden Verbänden und Organisationen geführt wurde, war, wie die Staatsausgaben gedrosselt werden könnten. Und dies vor dem Hintergrund denkbar ungünstiger Prognosen nicht für die Gewinnentwicklung der Unternehmen, sondern der steigenden Erwerbslosigkeit und Verarmung immer weiterer Teile der Bevölkerung (wenngleich die pessimistischen Aussichten nur bruchstückhaft und sukzessive von den Vertretern der regierenden Parteien und dem Kapital zugegeben werden).

Das erste Sparpaket, noch im Juni dieses Jahres verabschiedet, hieß demzufolge noch „Föderales Konsolidierungsprogramm (FKP)“. Dieser Titel suggerierte die Notwendigkeit der Verteilung im Rahmen der „Kosten der Deutschen Einheit“ und erweckte den Eindruck, daß mit Ausnahme der Arbeitslosenunterstützung im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) hinreichend Maßnahmen getroffen wären, um die öffentlichen Kassen zu entlasten. Kaum aber war das Gesetz zum FKP verabschiedet, wurden neue Sparpläne vorgelegt, die noch viel weitreichender sind als die vorigen: Mit den zwei „Gesetzen zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogrammes (SKWP)“ werden sowohl vielen bislang gültigen sozialstaatlichen Prinzipien als auch arbeitsmarktpolitischen Sicherheiten der Garaus gemacht. Die Gesetze wurden am 22. Oktober in zweiter und dritter Lesung vom Bundestag verabschiedet, mit den Stimmen der Regierungskoalition. Bei einigen, so u.a. dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG), ist noch die Zustimmung des Bundesrates erforderlich, bei anderen, wie z.B. dem AFG, ist diese nicht erforderlich.

In den folgenden Ausführungen wird versucht, die komplexe Materie der Sparmaßnahmen am Beispiel des BSHG sowohl hinsichtlich der Akteure als auch der sozialpolitischen Konsequenzen nachzuzeichnen.

Zum FKP schlug die Bundesregierung vor, in der Sozialhilfe bei einmaligen Leistungen zu kürzen, regionale Regelsätze (d.h. Sozialhilfessätze) einzuführen und die Erhöhung der Sozialhilfe nicht mehr an den Preissteigerungen zu orientieren, sondern bereits jetzt für die nächsten Jahre festzulegen (für 1993/1994 vierjährig um 0,5 %, für 1994/1995 vierjährig um rd. 0,75 %, für 1995/96 um höchstens 3 %). Ferner sollte die gemeinnützige und zusätzliche Arbeit („GZ“-Arbeit) verschärft werden und das Kriterium der „Zusätzlichkeit“ entfallen (siehe hierzu weiter unten). Haushalte ab 4 Personen sollten pro Person 5 % weniger Sozialhilfe erhalten („Lohnabstandsgebot“). Weiter waren die sogenannten Mehrbedarfszuschläge Streichungen, Kürzungen und Begrenzungen geplant. Kürzungen und Streichungen der Sozialhilfeleistungen sollten erreicht werden. Daneben waren noch einige weitere Detail-Veränderungen ins Auge gefaßt. Einige Absichten waren bereits vor Jahren von den Ministerpräsidenten der Länder einstimmig angeregt worden, so daß man die (für die SPD) fatale Situation erahnen konnte, daß sie sich zu einem Regie-

abgeordnete, Unterschriftenlisten, örtlichen Veranstaltungen und Informationsständen versuchten sie (erfolglos), sowohl einen breiteren Widerstand zu entwickeln als auch die Sparpläne zu verhindern. Gemeinsam mit den Bundesarbeitsgruppen der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut (= Bundeszusammenschluß der Erwerbsloseninitiativen) und den gewerkschaftlichen Arbeitsloseninitiativen (die separat koordiniert sind), wurde bundesweit im Februar ein Aktionstag durchgeführt („Wenn Kohl spart, gehn bei uns die Lichter aus“). Wenngleich dieser örtlich durchaus vielfach erfolgreich verlief, konnte die Basis des Widerstandes gegen den Sozialabbau letztlich nicht verbreitert werden.

Da beim gesamten FKP und speziell bei den Sozialhilfeänderungen die Zustimmung der Länder erforderlich war, lud der Bundeskanzler im März die Ministerpräsidenten der Länder und die Parteivorsitzenden zu einem Gespräch ein. Diesen Termin nahmen die Sozialhilfeinitiativen zum Anlaß, mit einer Aktion vor dem Bundeskanzleramt auf ihren Protest aufmerksam zu machen. Unter dem Titel „Zukunft der Armen: Straßenfeger der Nation“ wurden Flugblätter in die Menge der wartenden JournalistInnen geworfen und von Initiativ-Mitgliedern, angehen mit reflektierenden orangenen Arbeitsjacken, mit Reisigbesen wieder weggefeht.

Die Medienwirkung war gut, politisch aber wurde nichts bewegt. Zwar verlautete im Anschluß an die Konferenz, daß Sozialleistungen nicht gekürzt würden — diese Meldung hatte aber nur wenige Stunden Gültigkeit. Natürlich wurden auch bei den Ministerpräsidenten die Sparmöglichkeiten weiter untersucht.

Daraufhin besetzten in der darauffolgenden Woche Initiativmitglieder das Dach der SPD-Parteizentrale in Bonn („SPD-Baracke“) mit Fahnen und Transparenten gegen die „Solidarpakt-Lüge“. Unser Ziel war, hierüber Einfluß auf die SPD und speziell ihre Ministerpräsidenten zu gewinnen, um sie zu einer Abkehr vom Sparkurs in der Sozialhilfe zu bewegen. In der Folge der Aktion gab es denn auch ein Gespräch mit dem damaligen Bundesgeschäftsführer der SPD und Mitarbeitern sowie Bundestagsabgeordneten. Die SPD-VertreterInnen versicherten, daß sie bei der Sozialhilfe Kürzungen und sonstige Verschlechterungen verhindern wollten.

Die Bundestagsfraktion der SPD leistet denn auch andauernden Widerstand gegen den Sozialabbau. Gleiches gilt für die Bundestagsabgeordneten des Bündnis 90 und der PDS, mit denen jeweils gleichzeitig enge Kontakte bestanden. Ungleich schwieriger ist die Einflußnahme auf die Politik der Länder — und zwar speziell der allein SPD-regierten. Dort wird weder von den SPD-Leuten, noch von den GRÜNEN nachhaltiger Widerstand entwickelt (eine Ausnahme bilden Grüne Landtagsabgeordnete in jenen Bundesländern, in denen sie in Opposition sind).

So kam es, daß die Ministerpräsidenten der SPD-regierten Länder sich hinsichtlich der Regelsätze in der Sozialhilfe an einer Kompromißformel versuchten, die ganz fatal war: Sie schlugen der Bundesregierung vor, die Sozialhilfe nur noch so zu erhöhen, daß sie der Entwicklung der Brutto-Löhne entspricht. Damit war und ist der Willkür in der Berechnung der Sozialhilfe, d.h. des Betrags, der erforderlich ist, in dieser Gesellschaft „menschenwürdig“ zu leben, Tür und Tor geöffnet. Die Brutto-Lohn-erhöhungen tendieren derzeit, je nach Einkommenshöhe, gegen Null — Einkommensverluste sind z.T. die Folge. Dennoch gibt es hier in der Haushaltsführung zumeist noch gewisse Sparpotentiale, und wenn es auch das Auto sein sollte. Null-Runden in der Sozialhilfe (wie sie nun nächstes Jahr stattfinden) oder geringere Erhöhungen von durchschnittlich 1,4 % in diesem Jahr haben aber eine viel einschneidendere Konsequenz: Die Regelsätze der Sozialhilfe

bewegen sich nicht auf einem Niveau, das in der Haushaltsführung noch Sparpotential beinhaltet — bei rd. 510 DM für einen alleinstehenden Erwachsenen beginnt der Kampf um das physische, zumindest das gesundheitliche Überleben. Die von den SPD-Ministerpräsidenten vorgeschlagenen und von der Bundesregierung noch verschärften Begrenzungen des Anstiegs der Sozialhilfe sind letztlich eine Kürzung. Muß doch diesem knappen Haushaltsbudget die Preissteigerung gegenübergestellt werden — und diese betrug lt. Statistischem Bundesamt für SozialhilfebezieherInnen bereits per 1. 1. 93 etwa 3,5 %.

Da die Ministerpräsidenten absehbar den Sparplänen der Bundesregierung nicht nur nicht ausreichend Widerstand entgegensetzten, sondern auch noch selbst Verschlechterungsvorschläge einbrachten, wurde im Mai anläßlich der Bundestagsdebatten erneut das Dach der SPD-Baracke besetzt, diesmal für eine Woche. Die Presseaufmerksamkeit war diesmal gleich Null. Auch die Unterstützung durch andere sozialpolitische Organisationen blieb aus. Während die in der gleichen Woche stattfindende Asyldebatte breiten Widerstand in den sozialen Bewegungen auslöste und Teile der kritischen Öffentlichkeit auf die Straße und ans Rednerpult trieb, verlief die Verabschiedung des FKP einen Tag später abseits der Aufmerksamkeit dieser Gruppierungen und Personen.

Mit dem FKP haben wir in der Sozialhilfe folgende Verschlechterungen für Millionen von Menschen: Es gibt eine Ausweitung der gemeinnützigen Arbeit und eine Reduzierung der Zusätzlichkeit, speziell junge Erwachsene sollen in diese Art von Pflichtarbeit gezwungen werden. Einmalige Leistungen werden reduziert werden — der Umfang läßt sich noch nicht annähernd abschätzen, da die Ausführungsbestimmungen auch vier Monate später noch nicht vorliegen. Haushalten ab 4 Personen wird die Sozialhilfe um 5 % gekürzt. Mehrbedarfszuschläge werden gestrichen, gekürzt und begrenzt. Und die Sozialhilfe wurde tatsächlich nur um im Jahresdurchschnitt 1,4 % erhöht, nächstes Jahr gibt es 0 % mehr und im darauffolgenden maximal 3 %. Unter dem Strich hat also die Bundesregierung mit Zustimmung der Bundesländer beim FKP ihre Sparvorstellungen voll durchgezogen.

Wenige Tage nach Verabschiedung des FKP kamen die SKPWG-Pläne auf den Tisch. Zentrale Sparbereiche sind hier wiederum das Bundessozialhilfegesetz sowie nunmehr auch das AFG. Herausragend in der öffentlichen Diskussion ist die Begrenzung der Arbeitslosenhilfe auf zwei Jahre, die es bislang im Prinzip unbefristet gab. ArbeitslosenhilfeempfängerInnen werden dann auf Sozialhilfeleistungen angewiesen sein. Die Kürzungen bzw. Veränderungen im BSHG sind folgende: Es wurden die Voraussetzungen geschaffen, daß Mietschulden in Zukunft nur noch als Darlehen gewährt werden müssen (bisher eher als Beihilfe). Die Kürzungen für größere Haushalte werden von 4 auf 5 Personen hochgesetzt (in dieser Angelegenheit drohen bereits Verfassungsklagen). Und, als wichtigste Neuerung: Die „Zusätzlichkeit“ bei der „Gemeinnützigen und zusätzlichen Arbeit“ wird ersatzlos gestrichen, die Kriterien zur Heranziehung werden weiter verschärft.

Der Sachverhalt bei der GZ-Arbeit ist: Sozialhilfeberechtigte sind i.d.R. verpflichtet, ihren Lebensunterhalt vorrangig durch Erwerbsarbeit zu sichern. Finden sie keinen Arbeitsplatz, können sie durch das Sozialamt zur GZ-Arbeit herangezogen werden („Hilfe zur Arbeit“ oder „Schaffung von Arbeitsgelegenheiten“; §§ 18-20 BSHG). Kommen sie dieser Arbeitsverpflichtung nicht nach, wird ihnen die Sozialhilfe zuerst gekürzt, später ganz entzogen. Wegen des Charakters dieser „Hilfe“ sprechen die Initiativen hier von „Zwangsarbeit“. Es gibt Fälle, in denen die Arbeit befristet ist und tarifvertraglich entlohnt wird. Daneben gibt es aber die Variante, daß die HilfebezieherInnen nur mit einer



DGB-Demo gegen Sozialabbau im Ruhrgebiet, 26. 9. 92

Bild: af/mz

Aufwandsentschädigung von 1,- bis 3,- DM pro Stunde entlohnt werden. Diese Personen arbeiten zumeist 20 Stunden in der Woche bei den Stadtreinigungen, in den Grünanlagen, bei den Sport- und Badeämtern; gelegentlich auch als Hilfskräfte in Krankenhäusern usw. In einigen Städten müssen sie solche Arbeiten auch bei den Wohlfahrtsverbänden ableisten. Sie arbeiten ohne Sozialversicherung, ohne gewerkschaftliche Vertretung und ohne die Rechte, die Tarifverträge und entsprechende Gesetze für Arbeitsverhältnisse vorsehen.

Die Praxis der GZ-Arbeit ist so alt wie das BSHG und wurde insbesondere Anfang der 80er Jahre exzessiv praktiziert. Aus den Erfahrungen jener Zeit wissen wir, daß mit Hilfe der GZ-Arbeit ein Abbau von Planstellen bei den Kommunen erleichtert wird. Es gab damals großen Widerstand der SozialhilfebezieherInnen gegen diesen Arbeitsdienst — sowohl die individuelle bzw. kollektive Verweigerung als auch durch widerständiges Verhalten während des Arbeitseinsatzes. Ganz wichtig aber im Kampf gegen die GZ-Arbeit war der Sachverhalt, daß die zu leistende Arbeit sowohl „gemeinnützig“ als auch „zusätzlich“ zu sein habe. Der Beweis der „Gemeinnützigkeit“, also dem Gemeinwohl zu dienen, war von den Städten in der Regel immer zu erbringen. Die „Zusätzlichkeit“ erforderte aber, daß es sich um Arbeiten handeln müsse, die nicht oder nicht in absehbarer Zeit von der Kommune pflichtgemäß zu erledigen sei. Da Arbeiten wie die Straßenreinigung aber zur Pflichtaufgabe der Kommune gehören, konnten von den Verwaltungsgerichten viele Prozesse gegen die Arbeitsverpflichtungen gewonnen werden. Die GZ-Arbeit wurde in der Folgezeit in den Großstädten denn auch weitestgehend reduziert und nur noch in ihrer tarifvertraglich entlohten Variante praktiziert.

Nunmehr wird das Erfordernis der „Zusätzlichkeit“ gestrichen. Das bedeutet, daß die Städte und Landkreise in Zukunft im Rahmen ihrer Sparmaßnahmen Arbeitsplätze abbauen und die dort zu verrichtenden Tätigkeiten durch SozialhilfebezieherInnen für 'nen Appel und 'n Ei durchführen lassen können. Der Arbeitsplatzabbau wird vor allem in niedrigeren Leistungsniveau-Bereichen (hinsichtlich der Ausbildung und Berufserfahrung) stattfinden. Es wird zusätzliche Erwerbslosigkeit (sei es durch Entlassungen, sei es durch Nicht-Wiederbesetzen von Planstellen) produziert werden.

Die Bundesregierung stellte hier den Ländern und Gemeinden eine Falle: Sie entläßt Langzeitarbeitslose aus der Arbeitslosenhilfe in die Sozialhilfe. Da dieser Gesetzesakt nicht der Zustimmung der Länder bedarf, müssen nunmehr die Länder und Gemeinden mit dieser zusätzlichen finanziellen, personellen und sozialen Situation fertig werden. Die

Sozialhilfeausgaben bei den Kommunen werden um Milliarden steigen. Würden die Bundesländer bei der Verhandlung über die BSHG-Änderungen im Rahmen des SKPWG auf einer Erhöhung der Regelsätze in der Sozialhilfe entsprechend der Preissteigerungsrate bestehen, erhöhten sich die Sozialhilfeausgaben der Kommunen um weitere Milliarden. Man darf also gespannt sein, wie die Länder über das SKPWG beschließen werden.

Gleichgültig, wie die Regelsatzentwicklung verlaufen wird, geraten ab nächstem Jahr die Kommunen unter noch stärkeren finanziellen Druck. Dabei wird es besonders Kommunen treffen, die eine hohe Zahl von Erwerbslosen haben und ohnehin durch Strukturveränderungen und Konjunkturreinbrüche Jahren enorme Einbußen bei den Gewerbesteuern usw. hatten. Durch die Ersetzung von Normalarbeitsverhältnissen durch die PflichtarbeiterInnen sind verführerische Perspektiven zur Sanierung der kommunalen Haushalte in Aussicht gestellt. Die Bundesregierung weist ausdrücklich auf diese Sparmöglichkeit hin und entzieht langfristig allen Argumenten über die steigenden Sozialhilfeausgaben ein Stück weit den Boden.

Wir stellen seit Frühjahr vermehrt den Einsatz der (bisherigen) GZ-ArbeiterInnen fest. Wohnungslose und Asylbewerber (Gemeinschafts-Pflichtarbeit für 2,- DM) werden bereits in größerem Umfang zu dieser Arbeit gezwungen, bei den anderen Gruppen der Sozialhilfeberechtigten gibt es gleichfalls steigende Zahlen. Steigerungen von früher 30 auf nunmehr 260 PflichtarbeiterInnen im Monat sind uns aus diversen Kommunen bekannt; es gibt bereits konkrete Planungen, tausende von SozialhilfebezieherInnen in die Zwangsarbeit zu drücken (z.B. Leipzig). Der geminderte Zuschuß für Ersatzdienstleistungen wird gleichfalls Verlagerungen auf die Pflichtarbeit zur Folge haben.

Die Sozialhilfeinitiativen werden im nächsten Jahr neben der Forderung nach Erhöhung der Regelsätze den Kampf gegen die Zwangsarbeit zu einem der Schwerpunkte ihrer Arbeit machen. Erste Kontakte zu den Gewerkschaften, zum DGB und speziell zur ÖTV, deren Mitglieder von dieser Entwicklung ganz besonders betroffen sein werden, wurden bereits aufgebaut. Auch die Bundesarbeitsgruppen der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut beschlossen dieser Tage, den Kampf gegen die Zwangsarbeit zum Schwerpunkt ihrer bundesweiten Zusammenarbeit im nächsten Jahr zu machen. Die Initiativen hoffen auf die Unterstützung dieses sozial- und arbeitsmarktpolitischen Kampfes.

Wolfgang Scherer ist Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen e.V. (BAG-SHI). Deren Anschrift lautet: BAG-SHI, Moselstr. 25, 60329 Frankfurt a. M., Tel. (069) 25 00 30, Fax (069) 23 55 84.



# Streiks in Frankreich

## Regierung Balladur unter Druck

**D**ie im Frühjahr nach einem überwältigenden Wahlsieg der Bürgerlichen gebildete Regierung unter Ministerpräsident Balladur hat erste Maßnahmen der angekündigten Privatisierung staatlicher Unternehmen eingeleitet: Anfang Oktober wurde die Banque Nationale de Paris (BNP), Frankreichs größtes Bankunternehmen, erstmals an der Börse gehandelt. 72 Millionen Aktien zum Nennwert von 240 Francs pro Stück wurden angeboten. Unter anderen will auch die Dresdner Bank sich mit 10 % der Anteile in der französischen Banklandschaft einmischen. Die Staatskasse soll durch die Privatisierung der BNP um schätzungsweise 28 Mrd. Francs aufgebessert werden.

Weitere Privatisierungen staatlicher Unternehmen will Balladur bei Bahn und Post, im Energiesektor und bei der Fluggesellschaft Air France durchsetzen. In Verbindung mit der gesetzlichen Lockerung von Arbeitszeitregelungen bedeuten diese Maßnahmen gewaltige Einschnitte in das Leben vieler Teile der lohnabhängigen Bevölkerung. Der Mitte August von Arbeitsminister Giraud

vorgelegte Entwurf für ein Beschäftigungs-gesetz (loi quinquennal; das Fünfjahresgesetz) sieht eine erhebliche Flexibilisierung der Arbeitszeiten durch die Unternehmer vor, z. B. die Sonntagsarbeit in den großen Handelskonzernen, die Ausweitung von Zeit- und Teilzeitarbeitsverträgen oder die Umwandlung von Urlaubs- und Freizeittagen der Lohnabhängigen in Verfügungsmasse der Unternehmen. „Arbeiten am 14. Juli“ — französischer Nationalfeiertag — „und die Sommerferien im Winter nehmen“, beschreibt die Zeitung der PCF, *l'Humanité*, die Gesetzesvorlage.

Die Gewerkschaften haben den Gesetzentwurf heftig kritisiert. Die CGT nennt ihn eine der schwersten Aggressionen gegen die Arbeitswelt, die einer Zerstörung der Arbeitsbeziehungen und der kollektiven Garantien gleichkomme. Frankreich werde jeglicher sozialer Gesetzgebung entsorgt. Die CFDT spricht

von politischer Revanche und der Generalsekretär der Gewerkschaft FO, Marc Blondel, bemerkt zu den Folgen: „Der Premierminister zwingt uns in eine Position des dauernden Protests.“ Da Balladur wisse, daß die Gewerkschaften soziale Pakte ablehnen, gehe er homöopathisch vor: hier ein kleiner Schnitt bei den Renten, jetzt beim Arbeitsgesetz, morgen bei der sozialen Sicherheit.

Tatsächlich kommt der gewerkschaftliche und betriebliche Widerstand nicht mehr zur Ruhe, insbesondere in den Unternehmen, die für die Privatisierung reif geschossen werden sollen: Anfang Oktober demonstrierten in Paris 35000 Beschäftigte der staatlichen Eisenbahngesellschaft SNCF. Sieben Gewerkschaften hatten zu den Aktionen aufgerufen, die sich gegen Lohnsenkungen, Entlassungen sowie soziale Verschlechterungen im Unternehmen und die Pri-

vatisierungen richteten. „Die Arbeitsbedingungen werden immer schwerer, die Sicherheit ist kaum noch zu gewährleisten. Immer mehr Kilometer pro Tag müssen zurückgelegt werden und durch eine Reorganisation der Regionen sollen weitere 30000 Beschäftigte der SNCF abgebaut werden.“

Am 12. Oktober riefen die Gewerkschaften CGT und FO die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu einem 24-stündigen Streik auf. Am Vormittag demonstrierten 10000 Beschäftigte der Post. Eine weitere Demonstration von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes fand am Nachmittag statt. 30000 demonstrierten durch die Straßen von Paris. In Bordeaux (10000), Marseille (15000) und Clermont-Ferrand (4000) fanden ebenfalls Demonstrationen statt. Bei der Air France konnte lediglich die Hälfte der Mittelstreckenflüge abgewickelt werden. Die Beschäftigten blockierten das Terminal 2 des Flughafens Paris-Roissy. Bei Post und Telecom beteiligten sich zwischen 40 und 75 % der Beschäftigten, und auch ein Großteil des Zugverkehrs kam zum Erliegen.

Am 18. Oktober besetzt die Belegschaft der Air France die Landebahnen der Flughäfen Orly und Roissy. 4000 Beschäftigte sollen entlassen werden, davon 3000 beim Bodenpersonal - der dritte Sanierungsplan für das Unternehmen in drei Jahren. Produktionsbereiche aus Toulouse sollen in die Tschechische Republik verlagert werden. Innerhalb von vier Jahren wäre die Belegschaft dann um mehr als 8000 Beschäftigte abgebaut. Bis 1995 sollen die Löhne eingefroren, die Zuschläge für Arbeit bei Nacht, an Sonn- und Feiertagen sowie die Zahlungen der Kilometergeldzulage gekürzt werden. Die tägliche Arbeitszeit soll um 25 Minuten verlängert und die Beschäftigten gezwungen werden, drei Tage Urlaub in den Winterferien zu nehmen.

Mehr als 11 500 Beschäftigte arbeiten an Sonn- und Feiertagen und in der Nacht. Für Feiertage gibt es 200 % Zu-

schlag, 100 % in der Nacht und 50 % am Sonntag. 250 DM machen die angekündigten Kürzungen durchschnittlich an Lohnverlusten aus. Konkret ist es für viele bedeutend mehr: Ein Beschäftigter des Frachtzentrums verdient z. B. monatlich 8600 Francs. Mit den Zuschlägen für ein Wochenende und sieben Nächten im Monat kommt er auf insgesamt 12 000 Francs (etwa 3 500 DM), ein Drittel mehr.

Am 19. Oktober gibt Verkehrsminister Bosson den Befehl, Polizeieinheiten der CRS gegen die Streikenden einzusetzen und die Pisten, wenn nötig auch mit Gewalt, zu räumen. Trotz Polizeieinsatz bleibt der Flugverkehr in Orly und Roissy unterbrochen. Einen Tag später teilt Bosson mit, die geplanten Maßnahmen seien unwiderruflich. Am 23. Oktober macht die Regierung erste Zugeständnisse: Die Kürzungen beim Kilometergeld und den Zuschlägen für Feiertage sollen fallen. Die Belegschaft lehnt ab. Der gesamte Plan müsse zurückgenommen werden.

Am 24. Oktober läßt Balladur persönlich verlauten, die gesamten Maßnahmen würden zurückgenommen und der Präsident der Air France entlassen. Die FO setzt daraufhin den Streik aus, andere Gewerkschaften fordern auf, weiter zu streiken, bis schriftliche Zusagen der Regierung vorliegen, eine Vereinbarung über die Bezahlung der Streiktage erzielt und die juristische Verfolgung von Streikenden ausgeschlossen ist.

Die französische Öffentlichkeit verbucht die Aktion der Beschäftigten von Air France als erste Niederlage für die Regierung Balladur. Der Streik hat im ganzen Land Sympathie gefunden. Schon wird befürchtet, das gesamte Privatisierungskonzept sei durch den Streik in Frage gestellt, und gewarnt, die Politik Balladurs könne zu einer sozialen Explosion führen. Für den 18. November rufen die Gewerkschaften von 15 öffentlichen Unternehmen zu einem gemeinsamen nationalen Aktionstag in Paris auf. — (map)



Erstmals in der Geschichte der französischen Fluggesellschaft Air France besetzen die Beschäftigten die Rollbahnen. Nach 10 Tagen Streik sind die Pläne der Regierung vorerst vom Tisch.



12. Oktober, öffentlicher Dienst, erste landesweite Großaktion seit Amtsantritt von Balladur: Arbeitgeberpräsident Périgot verurteilt die Streikaktion der Gewerkschaften. Die derzeit unternommenen Anstrengungen, das Land aus der Krise zu führen, würden behindert, behauptet er.

### Italien

## Generalstreik gelungen

Zu einem vierstündigen (in manchen Regionen auch ganztägigen) Generalstreik am 28.10. hatten die größeren italienischen (Richtungs-) Gewerkschaftsbünde CGIL, CISL und UIL aufgerufen — gegen das Haushaltsgesetz der Regierung für 1994 und gegen den dramatischen Beschäftigungsabbau.

Zwar stecken die Gewerkschaften in der Krise und üben viele Streikende auch an der Gewerkschaftspolitik Kritik. Dennoch nahmen viele an dem Generalstreik teil. In etwa 90 Städten fanden Demonstrationen und Kundgebungen mit geschätzten 700 000 Teilnehmern statt.

Die größten Kundgebungen waren mit ca. 50 000 Teilnehmern in Mailand, 30 000 in Turin, jeweils 20 000 in Florenz, Bologna und Modena, 30 000 in Rom, 50 000 in Neapel. Jede dieser Kundgebungen und der vielen anderen hatte ihren besonderen regionalen Hintergrund. So wirkt sich z. B. in Mailand und Turin neben der Krise zahlreicher kleinerer Industrien die Beschäftigungspolitik des Fiat-Konzerns aus, der zum Jahresende einen Abbau von weiteren 12 500 Stellen im Automobilsektor ins Gespräch gebracht hat. Latium, die Region um Rom, hat gerade die Dokumentation vorgelegt, mit der sie wie zuvor schon andere offiziell als Krisenregion mit Anspruch auf Fördermittel aner-

kannt werden will. Am dramatischsten ist die wirtschaftliche und die Beschäftigungsentwicklung aber im Süden und dort wiederum in Neapel. 27 % der abhängig Beschäftigten sind in Neapel arbeitslos gemeldet. Im Raum Neapel und in anderen Städten des Südens stecken auch die riesigen Inseln der Stahl-, Auto- und Chemieindustrie in der Krise, die dort mit staatlicher Unterstützung angesiedelt worden sind, ohne aber zu einer breitflächigen Wirtschaftsentwicklung zu führen.

In der kalabrischen Stadt Crotone hatten im September die 630 Beschäftigten der Niederlassung des Enichem-Konzerns, die zur Hälfte entlassen werden sollen und dann ohne Beschäftigungsmöglichkeiten dastehen, in ihrer Verzweiflung das Werk und die Bahnverbindung besetzt. Sie hatten Werkshallen und Büros beschädigt, Fahrzeuge angezündet und Phosphor ausgeleert, bis die staatlichen Stellen finanzielle Unterstützung bei Arbeitslosigkeit und Suche nach Ersatzarbeitsplätzen zugesagt hatten. Crotone ist dadurch landesweit zu einem Beispiel des erbitterten Kampfs um Beschäftigungs- und Lebensmöglichkeiten geworden und dürfte zusammen mit anderen betrieblichen und regionalen Auseinandersetzungen die Entscheidung der Gewerkschaften für die Streikaktion beeinflusst haben.

Die Mobilisierung wurde nicht verhindert durch eine Gegenaktion des Unternehmensverbands Confindustria, einen Offenen Brief an alle Beschäftigten, in dem der Staat als der eigentliche Schuldige an der Krise dargestellt wur-

de: Die staatliche Einmischung in die Wirtschaft habe die Ausgaben aufgebläht und die Arbeitskosten verteuert, weshalb die Mittel für die wirtschaftliche Entwicklung fehlten. Ähnlich argumentierte die (kleine) „gelbe“ Gewerkschaft der Lega Nord, Confederal, die zum Boykott des Generalstreiks aufgerufen hatte. — (rok)

### Kroatien

## Regierung gegen Gewerkschaften

Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien beherrscht die Berichterstattung in unseren Medien, aber auf die inneren Verhältnisse vor allem in Kroatien wird äußerst selten eingegangen. Welche Struktur und welchen Einfluß haben nun die Gewerkschaften in Kroatien?

Zur Beantwortung dieser Frage veranstaltete der Arbeitskreis Internationale Solidarität beim DGB Kreis Stuttgart eine Diskussionsrunde mit einem kroatischen Betriebsrat. Zur aktuellen Lage in Kroatien berichtete dieser, daß die Regierung unter Franjo Tudjman mehrere Sozialgesetze verabschiedet hat, die für die Gewerkschaften und die lohnabhängige Bevölkerung die reine Katastrophe sind. Solche Gesetze gab es in Deutschland vor hundert Jahren. Es gibt keinen Mutterschutz, keinen Kündigungsschutz, keine Gewerbeaufsicht, keine Berufsgenossenschaften. Nach dem

neuen Betriebsverfassungsgesetz sollen zwar Betriebsräte gebildet werden, aber ohne Mitbestimmungsrechte. Ihnen steht nur ein Initiativrecht zu. Streiks dürfen nach den neuen Gesetzen nur mit Zustimmung des Arbeitgebers durchgeführt werden.

Interessant ist, daß Professoren aus Deutschland, Frankreich, England diese Gesetze ausgearbeitet haben. Sie haben aus jedem Land sozusagen das Schlimmste herausgesucht.

Die Betriebsdirektoren in Kroatien haben praktisch die Macht, alles mit der Begründung des Kriegszustandes durchzuführen. 90 Prozent der Produktion sind staatlich kontrolliert.

Der Tariflohn beträgt weniger als 100 DM, ein Effektivlohn von 300 DM ist schon eher hoch. Zum Tariflohn gibt es Zuschläge wie fünf Prozent pro Beschäftigungsjahr und Urlaubsgeld. 25 Prozent vom Lohn sind Zuschüsse für Essen und Fahrtkosten.

Der Einfluß der Gewerkschaften ist durch die starke parteipolitische Zersplitterung begrenzt. In Kroatien gibt es keine Einheitsgewerkschaften, sondern Gewerkschaftsgruppen und Betriebsgewerkschaften. Tarifverträge werden mit der Regierung als Mindestbedingungen für alle Beschäftigten ausgehandelt. Das entspricht dem Tarifsystem in den skandinavischen Ländern.

Die größte Gewerkschaftsgruppe SSH (Freiheitliche Gewerkschaft Kroatien) umfaßt 600 000 Mitglieder. Sie ist eine reformierte, alte Gewerkschaft mit meist parteilosen Gewerkschaftsführern. Im politischen Klima in Kroatien

werden aber Gewerkschaftsführer, die nicht der Regierungspartei HDZ angehören, öffentlich schon als Gegner deklariert.

Die auf Betreiben der Regierung gegründete Gewerkschaftsgruppe heißt HUS und umfaßt circa 250 000 Mitglieder. Daneben gibt es noch die Gewerkschaftsgruppe Konföderation mit ebenfalls 250 000 Mitgliedern und die intellektuellen-Gewerkschaft Matiza.

Gewerkschaftliche Verbindungen nach Serbien hinein gibt es nicht. Viele Serben in Kroatien verlieren derzeit wegen des Krieges ihren Arbeitsplatz. Trotz des aufgepuschten öffentlichen Klimas versuchen Gewerkschafter, ihnen im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu helfen.

Die Privatisierungen und der Krieg haben dazu geführt, daß die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer wird. Die Unternehmen sollten auf 100 DM Nettoverdienst pro Beschäftigten 136 DM Steuern abführen, aber die Privatunternehmen führen gesetzswidrig keine Steuern ab. Eine tatsächliche Finanzkontrolle übt der kroatische Staat über die Privatunternehmen derzeit nicht aus. 10 bis 20 Prozent der Bevölkerung leben wie im Paradies und in Zagreb sieht man häufig teure Autos wie Ferraris und Porsches, während die breite Mehrheit verelendet. Im derzeitigen Krieg geht es nur noch im Profite-Plünderungen und Waffenschiebereien.

Der kroatische Betriebsrat warb dafür, daß von deutschen Gewerkschaften die kroatischen Gewerkschaften unterstützt werden sollten. — (ros)



# Türkische Regierung wird durch BRD zu Massakern ermutigt

**Kurdische Organisationen verlangen: Keine Waffen an die Türkei!**

Die unten dokumentierten Berichte vom Massaker des türkischen Staates an kurdischen Lizenzen und die Erklärung des Nationalen Sicherheitsrates der Türkei zum „Vernichtungskrieg“ gegen das kurdische Volk sind auf keinerlei Kritik und auf keinen Widerstand bei der Bundesregierung oder anderer EG-Regierungen gestoßen. Der türkische Staat ist offen zur Vernichtung des kurdischen Volkes übergegangen, da er den seit neun Jahren andauernden kurdischen Befreiungskampf nicht zerschlagen konnte. 600 zerstörte Dörfer, Giftgasanstalten, Zerstörungen von Städten und etwa zwei Millionen kurdische Flüchtlinge sind das bisherige Ergebnis dieser Politik. Befürchtet werden muß, daß das türkische Regime durch die Haltung der Bundesregierung und Nato-Staaten geradezu zu weiteren Massakern ermutigt wird.

In den deutschen Medien wird vom „Terrorgipfel“ der türkischen Regierung und der Militärs gegen die PKK gesprochen. Überhaupt keine Rolle spielen in der Berichterstattung die Waffenlieferungen und Kredite an die Türkei, die es dem türkischen Kolonialregime überhaupt erst ermöglichen, Terror, Massa-

ker und diesen verbrecherischen Völkermord zu verüben.

Vielmehr läßt die Bundesregierung weiter Waffen in die Türkei liefern. Sie läßt es auch zu, daß ein Zug mit ca. 190 Waggons Munition aus Beständen der US-Armee vom Truppenübungsplatz Bergen-Hohne in die Türkei transportiert werden, wie die Zeitung *Özgür Gündem* berichtete.

Noch immer verfolgt die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe nicht die Völkermordanzeige gegen bundesdeutsche staatliche Stellen wegen Unterstützung des Völkermordes am kurdischen Volk nach § 220a Strafgesetzbuch. Diese Anzeige war schon im Januar von Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Verbände und Parteien und Einzelpersonen gestellt worden.

Vertreter kurdischer Organisationen und Parteien rufen immer wieder auf, daß sich die demokratische Öffentlichkeit in der BRD gegen den Völkermord in Kurdistan wendet. Dazu gehört auch, daß Front gemacht wird gegen die Waffenlieferungen aus der BRD. Gefordert werden muß ein sofortiger Stopp aller Waffenlieferungen an das türkische Regime. — (rub)

am linken Auge erblindet ist, berichtet: „Sie haben meine ganze Familie ermordet. Wir wohnen in dem Viertel Kalawun ... Auf einmal hörten wir Schüsse fallen. Sie beschossen die Viertel Fum, Sahar und vor allem die ganze Innenstadt. Wir waren 10 Personen zu Hause. Da unsere Häuser aus Holz bestehen, gingen sie sofort an zu brennen ... In dem Moment erklärte das Militär: „Kommt sofort aus euren Häusern raus. Wir werden euch nichts tun, wenn ihr rauskommt.“ Alle, die aus den Häusern gingen, wurden erschossen. Vor meinen Augen wurden sechs Leute verbrannt.

Drei von meinen Kindern sind ermordet worden, meine Frau Zariye Canpolat (30) ist noch schwer verletzt. Meiner einjährigen Tochter sind durch einen Feuerwerfer die Augen geplatzt, ihr rechter Arm wurde gebrochen. Unsere Gäste, die sich auch in unserer Wohnung befanden, Ali Canpolat (25), Hüseyin und seine Frau Saliha Boga wurden getötet. Von den 70–80 Familien in unserem Viertel haben wir bisher keine Nachricht bekommen. Vermutlich sind sie auch tot.“

Gleichzeitig wurden in der Kreisstadt Tatvan in der Provinz Van Flugblätter von den Militärs verteilt, in denen der Bevölkerung gedroht wird, sie ähnlich wie am 16. März 1988 in Halabja zu massakrieren. Damals hatte die irakische Armee Giftgasbomben über Halabja abgeworfen und insgesamt 10000 Menschen massakriert.

Die Angriffe auf die Zivilbevölkerung in der Kreisstadt Lice und Kulp sowie auf die umliegenden Dörfer stehen unmittelbar in Zusammenhang mit den Erklärungen der türkischen Regierung und des Generalstabschefs Dogan Güres, die vor ein paar Tagen erklärt haben, daß sie die „Frage“ bis März nächsten Jahres beenden wollen ...

Mit diesen Erklärungen macht die türkische Regierung noch einmal deutlich, daß sie nicht zu einer friedlichen und politischen Lösung der kurdischen Frage bereit ist, obwohl die kurdische Seite schon mehrmals zuvor ihre Bereitschaft dazu bekundet hat.“

— (Kurdistan-Komitee in der BRD, 27. 10. 93)

## Es gibt Zeugen

Eine Delegation berichtet aus Lice

Am Freitag, dem 29. Oktober 1993, besuchten Parlamentsabgeordnete, Journalisten und eine europäische Delegation von verschiedenen Organisationen die Stadt Lice im Südosten der Türkei, 80 km nördlich von Diyarbakir. Die Stadt ist am Freitag, dem 22. Oktober, angegriffen worden. Die ersten Nachrichten in der europäischen Presse über den Angriff besagten, daß der Angriff verursacht wurde bei Auseinandersetzungen zwischen der türkischen Armee und der PKK-Guerilla. Wir ergründeten folgendes:

■ Im Zentrum der Stadt sind die Hauptstraße und die Umgebung des Parks komplett verbrannt. Dort befindet sich das Hauptgeschäftszentrum der Stadt: Geschäfte, Banken, Apotheken, Bäckereien usw. Nahezu alle Mauern sind schwarz von Ruß, anscheinend von Flammenwerfern verursacht. Die Fensterscheiben sind zerbrochen und die Einrichtung verbrannt. Wir sahen auch die Reste von verbrannten Lebensmitteln und Gemüse. Auf manchen Plätzen der Straße haben wir die Überreste von zerschmolzenem Plastik und unbekannten Substanzen gesehen, welche einen teerähnlichen Gummi bildeten. Sechs Tage nach dem Angriff konnten wir noch den Geruch von verbranntem Material wahrnehmen.

■ Beinahe durch die ganze Stadt sahen wir ganze Reihen von Häusern und auch einzeln stehende Häuser mit verschiedenen Schäden:

— Viele von ihnen sind komplett zerstört, das einzige, was übrig blieb, sind verbrannte Reste von Betten, Stühlen und anderen Möbeln. Die Wände sind eingestürzt.

— Wir sahen auch Häuser, deren Dächer zerstört sind, wo nur die anderen Wände übrig geblieben sind. In anderen Häusern sahen wir runde Löcher mit einem Durchmesser von ein bis zwei Metern in den Dächern, die eindeutig von einer Explosion von oben verursacht worden sind. Die örtliche Bevölkerung

erzählte uns: „Hubschrauber, Bomben, Raketen!“

— Speziell in der Nachbarschaft des Armeequartiers, das sich an die Stadt anschließt, konnten wir viele von Panzerschüssen stammende Löcher in den Mauern sehen.

— Im Minarett der Moschee befindet sich ein Loch von einem Meter Durchmesser.

■ Die örtlichen Behörden sagten, daß 101 Häuser und 252 Geschäfte zerstört wären.

■ Alle öffentlichen Gebäude waren intakt mit Ausnahme weniger Spuren von Gewehrfeuer. Das Wohngebiet der Armee und das Armeequartier selbst waren ebenfalls intakt.

■ Die Menschen kamen spontan zu uns und versuchten, uns zu erzählen, was geschehen ist. Einige Einwohner stoppten uns und zeigten auf die Zerstörung. Sie erklärten: „Askerler“, was „Soldaten“ heißt. Einige fügten noch hinzu: „PKK-gerilla yok!“ „Nicht die PKK-Guerilla“. Auf unsere Frage: „Wer hat das getan?“ erhielten wir von vielen verschiedenen Einwohnern die anonyme Antwort: „Die Armee!“ ...

■ Alle oben erwähnten Tatsachen lassen uns zu dem Schluß kommen, daß der Angriff vom 22. Oktober 1993 auf Lice von der Armee ausgeführt wurde und daß die PKK-Guerilla nicht in ihn verwickelt war ...

■ Was die Zahl der Toten betrifft, so ist die offizielle Zahl 13. Wir hatten keine Möglichkeit, dies zu überprüfen. Aber offensichtlich ist dies eine Unterschätzung der realen Anzahl.

Diyarbakir, 30. 10. 93.

gez.: AKTION 3. WELT Saar, Teres Keller; ASTA der Universität Bremen, Ulrich Steinmeyer; BIZ (Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung), Kerstin Elbing; BUKO (Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen), Roland Röder; GrdDW (Medizinische Hilfe für die 3. Welt, Belgien), Dr. Geert van Moorter; die GRÜNEN: Angelika Beer, Siegfried Marisch (Mdl., NRW), Walter Ruffler (Mdl., Bremen), Regina Scheuerer; HBV Hamburg; Robert Jaroway

## Massaker in Lice

Das Kurdistan-Komitee in der BRD informiert

Über 30000 Menschen demonstrieren am 30. Oktober in Köln gegen das Massaker des türkischen Staates und der türkischen Armee in der kurdischen Stadt Lice. Die Kreisstadt war am 22. Oktober von der türkischen Armee belagert worden, alle Zugangswege und Telefonverbindungen waren unterbrochen. Berichtet wird, daß 5000 türkische Soldaten am Morgen des 22.10. die Stadt mit Unterstützung von Flugzeugen, Hubschraubern und Panzern angriffen.

„Nach Augenzeugenberichten und Guerilla-Quellen wurden bisher mehr als 380 kurdische Zivilisten vom türkischen Militär ermordet. Sehr viele Zivilisten wurden verletzt, ein Teil in das

Krankenhaus von Diyarbakir eingeliefert. Ein Augenzeuge berichtete, daß er gesehen habe, wie 27 Menschen aus dem Viertel, wo er wohne, vom Militär in einer Moschee gesammelt und hingerichtet worden seien. Mehrere Verletzte bestätigten den Einsatz von Feuerwerfern gegen die Bevölkerung.

Ein Großteil der Häuser in der Stadt sind zerstört. Die umliegenden Dörfer Deroxos (Dibek), Sise (türk. Yolcati), Paral, Licok und Helhel wurden von der türkischen Armee völlig zerstört.

Ein Bewohner der Kreisstadt Lice, Kerim Cantürk, der selbst mit Brandwunden am ganzen Körper in der medizinischen Klinik in Diyarbakir liegt und



30. Oktober: Über 30 000 Menschen demonstrieren in Köln gegen das Massaker in Lice.

Fotos: af/mz

## Terror der Generäle

Der Nationale Sicherheitsrat der Türkei tagte

Der Nationale Sicherheitsrat der Türkei hat auf einer Sitzung am Montag, dem 25. Oktober, die kurdische Zivilbevölkerung als „terroristisch“ bezeichnet und ihr den totalen „Vernichtungskrieg“ angesagt. An dem Sicherheitsrat nahmen in der Mehrzahl Generäle, Generalstabschef Dogan Güres, die türkische Ministerpräsidentin Tansu Ciller und Staatspräsident Süleyman Demirel sowie einige Minister teil ... Auf der Sitzung ... hat der Nationale Sicherheitsrat der Türkei die Beschlüsse in Form eines Gesetzentwurfes niedergelegt. Der Entwurf soll dann dem Parlament zur Billigung vorgelegt werden. Der Gesetzentwurf enthält folgende Punkte:

■ Jeder, der eine geheime Organisation gründet, bekommt 10 Jahre Gefängnisstrafe, 500 Mio. TL Geldstrafe.

■ Personen, die Organisationsmitglieder bei sich aufnehmen, bekommen fünf Jahre Gefängnisstrafe, 100 Mio. TL Geldstrafe.

■ Jedem, der durch schriftliche oder mündliche Propaganda auf Sitzungen und öffentlichen Kundgebungen die Staatsform, die Säkularität und die untrennbare Einheit des Staates angreift, werden fünf Jahre Gefängnisstrafe und 100 Mio. TL Geldstrafe auferlegt.

■ Personen, die wegen „Terror“ verurteilt wurden, kann die Auswahl von Verteidigern durch den Richter begrenzt werden ... Der Richter soll bei Gesprächen zwischen dem Angeklagten und seinem Anwalt dabeisein.

■ Bei der Anhörung von Angeklagten ... dürfen auch die Sicherheitskräfte, die den Angeklagten befragt und das Er-

gebnis dokumentiert haben, wenn nötig in einer geheimen Anhörung als Zeugen verhört werden.

■ Personen, die wegen „terroristischer Schuld“ verurteilt wurden, sollen ihre Gefängnisstrafe entweder in Einzelzellen oder zu Dritt in einer Gefängniszelle verbringen ... die Kommunikation unter ... soll verhindert werden.

■ Diejenigen, die die Terrororganisation durch Spenden, Rolladenschließaktionen und ähnliche Aktionen unterstützen ... werden mit einer Gefängnisstrafe zwischen ein und drei Jahren bestraft. Gewerbesitzer, die an Rolladenschließaktionen teilnehmen, sollen sechs Monate lang ihr Gewerbe schließen müssen ...

■ Alle Mittel und Werkzeuge, die die Terrororganisation benutzt, sollen beschlagnahmt werden.

■ Es soll ein Fonds zur Terrorbekämpfung eingerichtet werden. Der Fonds wird seine finanziellen Mittel aus den Gewinnen von anderen Fonds, aus dem Staatsbudget, der Nationalen Lotterie, aus sportlichen Begegnungen, Waffenexporten und Verkehrsstrafen beziehen.

■ Die Familien der Sicherheitsbediensteten, die bei der Terrorbekämpfung fallen, sollen den geregelten Monatslohn weiterhin beziehen. ...

■ ... Mitglieder ... die keine Schuld auf sich geladen haben und sich ergeben sowie Informationen über die Organisation weitergeben, werden nicht bestraft. Somit tritt das Reue-Gesetz, das jedes zweite Jahr verlängert wird, in Kraft.

(aus: *Hürriyet*, 27. 10. 1993)  
— (Kurdistan-Komitee in der BRD e.V., Köln, 28. 10. 93)

# Waigel streicht Gelder bei den NS-Verfolgten

Interview mit Uwe Flohr

Uwe Flohr ist Pressesprecher des Bundesverbandes Information und Beratung für NS-Verfolgte e.V., Köln.

Wir haben gehört, daß Bundesfinanzminister Waigel die beantragten Finanzmittel für die Informations- und Beratungsstelle für NS-Verfolgte für 1994 nicht bewilligt.

Für 1992 und 1993 erhielten wir finanzielle Zuschüsse des Landes Nordrhein-Westfalen mit dem ausdrücklichen Hinweis, „daß damit nicht in eine vom Bund zu leistende Regelförderung eingetretten werden soll.“ Grund genug für uns, im Februar dieses Jahres über die Mitglieder des Unterausschusses Wiedergutmachung des Deutschen Bundestages einen Finanzierungsantrag für 1994 zu stellen. Zahlreiche Verfolgtenverbände in Deutschland haben in Schreiben an das Bundesfinanzministerium auf die Notwendigkeit des Fortbestehens der Informations- und Beratungsstelle für NS-Verfolgte hingewiesen. Dagegen kommt der in dieser Sache federführende Bundesfinanzminister Waigel zu dem Schluß: „daß ein sachliches Bedürfnis für eine finanzielle Förderung des Verbandes nicht gegeben ist.“ Waigel weiter: „Ist es wirklich Aufgabe der Bundesregierung, eine Einrichtung finanziell zu fördern, die in ihren Publikationen das Wiedergutmachungswerk der Bundesregierung negativ bewertet und die bisher von sämtlichen Bundesregierungen vertretene Wiedergutmachungspolitik in Frage stellt?“

Der Bundesverband kann aus seiner mehr als dreieinhalbjährigen Tätigkeit Hunderte von Schicksalen kommentieren, die bisher weder als NS-Verfolgte anerkannt wurden, geschweige denn irgendwelche Hilfen erhielten. Viele dieser alten und oft kranken Menschen leben am Rande des Existenzminimums. Wenn wir in unserer Arbeit immer wieder auf diese Schicksale hinweisen, tun wir dies in Anbetracht des unermeßlichen Leides, das diese Menschen erlitten haben.

Welche Folgen hätte die Nichtbewilligung der Bundesmittel für Ihre Arbeit?

Wir können es uns nach wie vor nicht vorstellen, daß sich die Bundesregierung in dieser Art und Weise aus ihrer moralischen, menschlichen und finanziellen Verantwortung zurückzieht. Sollte dies aber dennoch der Fall sein, schließt mit dieser Entscheidung die bundesweit einzige Einrichtung, die umfassend über das zersplitterte Entschädigungsrecht für NS-Verfolgte informieren und die Betroffenen beraten kann. Z. Zt. existieren in Bund und Ländern 15 verschiedene Entschädigungsregelungen und Härtefonds, die bei unterschiedlichen Behörden bzw. Versicherungsträgern angesiedelt sind. Die Verfolgtenorganisationen selbst, die Mitglieder im Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte sind, können aufgrund des zum Teil hohen Alters ihrer Mitglieder nicht mehr die Beratungsarbeit in Entschädigungsangelegenheiten leisten.

Hinzu kommt, daß es kaum noch Rechtsanwälte gibt, die auf das Entschädigungsrecht für NS-Verfolgte spezialisiert sind.

Wir glauben nicht, daß es sich mit dem Prinzip des Sozialstaates vereinbaren läßt, diese oft alten und kranken Menschen, die meisten von ihnen sind zwischen 70 und 90 Jahre alt, einfach ihrem Schicksal zu überlassen.

Können Sie mal einen der Fälle schildern, wie Sie NS-Verfolgten Hilfestellung geben konnten?

Gerne schildere ich Ihnen aus unserer alltäglichen Praxis ein Schicksal. Es dreht sich um: Frau B., 57 Jahre, Schleswig-Holstein. Der Vater von Frau B. wurde 1939 im Rahmen der Aktion „Arbeitszwang Reich“ verhaftet. Die Mutter von Frau B. war eine Sinti und die Familie lebte unter den Sinti. Direkt nach der Verhaftung des Vaters, der Ende '41 im KZ Dachau ermordet wurde, wurden die drei ältesten Geschwister von Frau B. durch das Jugendamt in ein Heim gebracht. Die schwangere Mutter von Frau B. versteckte die anderen Kinder bei Verwandten. Doch zum Schulbeginn von Frau B. entdeckte das Jugendamt die Kinder und sie wurden ebenfalls in ein Kinderheim verbracht, in dem sie schwere Zwangsarbeit leisten mußten. Zudem wurde 1940 die 16jährige, nach einer Gehirnhautentzündung blinde und taube Schwester von Frau B. trotz zweifelter Gegenwehr der Mutter abgeholt und in eine Heilanstalt gebracht, wo sie angeblich an einer Lungenentzündung starb. Erst im Rahmen ihrer jetzigen Bemühungen hat Frau B. die erschütternde Wahrheit erfahren müssen, man hat ihre Schwester verhungern lassen.

1945 bemühte sich die Mutter von Frau B. vergeblich, ihre Kinder aus den Heimen zu holen und eine Entschädigung für den Tod ihres Mannes zu erhalten. Frau B. wird erst mit 18 Jahren, 1952, aus der Heimerziehung entlassen, und die Mutter erhält erst nach vielen Jahren im Rahmen eines Vergleichs eine geringfügige Summe (1 000,- DM), von der sie noch einen großen Teil dem Rechtsanwalt bezahlen mußte. Der in den achtziger Jahren gestellte Antrag beim Härtefonds für politisch und rassistisch Verfolgte von Frau B. wird mit der Begründung abgelehnt, daß nicht erwiesen sei, ob die Verfolgung aus rassistischen Gründen erfolgte.

Durch Intervention der Informations- und Beratungsstelle erhält Frau B. eine einmalige Beihilfe von 5 000,- DM nach eineinhalbjährigen Bemühungen.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, eine Weiterförderung zu erreichen? Können andere Stellen einspringen? Was stellen Sie sich unter öffentlichem Druck vor? Was haben Sie bereits unternommen?

Selbstverständlich haben wir im Sinne der NS-Verfolgten das NEIN des Bundesfinanzministeriums nicht einfach nur zur Kenntnis genommen,



sondern uns in dieser Angelegenheit wiederum an die Mitglieder des Ausschusses des Deutschen Bundestages gewandt und dort um Unterstützung gebeten. Ferner liegt den Mitgliedern des Haushaltsausschusses sämtlicher Bundestagsfraktionen unser Finanzierungsantrag für 1994 vor. Hier hoffen wir, daß die noch anstehenden Beratungen für uns und die Betroffenen zu einem guten Ende kommen werden. Parallel dazu haben wir uns an die Fraktionen des nordrhein-westfälischen Landtages gewandt, um im Falle eines negativen Bescheides aus Bonn von dort aus als eine Art Überbrückungsmöglichkeit letztendlich Gelder aus dem NRW-Etat zu bekommen. Große Hoffnungen über ein JA aus Düsseldorf haben wir nicht, weil es sich bei unserer Einrichtung um eine bundesweit tätige handelt und das Land Nordrhein-Westfalen hier den Bund in

## Eine kleine Selbstdarstellung

Warum gibt es uns?

Bald 50 Jahre nach Kriegsende warten weltweit immer noch Hunderttausende von Verfolgten des Nazi-Regimes auf angemessene Anerkennung und finanziellen Ausgleich.

Für wen sind wir da?

Ihre Interessen zu vertreten, sie in den oft schwierigen und langwierigen Antragsverfahren zu begleiten, ist Anliegen des Bundesverbandes Information und Beratung für NS-Verfolgte. Hier haben sich seit 1992 Verfolgtenverbände, Betroffene und engagierte Individuen zusammengeschlossen.

Welche Initiatoren gab es 1992?

Zu den Initiatoren gehören u.a.: Claims Conference, Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten, Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes/Bund der Antifaschisten, Bund der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten, Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz, Schwulenverband in Deutschland, Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeiter unter dem NS-Regime, Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste.

Warum eine Informations- und Beratungsstelle und was tut diese?

In Köln betreibt der Bundesverband die Informations- und Beratungsstelle für NS-Verfolgte. Sie unterstützt Verfolgte aller Opfergruppen in Entscheidungsfragen und anderen mit der Verfolgung zusammenhängenden Problemen. Dies geschieht besonders durch:

- Herausgabe von Informationsmaterialien
- Information der Öffentlichkeit über Verfolgung und Entschädigung
- telefonische und persönliche Beratung
- Vermittlung erfahrener Gutachter und Rechtsanwälte
- Vertretung von Antragstellern gegenüber Entschädigungsbehörden und Rentenversicherungsträgern
- Veranstaltung von Seminaren der politischen Bildung und Begegnung für Betroffene und Multiplikatoren

Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte e.V., Kämmergasse 1, 50676 Köln.

der Pflicht sieht. Unterstützung durch einen öffentlichen Druck stellen wir uns so vor, daß wir in den vergangenen 14 Tagen intensiv den Kontakt zu den Medien gepflegt haben, um auf unsere Situation aufmerksam zu machen. Mit den ersten Reaktionen seitens der Zeitungen, des Rundfunks und des Fernsehens sind wir zufrieden. Folgerichtig und erforderlich wäre es, wenn sich interessierte Bürger unseres Landes an die Abgeordneten des Bundestagsausschusses Wiedergutmachung als auch an die sogenannten „Haushälter“ der einzelnen Bundestagsfraktionen wenden würden, um unseren Antrag entsprechend zu unterstützen. Auch ein entsprechendes Protestschreiben an den Bundesfinanzminister Waigel könnte sicherlich nicht verkehrt sein.

Gab es schon Reaktionen auf die Presseveröffentlichungen bzw. Stellungnahmen von Parteien?

Durch die Presseveröffentlichungen haben eine ganze Reihe von Journalisten und Journalistinnen bei uns angerufen und um weiteres Informations- und Hintergrundmaterial gebeten, das sicherlich in nächster Zeit auch veröffentlicht wird. Darüber hinaus haben uns eine ganze Reihe von NS-Verfolgten angerufen und uns ihre Solidarität bekundet bzw. angefragt, inwieweit und über welche Kanäle sie unser Anliegen unterstützen können. „Offizielle“ Stellungnahmen der Parteien oder anderer Organisationen liegen zur Zeit noch nicht vor. Das Gespräch führte Ulrike Bach am 22. 10. 93.

## Hamburg

### GAL kämpft für SPD-Programm

Für die Entwicklung der Koalitionsverhandlungen zwischen GAL und SPD in Hamburg war bis zum letzten Wochenende im Oktober allgemein eine Entscheidung über „Scheitern“ oder „Durchbruch“ erwartet worden. Auf der Klausurtagung der beiden je zehnköpfigen Verhandlungskommissionen in einem Norderstedter Hotel ging es um Wirtschafts- und Verkehrspolitik.

Erwartungsgemäß blieben die als „Knackpunkte“ der Verhandlungen angesehenen Themen umstritten. Dennoch sollen die Verhandlungen weitergehen, wobei statt der Diskussion von Einzelpunkten jetzt von einer vierköpfigen Spitzengruppe (Voscherau, SPD-Landesvorsitzender Frahm, GAL-Fraktionsvorsitzende Sager und Landesvorstand Littmann) ein Gesamtpaket „von der Unterelbe bis zur Hafenstraße“ erörtert wird.

Die bisherigen Verhandlungen waren geprägt davon, daß die SPD mit Bürgermeister Henning Voscherau einen Mann zu ihrem Delegationsleiter gemacht hat, der sich zuvor explizit gegen eine rot-grüne Koalition ausgesprochen hatte. Mit einer Liste von „Essentials“ hat er Eckpunkte für die Verhandlungen vorgelegt, die sich wie ein Programm für eine Große Koalition lesen und in weitgehender Weise die von der Handelskammer vor den Wahlen erhobenen Forderungen zur „Standortpolitik“ wiedergeben. Die CDU zeigte sich so begeistert von diesen Programmpunkten. Die Handelskammer forderte die SPD zu „kompromißloser Standfestigkeit“ in den Verhandlungen auf.

Demgegenüber hatte sich die GAL-Verhandlungskommission auf ihrer Mitgliederversammlung am 25. 9. gegen die von Teilen der Mitgliedschaft geforderte Aufstellung eines Katalogs „von konkreten Verhandlungszielen in den Bereichen Wohnungsbau, Armut, Flüchtlings-Unterbringung, Umwelt- und Verkehrspolitik“ verwahrt. Der offensichtlich starke Drang der GAL-Realos nach der Teilhabe an Macht und Senatensesseln veranlaßte sie, ungeachtet der provokanten Taktik der SPD bereits bei den ersten Verhandlungsthemen weitgehende Zugeständnisse zu machen.

Beim Thema Wohnungspolitik erzielte man Einigkeit auf der Basis, daß bis zum Jahr 1997 der Bau von 24 000 Wohnungen gefördert werden soll. Dies ist die Einigung auf den bisherigen SPD-Plan bei vorläufigem Dissens über einige Großsiedlungsprojekte und die Schwerpunkte in der Förderungspolitik. Angesichts der Tatsache, daß bis zum Jahreshundertende aber nach Berechnungen der Hamburger Landesbank ca. 100 000 Wohnungen fehlen werden, während gleichzeitig ebenfalls fast 100 000 Wohnungen aus der Sozialbindung herausfallen werden (43 % aller Sozialwohnungen in Hamburg 1991), ist dies Programm schon von der absoluten Größe her völlig unzureichend.

In der Frage der Abfallentsorgung erklärte sich die GAL bereit, entgegen ihrem Standpunkt, keiner weiteren Müllverbrennungsanlage zuzustimmen, sich dem Urteil eines Sachverständigenentscheidens in dieser Frage zu beugen. Die SPD ließ sie jedoch kalt abfahren und verlangte die bedingungslose Zustimmung zum Bau einer weiteren Anlage.

Die Forderung nach Kauf der nicht in Hamburger Besitz befindlichen

HEW-Aktien zum Zwecke des beschleunigten Ausstiegs aus der Kernkraft ließ die GAL fallen und stimmte zu, daß für das KKW Brunsbüttel „1996 geprüft wird, ob der Nutzungsvertrag für 1999 gekündigt wird“, dies jedoch nur bei Vorhandensein von ausreichenden Ersatzkapazitäten, eine Linie, die genau der des SPD-Umweltsenators (und Rot-Grün-Gegners) Vahrenholt entspricht. Das GAL-Konzept zum Ausstieg aus Brinkdorf, Krümmel und Stadl ließ die SPD an der HEW-Satzung scheitern, die der Mitgesellschafterin Preußen-Elektra den Weiterbetrieb der Kernkraftwerke ermöglicht, wenn die HEW aussteigen wollen. Die Umweltorganisation Robin Wood warf der GAL postwendend vor, ihre alten Standpunkte verlassen zu haben und einen „faulen Kompromiß“ eingegangen zu sein.

Bei der Diskussion über die Verkehrspolitik am vergangenen Wochenende ergab sich ebenfalls eine eigentümliche Konstellation. Den Eckpunkten Voscheraus, die entsprechend den Handelskammerforderungen die weitere Förderung des Autoverkehrs durch vorrangige Realisierung von Straßenbauprojekten wie 4. Elbtunnellöhre, Airbus-Trasse, Hafenquerspanne, Autobahnanbindung des Flughafens Fuhlsbüttel vorsehen, hielt die GAL ein Verkehrskonzept entgegen, daß in weiten Teilen einem Beschluß des SPD-Landesparteitags vom Februar 93 entspricht und den Vorrang der Förderung von Öffentlichem Personennahverkehr, Fahrrad und Fußgängern bei Beschränkungen für den Autoverkehr in der Stadt vorsieht.

Daß die Koalitionsverhandlungen noch weiter geführt werden, ist zweifellos der Existenz einer vorhandenen Strömung in der SPD für eine soziale und ökologische Reformpolitik geschuldet.

Die Linke Opposition in der Stadt kann sich nicht auf die Verhandlungskünste der GAL verlassen, sondern muß die Auseinandersetzung um eigene kommunalpolitische Forderungen intensivieren. Dabei kann als ein Ausgangspunkt die Erklärung eines Zusammenschlusses zahlreicher Initiativen, Stadtteil- und Selbsthilfegruppen nützen. In einer Anzeige erheben sie zahlreiche konkrete Forderungen zu Stadtentwicklung, Wohnungspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Frauen, Sozialhilfe, Drogenpolitik, Migranten- und Flüchtlingspolitik, Kindern, Jugendhilfe und Behinderten und erklären u.a.: „Wir wollen, daß die soziale Frage in den Mittelpunkt der Verhandlungen um eine neue Regierung gerückt wird. Wir wollen eine klare Parteinahe für die sozial Benachteiligten! Bevor über Milliardenprojekte wie Elbvertiefung oder Hafenerweiterung verhandelt wird, erwarten wir ausreichende finanzielle Anstrengungen für eine soziale Reformpolitik.“ — (uj)

## Stuttgart

### Bosch: Kurzpausen sollen weg

Am 12. März 1993 hatte Herr Zimmerer von der Bosch-Geschäftsführung das mittelfristige Ende der ABS-Fertigung in Stuttgart-Feuerbach angekündigt. Gleichzeitig hatte er gedroht, daß das ABS aber nur dann mittelfristig in Feuerbach bleibe, wenn die Fertigungskosten an andere Standorte herangeführt würden. Insbesondere die Kurzpausen müßten weg. Ansonsten würde die Fertigung kurzfristig verlagert.

In der Zwischenzeit wurde Immenstadt im Allgäu auf die Fertigung des ABS-

mit dem die gefährliche Nutzung der Atomenergie auch nach der Jahrtausendwende fortgesetzt werden soll.

Koordinationskreis SIEMENS-Kampagne Kontakt: Anti-Atom-Laden Berlin e.V., Postfach 610285, 10924 Berlin.

### Ladenschluß im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Kiel. Antrag der FDP, 16. 9. 93: „Der ... Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Bundesrat für die Abschaffung des Gesetzes über den Ladenschluß (LadSchG ...) einzusetzen. ... Durchführungsverordnungen sind aufzuheben.“ „Das Thema Ladenschluß ist nur ein kleines Beispiel für ein großes Thema: Flexibilisierung von Arbeitszeiten und Maschinenlaufzeiten. Abbau von bürokratischen Hemmnissen und Regulierungen, ... um den Wirtschaftsstandort Deutschland überlebensfähig zu halten ...“ so die wirtschafts-

BERICHTIGUNG: betrifft: Frauenstreik 94 — Bericht in der letzten Ausgabe an dieser Stelle

Durch einen Fehler bei der Eingabe des von der Autorin eingereichten Manuskripts ist uns am Ende des Artikels eine ärgerliche Auslassung unterlaufen. Es hieß dort fälschlich: „Auch in Hamburg hat sich ein Streikkomitee gebildet, in dem Frauen aus unterschiedlichen Gewerkschaftsbereichen zusammenarbeiten.“

Richtig mußte es heißen: „Auch in Hamburg hat sich ein Streikkomitee gebildet, in dem Frauen aus unterschiedlichen Gewerkschaftsbereichen sowie Frauen und Lesben aus autonomen Projekten und Gruppen zusammenarbeiten.“ (Auslassungen in kursiv hervorgehoben). Wir bitten die Autorin und die Leser/innen um Entschuldigung. — (Red.)





Essen. Mehrere tausend Stahlarbeiter haben am 21. 10. im Ruhrgebiet gegen die von der Regierungskoalition geplanten einschneidenden Änderungen beim Arbeitsförderungs-gesetz protestiert. Die Befristung der Arbeitslosen-hilfe auf zwei Jahre würde die Stahl-Sozialpläne aushebeln. In Duisburg blockierten mehrere tausend Thyssen-Arbeiter nach einer Kundgebung die A 42. — (wof, Bild: M. Sch.)

Systems ABS 2S 4-Kanal vorbereitet, das bisher nur in Feuerbach gefertigt wurde. Diesen Luxus leistet sich Bosch, um in Feuerbach massiv mit Arbeitsplatzverlust zu drohen.

Das Ziel ist klar: Die Kurzpausen von fünf Minuten pro Stunde in Akkord- und Prämienlohn sollen weg. Der Leiter des Personalwesens am Feuerbacher Standort, Herr Weskott, will die Kurzpausen mit Stillstandszeiten verrechnen. Aber diese Störungen fallen nicht regelmäßig an und oft sind sie so kurz, daß sie nicht erholungswirksam sind. Würde der Betriebsrat entgegen dem Tarifvertrag der Verrechnung zustimmen, dann ergäbe sich rechnerisch eine Produktionssteigerung um circa neun Prozent (Zeitanteil der Kurzpausen an der Gesamtarbeitszeit).

Weskott kündigte bereits an, daß die neue Pausenregelung dann für das ganze Feuerbacher Werk mit allen Fertigungen gelten sollte. Betroffen wären damit etwa 3900 Arbeiterinnen und Arbeiter. Der Wegfall der Kurzpausen würde den Druck zum Personalabbau noch verstärken, 350 Beschäftigte wären rechnerisch zusätzlich überflüssig. Gibt der Betriebsrat nicht nach, will Bosch bis Januar die ABS-Fertigung nach Immenstadt verlegen. Auch dann sind die jetzigen 350 Produktions-Arbeitsplätze bei ABS weg. Der Betriebsrat soll also zwischen Pest und Cholera entscheiden.

Die Bosch-Geschäftsführung geht davon aus, daß es in zwei bis drei Jahren in Nordwürttemberg/Nordbaden keine Kurzpausen mehr gibt. Klar ist, Bosch will mit den ABS-Arbeitsplätzen eine Bresche schlagen. Der Feuerbacher Betriebsrat hat verlangt, daß bei den Verhandlungen mit der Firma über die zukünftige Gestaltung der Fertigung die IG Metall an den Verhandlungstisch muß. Nach Zögern stimmte Bosch zu.

Ansatzpunkt für das Bosch-Erpressungsmanöver ist die neue Betriebsvereinbarung für das Motorenwerk bei Mercedes-Benz Untertürkheim. Darin ist festgelegt: „Zeiten und Tätigkeiten im Rahmen neuer Formen der Arbeits-

organisation, die einen Belastungswechsel gegenüber der taktgebundenen Arbeit beinhalten und erholungswirksam sind, werden ganz oder teilweise auf die Erholzeit angerechnet.“ Während bei Mercedes-Benz aber immerhin neue Arbeitsinhalte und -formen vereinbart sind, will Bosch sofort bei bestehender Bandarbeit die Kurzpausen beseitigen.

IG Metall und der Betriebsrat des Werks Feuerbach sind bereit zu verhandeln, aber erpressen lassen sie sich nicht. Wenn die Firma Bosch eine neue Arbeitsorganisation will, die von der reinen Montagearbeit abweicht und die regelmäßige erholungswirksame Tätigkeiten beinhaltet, dann kann in diesem Zusammenhang auch über die Kurzpausen gesprochen werden.

Quelle: DIALOG, Information der IG-Metall-Betriebsräte und Vertrauensleute für die Beschäftigten der Robert-Bosch GmbH Feuerbach, Oktober 1993 — (rkw)

## München

### Symbolische Aktion gegen Abschiebung

Der Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Pro Asyl, Pfarrer Herbert Leuninger, Herr Simon von der Evangelischen Ausländerarbeit München, Frau Schlumberger-Dogu vom Bayerischen Flüchtlingsrat, grüne Landtagsabgeordnete und Stadträtinnen, die Münchner Bürgermeisterin Sabine Csampal, Martin Löwenberg vom Münchner Bündnis gegen Rassismus und Frau Ammon, Synodale in der Evangelischen Landeskirche, besichtigten am Freitag, den 15. 10. die Asylbewerberunterkunft, die vorerst seit Juli 93 provisorisch direkt mitten im Rollfeld, auf der Schneedeponie (der Ort, wo nach dem ersten Schneefall dieser vom Rollfeld verbracht wird) mit mehreren Containern, umzäunt und bewacht, untergebracht ist.

Die BesucherInnen waren sich einig, daß diese Unterkunft menschenunwürdig ist, besonders für Menschen, die

nach einer langen und oft gefährlichen Flucht dort — im Höchstfall bis zu 19 Tagen nach der neuen „Flughafenregelung“ Art. 18a AsylVerfG, untergebracht sind. Auf der nachfolgenden Pressekonferenz wurde deshalb auch nochmal die Klage der Anwältin und grünen Münchner Stadträtin Angelika Lex vorgetragen, die sie bereits am 11. 8. 93 gegen die Regierung von Oberbayern angestrengt hat wegen des Verdachts auf Körperverletzung und Freiheitsberaubung. Zur Begründung heißt es dort u.a.: „Die Bedingungen für eine derartige Unterbringung am Flughafen München-Erding sind katastrophal: Am Rande der nördlichen Startbahn befinden sich Container auf einer abgegrenzten Betonfläche. Das Gelände ist mit Doppelgittern von ca. 2,50m Höhe und doppelten Stacheldrahtrollen umzäunt. ... Die Unterkunftsanlage wird ... bewacht. ... Die Container sind bei Sonneneinstrahlung erheblich überhitzt ... Weitaus stärkere Beeinträchtigungen ergeben sich ... durch den Fluglärm. Die Unterkunftsanlage liegt in der Lärmzone 1 des Flughafens. Alle paar Minuten startet direkt über der Unterkunft ein Flugzeug. ...“ Zwar soll die „Schneedeponie“ demnächst geräumt werden, aber der alternative Platz für die Unterbringung, der uns gezeigt wurde, stellt kaum eine Verbesserung dar: er befindet sich auch direkt neben dem Rollfeld.

Alle SprecherInnen auf der Pressekonferenz auf dem Flughafen am 15. 10. waren sich einig, daß die Flughafenregelung Menschenrecht von Flüchtlingen verletzt. Insbesondere die völlig unkontrollierbare vorgeschaltete Befragung durch den Bundesgrenzschutz, bei der es um den Fluchtweg, nicht die Fluchtgründe ging, wurde kritisiert. MitarbeiterInnen des Kirchlichen Sozialdienstes am Flughafen, die als einzige außerhalb dem BGS und den Bundesamt-Anhörern Kontakt mit Flüchtlingen auf dem Flughafen haben, rügten bereits im August diesen „Verfahrensstreß“. — (aus: Münchner Lokalberichte)

# Bauarbeiter gegen gegen Streichung des Schlechtwettergeldes

Mit „Jetzt geht's los“ und „Kohl muß weg“ machten die Bauarbeiter ihrer Wut Luft.

Bonn erlebte am 28. 10. 93 die größte Arbeiterdemonstration, seitdem die Stadt Regierungssitz ist. Mit 30 Sonderzügen, 1600 Bussen und Privatwagen waren die Bauarbeiter dem Aufruf der IG Bau Steine Erden und der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft gefolgt. Sie zogen in drei Marschsäulen durch die Stadt zur Abschlußkundgebung auf den Hofgarten.

Der Vorschlag von Finanzminister Waigel, das Schlechtwettergeld zum 1. 6. 1994 ersatzlos zu streichen wird von Gewerkschaften und auch den Baukapitalistenverbänden abgelehnt. Die Baukapitalisten lehnen die Zahlung des Schlechtwettergeldes aus eigener Tasche ab. Die IG BSE rechnet damit, daß 300000 Bauarbeiter für drei bis vier Monate in die Winterarbeitslosigkeit entlassen werden. Die Kosten der Bundesanstalt für Arbeit werden durch die Abschaffung des Schlechtwettergeldes steigen und nicht sinken, wie die Bundesregierung behauptet.

Das Jahreseinkommen der Bauarbeiter wird um 6200 DM sinken, die IG BSE schreibt dazu: „Das verringerte Jahreseinkommen und die Zeit der Arbeitslosigkeit verschlechtern die Voraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosengeld. Die spätere Rente wird mit jeder neuen Phase der Arbeitslosigkeit geschmälert. Die kürzere Beschäftigungsdauer verringert den Urlaub um sieben bis acht Tage, verringert auch das 13. Monateinkommen.“

Die IG Bau sieht das geknüpfte Netz zur ganzjährigen Beschäftigung aus Schlechtwettergeld, Lohnausgleich und Kündigungsschutz gefährdet. Das Schlechtwettergeld wird seit 1959 in der Zeit vom 1. November bis 31. März für Tage, an denen aus Witterungsgründen nicht gearbeitet werden kann, in Höhe des Kurzarbeitergeldes gezahlt. Ausgenommen ist davon die Zeit vom 24. 12. bis 1. 1. (Lohnausgleichszeitraum) in der die Bauarbeiter Lohn aus einer Sozialkasse des Baugewerbes erhalten. Der bis 1995 geltende Rahmentarifvertrag im Baugewerbe sieht für die „gesetzliche Schlechtwetterzeit“ einen Kündigungsschutz vor. Es darf nicht wegen Witterung gekündigt werden. Die Streichung des Schlechtwettergeldes führt demnach zur Arbeitslosigkeit von mindestens vier Monaten und der Anspruch auf Lohnausgleich entfällt.

Der Bundestag hat jetzt am 22. Oktober eine Streichung des Schlechtwettergeldes zum 1. 4. 1996 beschlossen. Gewerkschaften und Baukapitalisten sollen unter Druck gesetzt werden, die Schlechtwetterregelung tarifvertraglich für 1996 zu vereinbaren.

Außerdem hat der Bundestag beschlossen, das Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld und das Schlechtwettergeld bei Alleinstehenden um drei Prozent auf 60 Prozent und bei Eltern um ein Prozent auf 67 Prozent zu kürzen. Desweiteren wurde der Bezugszeitraum des Schlechtwettergeldes um die Monate November

und März gekürzt, außerdem wird pro Ausfalltag die erste Stunde nicht mehr bezahlt.

Der Vorsitzende der IG Bau Steine Erden Bruno Köbele nannte in seiner Rede auf der Abschlußkundgebung in Bonn die Entscheidung zum Schlechtwettergeld „staatlich verordneter Lohnraub“, es sei „massiver Sozialabbau“ und „ein Angriff auf die Tarifautonomie“. Bruno Köbele sagte zum weiteren Vorgehen: „Der Tod des Schlechtwettergeldes auf Raten ist nun eingeleitet. Damit finden wir uns aber nicht ab. Damit können wir auch nicht leben. Deswegen geht unser Widerstand weiter.“

Der IG Bau-Vorsitzende nannte die Koalitionsbeschlüsse einen „sozialpolitischen Amoklauf“ unter dem Motto: „Die Kleinen werden abkassiert. Die Großen werden beglückt. Die brutale Umverteilung von unten nach oben haben wir endgültig satt. Wir haben die Schnauze voll.“

Köbele wies in seiner Rede in Bonn auch auf das zusätzliche Problem der regierungsseitig geförderten Werkverträ-



Bonn, 28. 10.

Fotos: af/mz

ge hin, er sagte: „Osteuropäische Kollegen werden als moderne Lohnsklaven mißbraucht. Schlepperbanden verdienen sich goldenen Nasen. Die mittelständische Bauwirtschaft wird von den Generalunternehmern kaputtgemacht. Werkverträge — das ist Lohndumping. Das ist Schmutzkonzurrenz, wie sie schmutziger nicht sein kann. Das ist ein gigantisches Arbeitsplatzvernichtungsprogramm. Deshalb müssen die Werkverträge ein für allemal vom Tisch.“ Köbele kündigte eine Klage der IG BSE vor dem Bundesverfassungsgericht an.

An die Ministerpräsidenten der Bundesländer appellierte Köbele: „Stoppen Sie den Amoklauf der Bundesregierung mit einer 2/3 Mehrheit im Bundesrat! Machen Sie im Bundesrat wahr, was Sie uns schriftlich zugesichert haben; retten sie das Schlechtwettergeld! Retten Sie eine funktionsfähige Bauwirtschaft vor dem Abgrund in eine kriminelle Saisonwirtschaft.“ Laut Handelsblatt vom 29. 10. haben die Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt und Sachsen, Werner Münch und Kurt Biedenkopf, ihre Solidarität schriftlich signalisiert.

„Sollten unsere Appelle nichts nützen“, forderte Bruno Köbele auf, im Wahljahr 1994 den Stimmzettel zum Denkzettel zu machen. Auf der Kundgebung in Bonn führte das Nennen des Namens Kohl oder anderer Regierungsmitglieder zu den Rufen „Kohl muß weg“. Aber auch die SPD-Vertreter, darunter Hans Jochen Vogel mußten Buhrufe und Pfiffe über sich ergehen lassen.

Quellen: Bruno Köbele, Manuskript der Rede; Kieler Nachrichten, Frankfurter Allgemeine, Frankfurter Rundschau, Handelsblatt, 29. 10. 93 — (kaq)

pol. Sprecherin der FDP. — Gerade dieser Satz taucht in der Presse nirgends auf. Der Antrag wird in Ausschüssen weiterbehandelt. — (brg)

## Aktionen gegen den REP-Bundesparteitag

Bestand. 4000 demonstrierten gegen den Bundesparteitag der REP in der Badner Halle. Die Absperrungen an der Halle wurden belagert, eine Demonstration („Eine demokratische Republik braucht diese Republikaner nicht!“) führte durch die Stadt, mit einer Kundgebung an der jüdischen Synagoge und einer Kranzniederlegung für die 1849 hingerichteten 19 badischen demokratischen Revolutionäre. Auf der Kundgebung am Rathaus sprachen u.a. der OB, Vertreter von SPD, FDP, Bündnis 90/Grüne, von der Ausländerabteilung der IG Metall aus Frankfurt, der Antifaschist Peter Gringold. 1500 Polizisten hatte Innenmi-

nister Birzele auffahren lassen und die Stadt in ein Polizeilager verwandelt. Die polizeilichen Schikanen und Behinderungen der Demonstrationsteilnehmer waren beträchtlich. — (map)

## Neuordnung des Rundfunks stößt auf Ablehnung

Freiburg. Von der Landesanstalt für Kommunikation (LfK) wurde jetzt die neue Struktur der privaten Hörfunklandschaft in Baden-Württemberg bekanntgegeben. Spannend an der Debatte über die Frequenzverteilung ist die zukünftige Gliederung für die nichtkommerziellen Sender. Im vergangenen Jahr hatten sich in mehreren Städten Radioinitiativen gebildet, gemeinsam einen Dachverband gegründet, und in den letzten Wochen eine breite Öffentlichkeitskampagne entfaltet, die das Anliegen der nichtkommerziellen Sender bekannt machen sollte. 14 Radioinitiativen fanden

sich letztlich zusammen. In dem jetzigen Beschluß der LfK werden jetzt in sechs Baden-württembergischen Städten Frequenzen für nichtkommerzielle Veranstalter ausgeschrieben, in Freiburg, Freudenstadt, Karlsruhe, Schwäbisch-Hall, Tübingen und Ulm. Die starke Stuttgarter Frequenz 105,7, die nach Aussagen des Vorsitzenden der LfK, Volz, für einen nichtkommerziellen Zweck zur Verfügung gestellt werden sollte, ist nun an den Medienmulti RTL gefallen. Die Stuttgarter Radioinitiative wirft nun der LfK Wortbruch vor und wird sich weiter um die Ausschreibung einer nichtkommerziellen Frequenz für Stuttgart bemühen. Überhaupt wird das Konzept der LfK von dem Dachverband der nichtkommerziellen Radioinitiativen Baden-Württemberg „Arbeitsgemeinschaft freier Gesellschaftsfunk“ (AFF) abgelehnt. Seine Forderung ist weiterhin Frequenzen für alle 14 Lokalbereichsgebiete. — (hav)





## Kurz berichtet

## Berliner IG Metall bereitet sich vor

Den Auftakt zur kommenden Tarifeinensatzkonferenz bildete in Berlin die große Funktionärskonferenz vom 2. November mit dem Vorsitzenden der IG Metall, Klaus Zwickel als Hauptredner. Am 6. Dezember veranstaltet die Ortsverwaltung eine Kundgebung vor dem Berliner Roten Rathaus. Gewerkschaftsintern wird nicht mehr ausgeschlossen, daß diesmal auch die Berliner IG Metall eine Urabstimmung über Streik durchführen müssen. Die Voraussetzungen dafür sind allerdings noch zu schaffen. Die Mitgliederlisten in den Betrieben z.B. müssen auf den aktuellen Stand gebracht werden. Bislang konnte es im Tarifgebiet 1 (Westberlin) immer bei einer eingeschränkten Mobilisierung bleiben. Westberlin profitierte von den Kampfmaßnahmen z.B. in Nordwürtembergl/Nordbaden. Damit hat es nun ein Ende. Die Berliner Metaller sind auf ihre eigenen Möglichkeiten zurückgeworfen, und die sind nicht besonders günstig. Der schmerzliche aber notwendige Prozeß zur Herstellung der Kampffähigkeit bedingt auch eine deutliche Verbesserung des Organisationsgrades der Berliner IG Metall. — (brr)

## Urteil gegen Erich Mielke: Sechs Jahre Haft

Der vor 62 Jahren erfolgte Mord an zwei Polizisten wird — trotz fehlender Beweise — dem 85-jährigen Erich Mielke, dem ehemaligen Minister für Staatssicherheit der DDR, angelastet. Das Berliner Landgericht sah es für bewiesen an, daß Mielke im Alter von 23 Jahren am 9. August 1931 die beiden Polizisten Anlauf und Lenck auf dem Berliner Bülowplatz „feige und hinterhältig“ ermordet hat. Richter Seidel nannte Erich Mielke „einen der gefährlichsten Diktatoren des 20. Jahrhunderts“. An 87 Verhandlungstagen wurde im Gericht eine Diskussion über die Verjährung des Mordes geführt. Eine Begründung wurde gefunden, weil die sowjetische Besatzungsmacht „eine Ausübung der Gerichtsbarkeit“ 1945 versagt habe. Am Umstand, daß die Anklage sich ausschließlich auf Naziakten gründete, nahm das Gericht keinen Anstoß. Die Verteidigung mußte dem Gericht immer wieder klarmachen, daß ein wesentlicher Teil der „Beweise“ unter Druck und Folter zustande gekommen war. Die Verteidigung bezeichnete den Prozeß als „unmöglich“ und will Revision einlegen. Der Prozeß ist, selbst im Hinblick auf die Verantwortung Mielkes, ein weiterer Mosaikstein in der Abrechnung mit der DDR. — (abe)

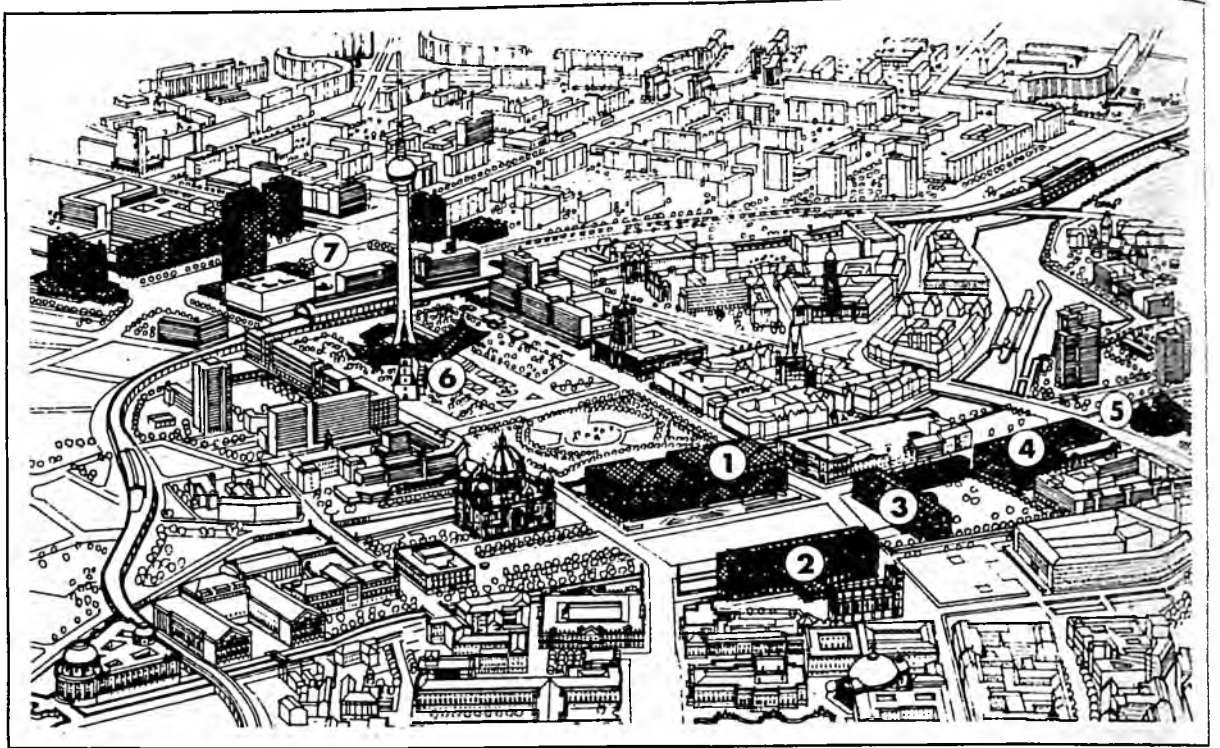
## Auch „Hauptstadtputz“: Straßenumbenennung

Berlin. Die Otto-Grotewohl-Straße im Bezirk Mitte heißt seit 1. Oktober (Kaiser-)Wilhelmstraße. Das Verwaltungsgericht wies die Klage eines Anwohners gegen die Umbenennung zurück. Der Bezirk Mitte hatte die Umbenennung abgelehnt und war einer Einzelanweisung der Senatsverkehrsverwaltung im Juni nicht nachgekommen. Aufgrund einer Änderung des Allgemeinen Zuständigkeitsgesetzes vom April d.J. gehört die Straßenaufsicht (hierzu gehört auch die Straßennamensgebung) nicht mehr zu den bezirkseigenen Aufgaben, sondern wird von ihnen nur noch als „übertragene Vorbehaltsaufgabe“ wahrgenommen. Die Beteiligung der Anwohner wurde vom Gericht grundsätzlich ausgeschlossen. Ausnahme nur dann, wenn ein Name für jemanden diskriminierend sei, was bei „Wilhelm“ gleich ausgeschlossen wurde.

Das Gericht ging in seiner Urteilsbegründung noch weiter. Pauschal ermächtigte es die Senatsverkehrsverwaltung, die aus der DDR stammenden Straßennamen von Personen, die sich als „aktive Gegner der Demokratie und geistig-politische Wegbereiter und Verfechter des DDR-Regimes erwiesen haben“, zu beseitigen. Kaum eine Woche später fordert die CDU, auch die Wilhelm-Pieck-Straße (Wilhelm Pieck war u. a. DDR-Staatspräsident) müsse von der Liste Berliner Straßennamen verschwinden. Bis zum 15. November solle der Bezirk Mitte die Rückbenennung in Elsässer und Lothringer Straße veranlassen, ansonsten müsse der Senat erneut vom Hauptstadtvertrag Gebrauch machen. — (har)

## Kündigung Heinrich Fink's endgültig

Berlin. Die fristlose Entlassung des ehemaligen Rektors der Humboldt-Universität, Heinrich Fink, vom November 1991 ist endgültig. Das Landesarbeitsgericht Berlin hatte der fristlosen Kündigung wegen Mitarbeit für die Staatssicherheit zugestimmt und eine Revision gegen das Urteil nicht zugelassen. Dagegen hatte Heinrich Fink Beschwerde beim Bundesarbeitsgericht eingelegt. Diese Beschwerde wurde jetzt als unbegründet zurückgewiesen. Somit ist das Urteil des Landesarbeitsgerichts rechtskräftig. Heinrich Fink soll seit 1969 als IM für die Staatssicherheit gearbeitet haben. Diesen Nachweis blieb die kündigende Senatsverwaltung bis zuletzt schuldig. Aussagen von offiziellen Mitarbeitern der Staatssicherheit, Fink sei unwissentlich als IM abgeschöpft worden, wurde kein Glauben geschenkt. Wichtige Aktenbände in der Gauckbehörde waren gelöscht. (Vgl. Politische Berichte Nr. 1/93 — har)



Kurz- bzw. längerfristig geplante Abrisse: (1) Palast der Republik, (2) ehem. Außenministerium, (3) ehem. Staatsratsgebäude, (4) ehem. Ministerium für Bauwesen, (5) Gaststätte „Ahornblatt“, (6) sog. Fußumbauung Fernsehturm, (7) Alexanderplatz.

Nachdem sich Bundesregierung und Berliner Senat auf einen Zeitplan für den Regierungsumzug von Bonn nach Berlin geeinigt zu haben scheinen, rückt die Diskussion um die Gestaltung der Berliner Mitte erneut in den Vordergrund.

1,2 Milliarden Mark allein für die „Verschönerung“ u.ä. von Brücken und Plätzen zu und auf der Spreeinsel, 200 Millionen Mark für den Abriss des Palastes der Republik und des DDR-Außenministeriums — lassen sich Bundesregierung und Berliner Senat trotz riesiger Haushaltsdefizite die Verwirklichung ihrer Vorstellungen kosten.

Um eine solche Politik durchsetzen zu können, sind bzw. werden Gesetze und Verordnungen geändert: Mit der Änderung des Allgemeinen Zuständigkeitsgesetzes werden bezirkseigene Aufgaben dem Senat übertragen; mit dem Haupt-

stadtvertrag kann sogar das Bundesbauministerium Bauplanungsverfahren an sich reißen; und mit der geplanten Verwaltungsreform wird der Hoch- und Straßenbau weitgehend der Senatsbauverwaltung untergeordnet. „Ein undemokratischer Zentralismus feiert Urstände“, kritisiert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Wie unwirksam schon bezirkliche Beschlüsse sind, kann man am Beispiel der Stadtschloß-Attrappe sehen. Mit Stimmenmehrheit von PDS und Bündnis Mitte wurde das Bezirksamt aufgefordert, die Genehmigung für die Aufstellung der Attrappe nicht zu verlängern. Sie steht noch immer. 586 700 DM sind dem Bezirk Mitte an Einnahmen bis zum 10. Oktober verloren gegangen, weil der Schloß-Förderverein als gemeinnützige Einrichtung keine Miete zahlen muß, rund 1 Million Mark Einnahmenverluste

könnten es werden, wenn die Attrappe, wie geplant, bis Juni 1994 stehenbleibt.

Um Einfluß auf die Gestaltung der Berliner Mitte nehmen zu können, hat sich eine Initiative gegründet. „Die Spreeinsel-Initiative Berlin ist entstanden als politischer Protest — als Protest gegen den staatlichen Herrschaftsanspruch in entscheidenden Fragen der Stadtentwicklung Berlins, gegen das undemokratische Verfahren der staatlichen Administration, Bundeseinrichtungen auf der Spreeinsel anzusiedeln, und gegen die Verführung der Bevölkerung durch private Lobbyisten, sie mit einer Fassadenkulisse für eine Neuerrichtung des Schlosses zu gewinnen.“

Den nachfolgenden Beitrag haben wir der Broschüre *Stadtschloß — Stadt-Mitte?* entnommen, die von der Spreeinsel-Initiative herausgegeben wurde. — (har)

## Streit um die Gestaltung der Stadt-Mitte Berlins

Die Debatte um Berlins historische Mitte als zentraler Ort der deutschen Hauptstadt, um das nicht mehr vorhandene Schloß sowie um die Wünsche zu seinem Wiederaufbau reißt nicht ab. Mit der jetzt auf dem Marx-Engels-Platz entstandenen Schloß-Attrappe soll diesem Vorhaben Nachdruck verliehen werden. In der Tat scheint der Verlust des Gebäudekomplexes die Hauptursache für die ihm und seinem Standort heute zugemessene Bedeutung zu sein. Ist er aber auch Ursache dafür, daß sich die abhandeln gekommene Identität der so lange getrennten Deutschen und Berliner an diesem zum Prüfstein gewordenen Punkt messen oder entscheiden muß? Ist die dem Ort zugesprochene Symbolhaftigkeit wirklich so groß?

Wie steht es dann aber mit der Regierungsabsicht, gerade diesen Platz zu besetzen und eine angeordnete Einheit „von oben“ zu praktizieren? Oder müßte nicht besser danach gesucht werden, wie sich die Berliner, um eines wirklichen Zusammenlebens willen, den bedeutungsträchtigen Ort gemeinsam aneignen?

Die übergroße Mehrheit all dessen, was in der vergangenen Zeit seit dem Fall der Mauer zum Thema „Hauptstadt-Entwicklung“ gesagt, konzipiert oder gezeichnet wurde, ist mehr oder weniger geprägt von drei typischen Merkmalen:

1. Einer weitgehenden Unkenntnis über die Bedingungen der Entwicklungsgeschichte Ostberlins seit der DDR-Gründung, zu der nun einmal die Neugestaltung des historischen Zentrums gehört.
2. Einer betonten Intoleranz gegenüber den Bauwerken Ostberlins — quasi als ob die Häuser ideologisch verseucht und darüber hinaus funktionell unbrauchbar, zumindest aber nicht standfest seien.
3. Einer starken Verengung aller Standpunkte auf eine rein westliche Sicht.

Es ist deshalb keineswegs verwunderlich, mit welcher Selbstverständlichkeit Politiker und Architekten die frühere „Osthälfte“ der Stadt als „geschenkten Spielplatz“ benutzen, um mittels beliebiger Abriss- und Neubaugigantomanien ihre Vorstellungen über das deutsche Hauptstadt-Gesicht zu testen.

Aber: kann aus solch einseitiger Disposition heraus tatsächlich eine gemeinsame Zukunft erwachsen, mit dem Anspruch gegenüber der geteilten Stadt, für alle Berliner bessere Lebensbedingungen hervorzubringen?

Oder: birgt dieses Verhalten der Bevormundung nicht weit mehr die Gefahr in sich, daß alles in den östlichen Stadtgebieten neu Entstandene von vielen Bürgern als Ausdruck kolonialistischer Siegermentalität gewertet und damit von vornherein diskreditiert ist?

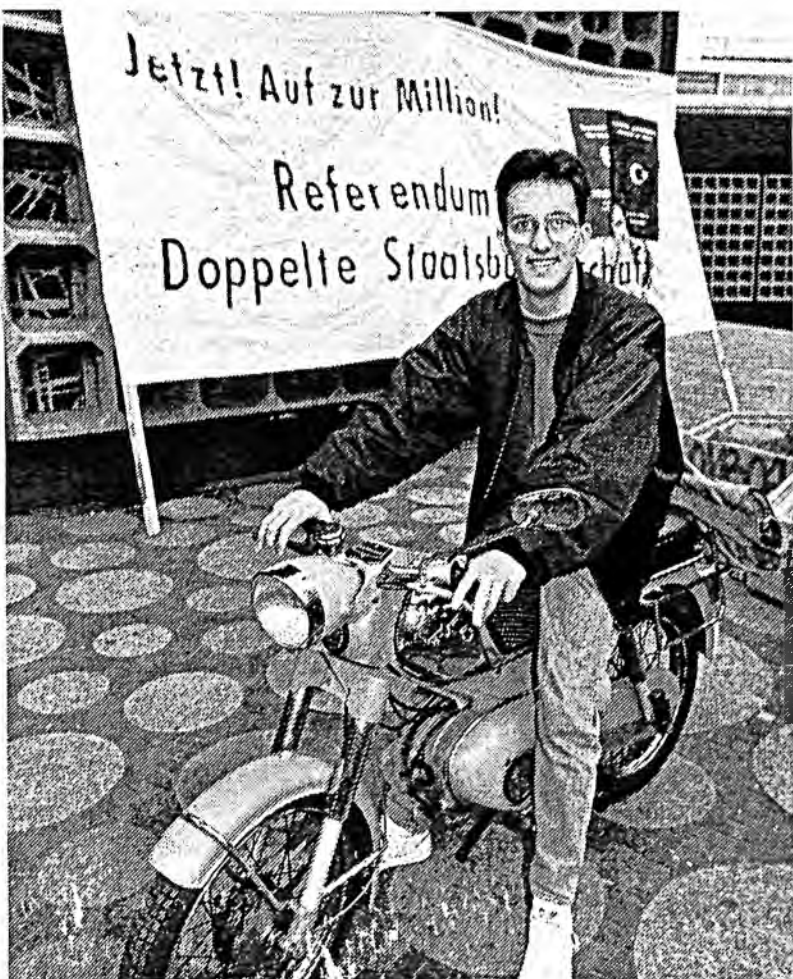
Ganz offensichtlich ist in dem laut, mitunter auch hysterisch geführten Meinungsstreit um die Aufgaben, Inhalte und Formen der neuen Hauptstadt vieles überzeichnet, manches basiert auf Unkenntnis von Geschichte und Realität, oft auch nur auf mangelnder Fähigkeit zum Zuhören. In allen Auseinandersetzungen um gute oder schlechte Architektur, um die Zerstörung der historischen oder um die „wiederherzustellende“ Stadt fällt jedoch auf, daß selten von den Menschen in dieser Stadt die Rede ist, von ihren Schwierigkeiten, Hoffnungen und Wünschen. Von den Menschen, denen diese Stadt Heimat ist, von deren Verhalten man neue Urbanität in der künftig erhofften Weltmetropole erwartet, die ein legitimes Mitspracherecht haben und bei denen dennoch offenkundig ist, daß die Stadt in ihren Köpfen noch immer gespalten ist. Schließlich bringen sie ganz unterschiedliche Erfahrungen und Vorstellungen aus verschiedenen Erlebniswelten mit. Wenn aber nur die Erfahrungen und Wünsche der einen Seite zum Handlungskonzept für die gemeinsame Zukunft gemacht werden, wenn nur die

einen bestimmen und die anderen lediglich zuhören oder gehorchen dürfen, wie soll dann gemeinsame urbane Kultur wachsen? Wobei es sich bei diesen Menschen nicht nur um „Planungsobjekte“ handelt, sondern auch um Planungspartner, also um „Planungsobjekte“.

Erfahrung und Gewohnheit führten die Ostberliner in der Regel aus östlicher Richtung zur Spreeinsel und in die Straße Unter den Linden, über den zur DDR-Zeit entstandenen großen parkartigen Freiraum zwischen dem Alexanderplatz und der Spree. Sie haben also verständlicherweise nicht nur funktionell, sondern auch baulich eine gänzlich andere Sicht als diejenigen, die sowohl ihre frühere Erinnerung wie auch ihre heutige Praxis stets von Westen kommend erleben. Es wird also notwendig sein, die in diesem Bereich real entstandene Baustruktur wie auch das geistige Bild von ihr zu vereinen und nicht nur einseitig zu bestimmen. Dies zu erwarten, ist ein legitimer Anspruch der aus dem Ostteil stammenden Stadtbürger. (...)

Aussöhnung an diesem Ort kann nur gewonnen werden — und zwar praktisch und symbolisch — wenn die bestehende Zerstrittenheit der Deutschen und der Berliner gesellschaftlich überwunden wird. Das allerdings sollte nicht rückwärts gewandt mit dem Wiederaufbau des Schlosses — auch nicht gegenwärtig machtorientiert mit der Ansiedlung des Staates am wichtigsten Platz der Mitte — sondern vorwärts gerichtet geschehen, durch die Eröffnung eines „Ortes der Begegnung von Ost und West“ am zentralen historischen Punkt des Stadtebens.

Der Beitrag unter der Überschrift „Ort der Aussöhnung oder der Zerstrittenheit?“ stammt von Dorothea Tscheschner und wurde aus Platzgründen gekürzt. Vollständig nachzulesen ist er in der oben genannten Broschüre, zu beziehen über Spreeinsel-Initiative, Haus der Demokratie, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, Preis 5 DM.



Die 1000 000ste Unterschrift für das Referendum „Doppelte Staatsbürgerschaft“ wurde am 20. Oktober gesammelt. In Analogie zur Begrüßung des aus Portugal stammenden einmillionsten Gastarbeiters 1964 mit einem Kreidler-Florett-Moped erhielt der einmillionste Unterzeichner ebenfalls ein solches (Bild). Über die Einleitung eines Referendums muß jetzt der Bundestag entscheiden. — (har)



**KZ Sachsenhausen****Freispruch im Prozeß um Anschlag**

Der Prozeß gegen die Brandstiftung an der jüdischen Baracke auf dem Gelände des ehemaligen KZ Sachsenhausen endete mit Freispruch für die Angeklagten, den 20-jährigen Ingo K. und den 22-jährigen Thomas H., aus Mangel an Beweisen.

Offensichtlich können Gerichte, wenn sie wollen, verhindern, daß Unschuldige bestraft werden, aber gegen die Sabotage von Ermittlungsbehörden, Straftäter zu finden, sind sie machtlos. Die Ermittlungsbehörden haben, sofern die beim Bundesgerichtshof beantragte Revision nichts anderes ergibt, zu verantworten, daß diese Tat unbestraft bleibt und, wie der Staatsanwalt Picard sagte, anderen Tätern als Vorbild dient. Ein Plädoyer, in dem von dem angerichteten unermesslichen immateriellen Schaden gesprochen wird, in dem auf den Zusammenhang mit den Anschlägen von Mölln und Rostock wenigstens hingewiesen wird, kann nicht weitmachen, daß die Anklage wenig Fakten präsentierte, sich hauptsächlich auf die Geständnisse der beiden, die inzwischen widerrufen wurden, stützte. Anfangs war die Polizei ja sogar von einer ominösen Selbstentzündung ausgegangen. Deshalb besichtigte ein Sachverständiger erst nach drei Tagen die Brandstätte. Erst Anfang März waren die Angeklagten vernommen worden, obwohl bereits im Januar Hinweise auf sie vorlagen. Trotzdem bleiben Ungereimtheiten bei der Begründung des Freispruchs durch Richter Przybilla. Wozu das geäußerte merkwürdige Verständnis für den „Leidensdruck“ wegen seiner Arbeitslosigkeit, wenn man Ingo K. eh für unschuldig hält? Von Thomas H. heißt es da: „Es macht keinen Sinn, jemand zu bezichtigen, wenn man selbst beteiligt war“. Tatsächlich hat aber Thomas H. niemanden angezeigt, sondern wie in der Verhandlung festgestellt, hatte ein Polizist zufällig in einer Kneipe mitgehört, wie der angetrunkene Thomas H. mit dem Brandanschlag angab. Ebenfalls nicht unbedingt einleuchtend ist die Bewertung der Aussagen von Leuten aus der Prenzlauer Neonaziszene, die Angeklagten hätten vor und nach der Tat sich damit gebrüstet. Das Gericht hatte diese Aussagen als unglaubwürdig eingestuft, weil die Anklagen infolge ihrer anfänglichen Geständnisse als Verräter angesehen worden seien.

Der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland hat das Urteil in einer ersten Stellungnahme denn auch als unverständlich bezeichnet und erklärt, er habe mit einer Verurteilung als Mittäter gerechnet.

Am unbefriedigsten bei dem ganzen Skandal bleibt, daß die Haupttäter überhaupt nie belangt worden sind. Der rechtsradikale Hintergrund ist unbeheilig geblieben. Die angeklagten Vergehen, für die der Staatsanwalt viereinhalb Jahre Freiheitsentzug für Thomas H. und drei Jahre Jugendstrafe für Ingo K. gefordert hatte, waren Brandstiftung, Verstoß gegen das Waffengesetz und Sachbeschädigung. Offensichtlich hatte die Brandstiftung einen organisierten neofaschistischen Hintergrund. Offensichtlich sollte aber ja ein Fanal für Pogrome gesetzt werden. Dem würde ein Tatbestand wie der der Volksverhetzung entsprechen. Aber dann hätte man eben auch gegen die von den Angeklagten erwähnten weiteren ca. 20 Tatbeteiligten ermitteln müssen. Klar ist, daß der Angeklagte Ingo K., dem sein Verteidiger sicherheitshalber Schuldunfähigkeit wegen „verdeckter Debität“ hatte attestieren lassen, wenn auch nicht schwachsinnig, so doch nicht in der Lage war, den Anschlag zu planen und auszuführen. Gerade die bescheinigte Lenkbarkeit des Angeklagten macht ja die Frage, wer denn aus der faschistischen Szene solche Menschen aufstachelt, umso dringlicher. — (chk)

**Berlin****Aktionen gegen Obdachlosigkeit**

Eine baldige Räumung auch der anderen sieben Schwabengassenplätze im Berliner Innenstadtbereich würden deren Bewohner nach der Räumung im Engelbecken (Leuschnerdamm).

Während aus dem Bezirksamt Kreuzberg verlautete, man werde keine Wa-

genburgen dulden, hat der Friedrichshainer Bezirksbürgermeister seine Zusage erneuert, die Rollheimer solange am Spreeufer zu lassen, bis die Bauarbeiten an der Rummelsburger Bucht eine Räumung erfordern. Eine Woche lang führten die Wohnungslosen Aktionstage durch. Unter anderem besuchten sie das Friedrichshainer Rathaus, als Makler ausstaffiert, und erklärten, daß das Gebäude nunmehr verkauft werden müsse. Den Marx-Engels-Platz besetzten sie mit Wohnwagen. Die Polizei griff sehr schnell und hart durch und räumte den Platz wieder. Am 23. Oktober fand zum Abschluß der Aktionen eine Demonstration mit ca. 500 Teilnehmern statt. „Wir lassen uns aus der Stadtmitte nicht vertreiben. Der Widerstand geht weiter“ und der Vorwurf an den Senat, für Regierung und Investoren ein besenreines, stromlinienförmiges Berlin übergeben zu wollen, war der Tenor auf der Abschlussskundgebung.

Von Senatsseite hatte es geheißt, der Verwertungsdruck auf die Grundstücke im Innenstadtbereich sei derartig angestiegen, daß die Plätze geräumt werden müßten. Früher hatte man sich noch mehr Mühe gegeben und in solchen Fällen wenigstens eine Sozialwohnungssiedlung projektiert, um die Nützlichkeit unter Beweis zu stellen. Vom Verwertungsdruck sind allerdings viele bedroht, eine Begründung so brutal und offen und weitreichend, daß sich eigentlich mehr Leute als die oft unbeliebten Obdachlosen betroffen fühlen können.

Ohnehin ist die Obdachlosigkeit explosionsartig angestiegen. Die Wohlfahrtsverbände schätzen inzwischen, daß ungefähr 20000 Obdachlose allein in Berlin leben. Der Senat hat gerade ein Kältehilfeprogramm aufgelegt für 1,14 Millionen DM, das 142 Notübernachtungsplätze vorsieht, drei mehr als im letzten Jahr. Im letzten Winter waren drei Menschen erfroren. Andererseits werden die zahlreichen leerstehenden Häuser für die Obdachlosen nicht genutzt. Im Bezirk Mitte, wo Obdachlose kürzlich die Johannisstr. 8 (Leerstand seit 1989) besetzt hatten und umgehend geräumt wurden, stehen allein 3500 Wohnungen leer. Das Senatsgeld wird für teure „Läusepensionen“ ausgegeben. Auf diese Art bleibt es bei dem Tropfen auf den heißen Stein, den das Senatsprogramm ja nicht einmal bedeutet.

Dabei ist die gestiegene Obdachlosigkeit, von der inzwischen auch ehemalige Angehörige der Mittelschicht betroffen werden, nur die Spitze des Eisbergs: In Ostberlin zahlen bei den städtischen Wohnungsgesellschaften bereits jetzt rund 49000 Mieter ihre Miete nicht. Etwa 58 Millionen machten die Rückstände Ende 1992 aus. In Weißensee ist jeder zweite Haushalt verschuldet. Ausgerechnet hierhin sollen die Probleme der unter Verwertungsdruck stehenden Innenstadtbereiche verlagert werden.

Dadurch, daß in Weißensee die Obdachlosen in einem Ghetto konzentriert werden, mag das Problem aus dem Innenstadtbild verschwunden sein, statt gelöst wird es aber noch verschärft. In der Pankgrafenstraße soll eine Schweinmästerei zu einem Rollheimerdorf umgebaut werden. Bei der Räumung des Engelbeckens in Mitte hatte die Sozialverwaltung des Senats es so eilig, daß sie die geräumten Wagen nach Weißensee verbrachte, ohne die dortige Bezirksverwaltung überhaupt informiert zu haben. Außerdem brach sie ihre Zusage, daß der Umzug auf freiwilliger Basis erfolgen sollte.

Der Umbau des Geländes ist auch noch nicht abgeschlossen. Bedrohlich klingt die Antwort der Senatssozialverwaltung auf die Befürchtung weiterer Räumungen, es gebe zur Zeit keine Termine. — (chk)

**Lausitz****Bleibt die Kohle weg? Stirbt die Lausitz?**

Erwin Strittmatter läßt Nickel, den „bepischerten“ Wächter der Grube „Felix“, in seinem Roman der „Laden“ (3. Teil) sagen: „Was verbraucht ist, ist verbraucht. Manches kann neu gemacht und ersetzt werden, Mohrrüben, Kartoffeln, Leinöl, aber Kohle bleibt weg, man kann den Rauch nicht einfangen und wieder Kohle draus machen.“ Von allem, was Nickel aufführt, leben die Menschen der Lausitz (Land Brandenburg) seit Menschengedenken.

Bleibt die Kohle weg, wird das Leben der Menschen in der Lausitz im Land

Brandenburg weitgehend betroffen. Als in der Presse der Name des Ortes Horno bei Guben in der Lausitz auftauchte, ging es auch um Kohle. Das Dorf Horno mit seinen 380 Einwohnern soll dem Braunkohlentagebau Jänschwalde weichen und devastiert werden. Die 340 Mio. Tonnen Kohle im Gebiet Horno werden für das Kraftwerk benötigt. Die Lausitzer Braunkohlen AG (Laubag) plant die Umsiedlung der Gemeinde ab 1998.

Die Erinnerung an die Praxis der DDR, da ohne viel Federlesen Orte und Landschaften von der Braunkohleförderung aufgefrissen wurden und von der Landkarte verschwanden, ist präsent. Im Ort und in der Gegend regt sich Widerstand gegen die Pläne der Laubag. Die Bürger erklären trotz: „Wir bleiben hier“. Horno wird mehr und mehr zu einem Symbol des Glaubenskrieges zwischen denen, die die Kohle ablehnen, und solchen, die die Kohle befürworten.

Die Lausitz war einer der Hauptlieferanten für Kohle und Energie in der DDR. Der Primärenergieverbrauch Ostdeutschlands wurde 1990 zu 68,7 % und die Bruttostromerzeugung zu 87,8 % durch die Braunkohle gewährleistet. Die Tagebaue dieser Gegend förderten jährlich ca. 300 Mio. Tonnen. Industriezweige wie Glasindustrie, Metallurgie, Chemie, Keramik und Maschinenbau basierten auf Lausitzer Kohle und Energie. (Quelle: Informationsdienst der Landtagsfraktion PDS/LL, „Erhaltung, Umstrukturierung und Entwicklung der Braunkohleindustrie im Land Brandenburg“, 1993).

Kohle stellte die Lebensgrundlage für rund 300000 Arbeiter und ihre Familien im Lausitzer Land dar.

Heute spricht man davon in der Vergangenheit, denn die Braunkohleförderung ging auf 50 %, die Stromerzeugung auf ca. 60 % und die Briketterzeugung auf ca. 30 % zurück. Von den Beschäftigten in der Braunkohle sind nur noch rund ein Sechstel in Lohn und Brot. Von den 39 Tagebauen in der DDR haben nur fünf bis sechs eine Zukunft. Von 17 Brikettfabriken werden etwa noch vier weiter produzieren. Auch die anderen Industriezweige werden entscheidend reduziert. Die Region durchlebt eine Robkur, die mit einem starken Identitätsverlust einhergeht. Man spricht von einer Arbeitslosenquote von 12-15 %.

Die Ursachen für die tiefe Krise der Kohle- und Energiewirtschaft Ostdeutschlands liegen sowohl in der extensiven Ausdehnung des Wirtschaftszweiges in der DDR-Zeit als auch in den Folgen des rücksichtslosen Anschlusses der DDR. Das Verdrängen durchaus attraktiver Produkte der ostdeutschen Industrie durch westdeutsche Produkte nahmen der Braunkohlenindustrie Ostdeutschlands die Basis. Die vorschnelle Währungsunion führte zum Wegfall des Ostmarktes. Fehlende Sanierungskonzepte der Treuhand forcierten die Deindustrialisierung der Region. Die Konzeptionslosigkeit der Brandenburger Regierung verzögerte notwendige Entscheidungen. Experten sind sich darin einig, daß zum Überleben der Region die Braunkohle notwendig ist und erst längerfristig eine Umstellung der Wirtschaftsstruktur erreicht werden kann.

Horno charakterisiert im Einzelfall das Dilemma der gesamten Region. Will man für die Region und die dort leben-

den Menschen Perspektiven schaffen, muß die Kohle- und Energiewirtschaft als ein Standbein erhalten bleiben. Will man sie für Mensch, Umwelt und Natur verträglich gestalten, müssen neue Konzeptionen her, um dem Recht der Einwohner auf ihre Heimat und dem Recht der Menschen auf Arbeit zu entsprechen. Bisher herrschten jedoch Konkurrenz, Parteienstreit und Konzeptionslosigkeit vor.

Schließlich zeigen die Auseinandersetzungen um den Entschluß der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung zur Verwendung von Erdgas statt Lausitzer Kohle, wie wenig Durchsetzungsvermögen die Brandenburger Regierung hat. Brandenburgs Ministerpräsident Stolpe gibt zu, daß er die Härte des Wettbewerbs zwischen den „Giganten der Energie“ unterschätzt hat.

Probleme bringen auch die Fusionsabsichten zwischen Berlin und Brandenburg. Steht heute die Forderung, die Grundlastversorgung Berlins mit preisgünstigem Strom aus der Lausitz zu bewerkstelligen, sind neue Interessenkonflikte vorprogrammiert.

Die Zukunft Hornos und die der gesamten Lausitz ist nur zu sichern, wenn sowohl für diese Region als auch für die gesamte Energiepolitik eine Umstrukturierung angestrebt und für die nächsten Jahrzehnte der Braunkohle eine Chance gegeben wird. — (abe)

**Brandenburg****Rechte Parteien zur Wahl zugelassen**

Das Land Brandenburg macht in Deutschland keine Ausnahme. Auch hier sind die rechten Organisationen präsent und versuchen, sich auszudehnen.

Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus agieren öffentlich und frei, er nimmt zunehmend Einfluß auf die politischen Auseinandersetzungen. Es wird unmerklich eine Tendenz zur Anpassung an rechtspopulistisches Gedankengut erzeugt, und rechtsextremistische Organisationen betreiben demagogisch Politik mit der sozialen Situation im Lande. Sie spekulieren mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit im Osten Deutschlands und argumentieren mit Zahlen aus der jüngsten Geschichte der Bundesrepublik: In der Wirtschaftskrise 1966/67 seien 500000 Gastarbeiter nach Hause geschickt worden und später 1982 nochmals 300000. Die Aktivitäten der Treuhand werden als Skandal bezeichnet und populistisch verkündet, daß die „Interessen von ArbeitnehmerInnen nicht zählen“ (aus einem Flugblatt der „Republikaner“).

In Brandenburg organisieren sich rechtsradikale Organisationen flächendeckend. Sie versuchen, ihre Strukturen landesweit aufzubauen. Sie existieren in Gestalt von Dachverbänden wie der „Liga für Volk und Vaterland“. Zielgerichtet werden Mitgliederwerbungen durchgeführt und Sympathisanten gesucht. In speziell geschaffenen Gruppen betreiben sie eine intensive Jugendarbeit. Begleitet wird diese Organisationsarbeit vom massenhaften Verbreiten von Publikationen. Der „Angriff“ strebt eine

Auflage von 100000 Exemplaren an. Verstärkt treten sie mit Veranstaltungen an die Brandenburgische Öffentlichkeit wie in Eberswalde, wo die Republikaner beabsichtigten, ihren Landesparteitag durchzuführen. Zu diesem Parteitag hatten sich rund 150 Teilnehmer angemeldet. Das Polizeipräsidium von Eberswalde verbot die Veranstaltung, weil öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdet waren. Nach offiziellen Angaben des Brandenburger Verfassungsschutzes gibt es 1200 rechtsorientierte Personen, von denen die Hälfte als gewaltbereit eingestuft wird. (Informationsdienst der Landtagsfraktion der PDS/LL, „Rechtsextremismus in Brandenburg“, Aktuelle Stunde am 1. September im Landtag Brandenburg).

Verbunden mit der Ausweitung der Aktivitäten rechtsextremistischer Gruppen sind Ausschreitungen und Provokationen der verschiedensten Art. Sie gehören mittlerweile zum politischen Alltag im Lande Brandenburg. Vom Innenminister Brandenburgs Ziel (SPD) werden für das erste Halbjahr 1993 357 rechtsextremistische Straftaten genannt. Das entspricht den Zahlen des Vorjahres. Darunter wurden 134 fremdenfeindliche Straftaten festgestellt. Es wird gegen 399 Tatverdächtige ermittelt.

Brandenburg kam im Zusammenhang mit rechtsextremistischen Aktivitäten ins Gespräch, als 1992 ein Brandanschlag auf die jüdische Baracke des ehemaligen faschistischen Konzentrationslagers Sachsenhausen verübt wurde. Weitere Ereignisse wie der Mord an dem mosambikanischen Staatsbürger in Eberswalde, der Anschlag auf das Asylheim in Dolgenbrodt und andere kamen hinzu. Die Vorkommnisse in Dolgenbrodt sind schwerwiegender Natur, da die Rechtsextremisten agieren konnten, ohne daß ihnen jemand in den Arm fiel. Rostock-Lichterhagen ist dazu fast eine Parallele. Die Bürgermeisterin des Ortes äußerte, daß die Dorfgemeinschaft „darüber nicht sehr traurig war“ und „nach dem Anschlag Ruhe war“, womit die Anwesenheit der Asylanten im Dorf gemeint war. Politische Beobachter in Potsdam befürchten nicht grundlos, daß Teile der Bevölkerung den Rechtsextremen zumindest heimliche Übereinstimmung entgegenbringt. Die soziale Lage und vor allem die Beschäftigungslosigkeit unter Jugendlichen ließ die Zahl jugendlicher Täter nach oben schnellen. Justizminister Bräutigam (parteilos) sprach auf der zitierten aktuellen Stunde des Landtages von 155 Jugendlichen, die sich in Untersuchungshaft befinden. Das seien dreimal soviel wie 1992.

Alle gesellschaftlichen Kräfte Brandenburgs, einschließlich aller politischer Parteien, sind sich einig, daß gegen den wachsenden Einfluß rechtsextremistischer Parteien und Gruppen gemeinsame Aktivitäten erforderlich sind. Jedoch stehen diesen Beteuerungen, vor allem von den Parteien der Regierungsseite, nicht immer die entsprechenden Taten gegenüber. Manche Schritte erscheinen halbherzig und stehen unter Kritik der Öffentlichkeit. Für die Kommunalwahlen am 5. 12. 1993 in Brandenburg wurden z. B. die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ (DL), die „Deutsche Soziale Union“ (DSU) und „Die Republikaner“ zugelassen. Warum das? — (abe)



Ernt, 12. 10. 93: Eine der zahlreichen „5 vor 12“-Aktionen in Thüringen gegen Betriebsschließungen durch Treuhand, Regierung und West-Konzern.



# „Es geht auch anders“

**AG PDS/LL westliche Bundesländer berät über die kommenden Europawahlen.**

**Ein Bericht von Andreas Grünwald und Harri Grünberg**

Zwei Tage vor Inkrafttreten des Maastrichter Vertrages und einige Tage nach der Entscheidung des europäischen Rates für Frankfurt/Main als Sitz des EWV und der EZB fand am 30./31.10.93 in eben dieser Stadt die 2. Bundesdelegiertenkonferenz der Arbeitsgemeinschaft PDS/Linke Liste westliche Bundesländer statt. Mitglieder dieser am 22. Mai in Bonn gegründeten PDS-Arbeitsgemeinschaft sind die 8 westdeutschen Landesverbände der PDS/Linke Liste, deren rund 1000 Mitglieder und Förderer in Frankfurt durch 45 Delegierte vertreten waren. Thema der Konferenz: Die Haltung der PDS/Linke Liste zu den anstehenden Europawahlen im Juni '94 und die Beschlussfassung über die „Grundlinien der Wahlstrategie für die westlichen Bundesländer“, ein Dokument, das als Vorlage durch den Arbeitsausschuss der Arbeitsgemeinschaft — Gunhild Böth (NRW), Harald Werner (Bremen/Niedersachsen), Heike Schmüser und Harri Grünberg (Hessen), Andreas Grünwald, Claudia Gohde und Horst Bethge (Hamburg) und Kristina Kamph (Schleswig-Holstein) — erarbeitet worden war.

Neben dem Berliner Landesparteitag, der am selben Wochenende stattfand, markiert auch die Frankfurter Konferenz einen weiteren Schritt in der Konkretion der Wahlstrategie der PDS für das Wahljahr 1994.

Schon zu Beginn setzte Silvia Yvonne Kaufmann, stellvertretende Bundesvorsitzende der PDS und Vertreterin der PDS im Europaparlament, Akzente:

Die PDS werde sich im europäischen Wahlkampf für ein friedliches, demokratisches und soziales Europa einsetzen. Wir sind für die europäische Einheit, aber „wir sind gegen das Europa à la Maastricht“, wie es in Bonn „in einer großen Euro-Koalition“ aller anderen Parteien auf den Weg gebracht wurde. Silvia Yvonne Kaufmann betonte die besondere Bedeutung der Europawahlen, die diese für die PDS haben, da es im Wahljahr 1994 ja darum gehe, die 5-Prozent-Hürde zu nehmen. Zum Karlsruher Richterspruch führte sie aus: „Die Botschaft von Karlsruhe ist im Kern die Rehabilitation des Nationalstaates, den Schäuble auf dem jüngsten CDU-Parteitag als „Schutz- und Schicksalsgemeinschaft“ charakterisierte.“ Der europäische Prozeß werde unter ein „nationalstaatliches Kuratel“ gestellt. Notwendig sei es nun, eine Politik zu entwickeln, die von diesen neuen Bedingungen ausgehe. Die Beförderung linker Zusammenarbeit in (West-) Europa stehe auf der Tagesordnung. Es sei die Pflicht aller linken Kräfte in Westeuropa, dem „ungehemmten Angriff“ rechter und konservativer Kräfte auf erkämpfte sozialstaatliche Regelungen, gewerkschaftliche Rechte und der weiteren Militarisierung der Politik, dem anwachsenden Rassismus und Nationalismus entgegenzutreten. Dies setze aber „für alle voraus, die politischen Unterschiedlichkeiten bewußt anzunehmen“ und in einen produktiven internationalen Prozeß der inhaltlichen Diskussion zu treten. In diesem Zusammenhang knüpfte die stellvertretende PDS-Vorsitzende Hoffnungen an das für Anfang '94 in Barcelona vereinbarte Treffen linker und grüner Parteien. Hier müsse es darum gehen, auch zu gemeinsamen Positionen zu gelangen. Ein Gedanke, der auch von dem anwesenden Vertreter der FKP sowie den Vertretern der „Vereinigten Linken“/Kommunistischen Partei Spaniens geteilt wurde.

Die anschließende Diskussion um diese Fragen ist auch insofern von Interesse, als daß es hier ja auch Grundfragen der gesamten wahlpolitischen Strategie der PDS/Linke Liste mit angesprochen sind. Eine Partei wie die PDS, die als linke Oppositionspartei in den neuen Bundesländern über realen Massenein-

fluß verfügt, sich bei den anstehenden Kommunalwahlen in Brandenburg berechnete Hoffnungen auf ein sehr gutes Ergebnis macht, kann und will es sich nicht leisten, ihre politische Positionen nur auf Verteidigungspositionen zu beschränken. Sie darf nicht verharren bei einer Politik, die nur konsequenter als die SPD ist bei der Abfederung der sozialen Krise. Es besteht die zwingende Notwendigkeit, auch über sehr präzise alternative Politikentwürfe nachzudenken.

Und: Gilt dies nicht auch für die gesamte Linke umso mehr, in einer Zeit, da Unterschiede zwischen Teilen der staatstragenden Rechten (CSU) und der offen rechtspopulistischen und faschistischen Gruppen allmählich verwischen, in der auch SPD und GRÜNE in ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik die Leitgedanken neoliberaler und neokonservativer Politik Schritt um Schritt übernehmen, andererseits die Folgen einer tiefen Wirtschaftskrise lange nicht überwunden sind, im Gegenteil durch den qualitativen Umbau der Produktionsweise (lean production) nicht nur ein weiteres Ansteigen der Massenarbeitslosigkeit zu befürchten ist, sondern auch andere gesellschaftliche Bereiche, wie z.B. die Bildungspolitik, mit zum Gegenstand eines reaktionären Umbaus werden (lean education)?

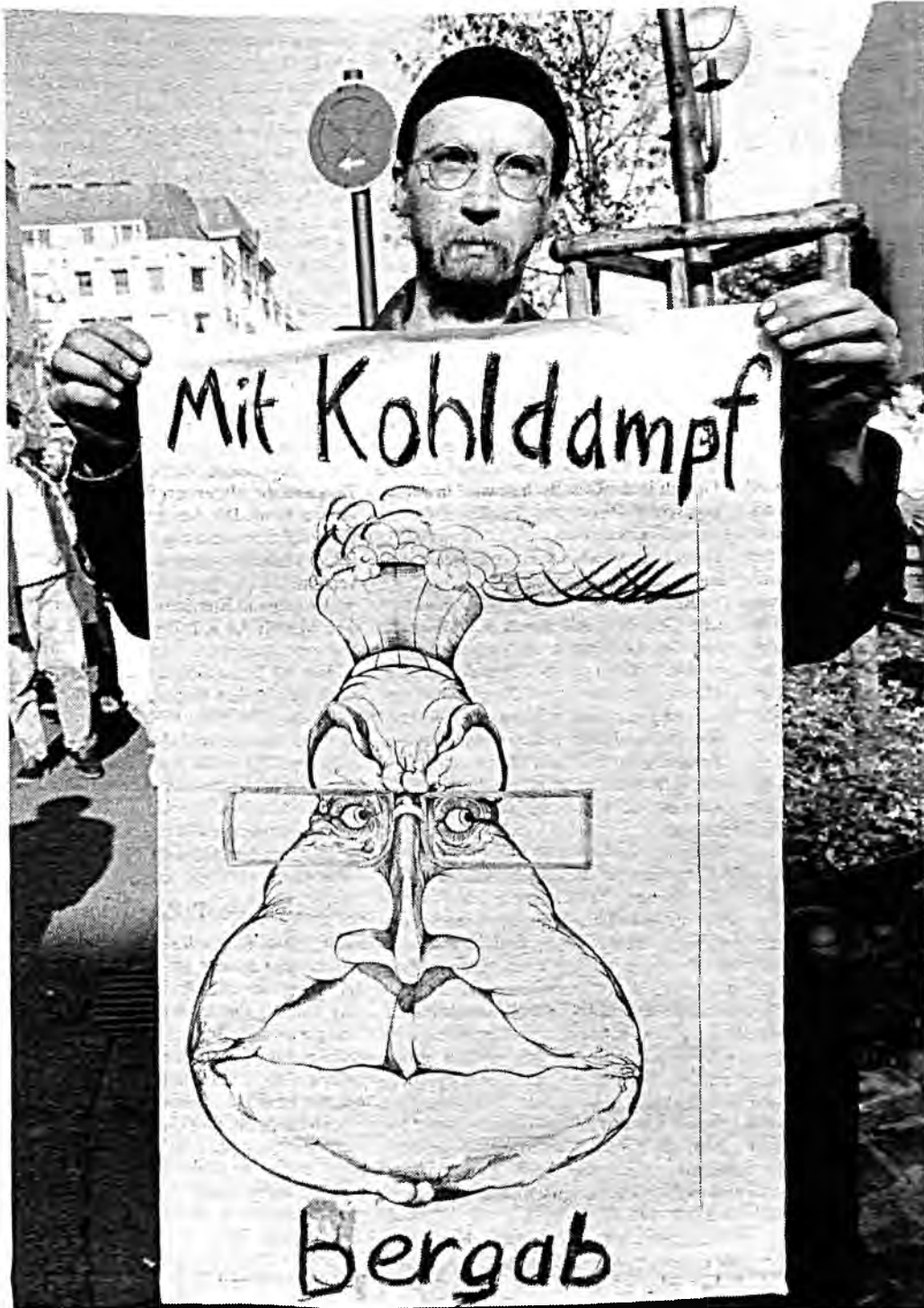
Drei Jahre nach Herstellung der Deutschen „Einheit“ haben sich die Lebensverhältnisse im Osten sowie im Westen Deutschlands verschlechtert. Die BRD befindet sich in einer tiefen Rezession. Schon jetzt sind über 5 Mio. Menschen arbeitslos, und die Talsohle ist noch längst nicht durchschritten. Die Regierung Kohl und die sie tragenden Unternehmer nutzen die Krise, um das Land umfassend umzugestalten. Zur Zeit vollziehen sich in der BRD, ohne daß es zur umfassenden Gegenwehr kommt, einschneidende Veränderungen. Unter der Meinungsführerschaft der konservativen Kräfte kippt das Land nach rechts ab. Gewerkschaften, Linke sowie soziale Bewegungen befinden sich in der Defensive. Gestärkt wird die Offensive der konservativen Kräfte durch das Zurückweichen, wenn auch in unterschiedlichem Maße, von SPD und Grünen.

Die alte sozialstaatlich verfaßte BRD, mit ihren erkämpften demokratischen und liberalen Spielräumen und ihrer außenpolitischen „Selbstbeschränkung“, soll einer neuen Republik weichen. An ihrer Stelle könnte ein autoritärer, nationalistischer, aber zumindest deutsch-tümelnder, rechtslastiger Staat treten. Es gibt kaum einen Bereich in Politik und Gesellschaft, der von tiefen Erschütterungen ausgespart bliebe.

In dieser Situation ist ein Wiedereinzug der PDS in das Europa- und das Bundesparlament an sich schon ein strategisches Etappenziel für die gesamte Linke, auf dem Weg zu einer konsequenten Gegenwehr. Die Konferenz gab mit der Verabschiedung der „Grundlinien...“ als Arbeitsgrundlage für den Wahlkampf (bei lediglich 2 Gegenstimmen) hierzu eine eindeutige Antwort.

Vor diesem Ergebnis wurden auf dem Kongreß z.B. folgende Fragen diskutiert:

Ist es das alte „Mitteleuropakonzept“ der Herrschenden, das nun, trotz gewandelter internationaler Verhältnisse, zum realen Verständnis deutscher Großmachtpolitik beiträgt oder ist nicht seit den 2+4-Vereinbarungen eine völlig neue Qualität in den internationalen Verhältnissen erreicht, gab es hier nicht eine Zäsur? Andrea Lederer (Bundestagsgruppe) warf gleich zu Beginn die Frage auf, ob es für die Linke Sinn mache, so etwas wie eine linke europäische Idee zu diskutieren? Umgekehrt: Kann sich eine linke Opposition überhaupt positiv auf Europa beziehen? (So die Frage eines Hamburger Delegierten.) Und kann sich nicht die Forderung nach einer



Bonn,  
28.10.93

Foto:  
af/mz

Stärkung des Europaparlaments dann als Bumerang erweisen, wenn die aktuelle Politik gegenwärtig gekoppelt ist mit einer zunehmenden Entmachtung von Lokal- und Landesparlamenten? Was ist das überhaupt für ein Europa, das sich dort herausbildet? Ist nicht gerade die Europäische Union zu dem Instrument deutscher Großmachtpolitik geworden, sowohl ökonomisch, wie politisch und militärisch? Ein hessischer Delegierter war hier skeptisch und stellte die Gegenfrage: Was wäre die Alternative zu Europa? — Die Gefahr eines deutschen Sonderweges? Ein anderer Delegierter: Wenn wir uns gegen Maastricht wenden, wie setzen wir uns politisch-inhaltlich gegen die reaktionäre Rechte und ihre Anti-Maastricht-Politik ab? In der Analyse blieben die Positionen widersprüchlich. Aber für die politischen Schwerpunkte konnte durchaus ein gemeinsamer Ansatz gefunden werden.

Eine vorläufige politische Formel, auf die sich die Delegierten nach langanhaltender Diskussion z.B. in der Arbeitsgruppe 1 („Die Rolle Deutschlands im neuen Europa...“) verständigen konnten, kann diesbezüglich etwa wie folgt skizziert werden:

Wenn wir zum Beispiel so etwas wie eine europäische Deklaration der Linken diskutieren, so muß es uns darum gehen, unsere politischen und sozialen Bedürfnisse eindeutig zu definieren und einzufordern. Aber eine reine Sozialcharta etwa, die lediglich die Angleichung der sozialen Verhältnisse in Europa einfordert, selbst dann, wenn sie das höchste Niveau meint, wäre nicht nur langweilig, sondern zugleich konservativ wie unrealistisch. Es müsse darum gehen, einen politischen Entwicklungsweg zu thematisieren, dessen Gegenstand nicht von der gegenwärtigen Verfaßtheit der Produktionsverhältnisse und Produktionsweisen ausginge, sondern eine neue Art der Produktion, Konsumtion und Verteilung einfordere. Diese Deklaration müsse dann aber auch in Bezug gesetzt werden zu den realen politischen Konflikten und zu den gegebenen politischen Instrumenten. Das Europaparlament habe zum Beispiel in der Frauenpolitik eine relativ gute Arbeit geleistet. Das Problem bilde hier eher die Europäische Kommission, die absolut nichts

täte. Die PDS/Linke Liste sollte in ihrer Öffentlichkeitsarbeit, in ihren politischen Konzeptionen nachweisen, daß es in der Politik anders geht. Es gibt eine politische Alternative zu neokonservativer Politik der Militarisierung, des reaktionären Umbaus der Sozialpolitik, wie sie durch Bundesregierung und etablierte Parteien realisiert werden.

Mit diesem Ansatz war, zumindest was seine beiden ersten Teile anbetrifft, in gewisser Weise eine politische Formel gefunden, auf die sich dann zahlreiche Delegierte auch in der Plenardiskussion zu den „Grundlinien der Wahlstrategie“ bezogen, die am zweiten Konferenztag diskutiert wurde. Natürlich wurden bei der Formulierung dieses Papiers auch politische Kompromisse gemacht. Aber am Ende der Debatte bestand weitgehende Übereinstimmung darin, daß es als Arbeitsgrundlage für die weitere Konkretisierung der Wahlpolitik in Westdeutschland ein vernünftiges Instrument ist. Die Wahlstrategie, die sowohl Grundlage für die Vorbereitungen der Europa- wie der Bundestagswahl sein soll, benennt 5 Schwerpunkte: Arbeitsplätze und Sozialstaatlichkeit erhalten; den Zerfall der Gesellschaft aufhalten; für eine demokratische und humanistische Orientierung in der Innenpolitik; den ökologischen Umbau der Gesellschaft beginnen; Bildung und Kultur für alle — für eine Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung; für eine friedliche und solidarische Entwicklung der Welt. Die bayerische Delegation forderte in einem eigenen Antrag, diese Schwerpunktsetzung dahingehend zu präzisieren, daß der Auseinandersetzung mit Rassismus und Nationalismus, rechtsradikalen, populistischen und faschistischen Organisationen als weiterer Schwerpunkt begriffen werden müsse. Ein Gedanke, der weitgehend unstrittig war. Ihr Antrag geht somit als weiteres Arbeitsmaterial in die konkrete Tätigkeit der Wahlkampfleitung West mit ein. Ebenso die von zahlreichen Delegierten geforderte Aufnahme eigener Aktivitäten gegen die reaktionäre Politik der „geistig-moralischen Wende“, die insbesondere das Recht auf Selbstbestimmung von Frauen immer massiver einschränkt. Zu recht wurde darauf verwiesen, daß ein ideologisches

Kernstück neokonservativer Politik die sogenannte Familienpolitik sei, die die Verdrängung von Frauen zum Gegenstand habe.

Übereinstimmung bestand ebenfalls darin, 1994 alles dafür zu tun, daß die PDS erneut den Einzug sowohl ins europäische Parlament wie auch in den Bundestag schafft. Die 5-Prozent-Hürde müsse gesamtdeutsch überwunden werden. Hierin läge eine politische Verantwortung auch für Westlinke. Dies habe aber zur Konsequenz, in neuer Weise an die Vorbereitungen für den Wahlkampf zu gehen und sich für ein viel breiteres WählerInnenpotential zu öffnen als bisher und somit auch neue Formen der Wahlkampfführung zu erproben. Exakt in diesem Zusammenhang steht der Vorschlag, besondere Anstrengungen in die Entwicklung von WählerInneninitiativen zu setzen, in denen sich insbesondere auch Nichtmitglieder, Menschen aus anderen sozialen und politischen Zusammenhängen engagieren, die ihrerseits dazu beitragen möchten, daß auch nach dem 23.10.94 (dem vermuteten Termin für die Bundestagswahlen) eine linke und dann gestärkte sozialistische Opposition im Parlament vertreten bleibt. Die Wahlstrategie hebt hervor, daß „der Wiedereinzug einer gestärkten PDS-Fraktion in den Bundestag und in das Europaparlament (...) auch für die Entfaltung neuer außerparlamentarischer Aktivitäten einen besseren Boden bereitet“. Einen prinzipiellen Widerspruch zwischen der Entwicklung emanzipatorischer Aktion vor Ort und der Führung eines linken Wahlkampfes sahen die Delegierten nicht.

Die Delegiertenkonferenz beschloß in Vorbereitung des für März geplanten Bundesparteitages der PDS, der sowohl Wahlparteitag für die Europa- wie für die Bundestagswahlen sein soll, im Januar 1994 erneut zusammenzutreten. Dann soll die Diskussion zu den dann vorliegenden Europawahl- und Bundestagswahlprogrammen geführt, ggf. auch ein eigener Wahlauftritt beschlossen und über Vorschläge für die Bundesliste zur Europawahl befunden werden.

(Harri Grünberg ist Landesgeschäftsführer der PDS/LL in Hessen, Andreas Grünwald ist Landesgeschäftsführer der PDS/LL in Hamburg)



# Konferenzdokumente

## Grundlinien d. Wahlstrategie im Westen (Auszüge)

### 1. Die politische Lage

Für die gegenwärtige Entwicklung ist typisch, daß die Richtung der Politik eindeutig von den Neokonservativen vorgegeben wird. CDU/CSU und FDP definieren sowohl die Probleme, als auch die Lösungen, während die SPD eine Anpassung nach der anderen vollzieht. Die Anpassung der Grünen erfolgt widerstrebender und widersprüchlicher, aber auch sie befinden sich tendenziell im Sog der konservativen Grundströmung. Im Windschatten dieser Entwicklung wächst die extreme Rechte, die einerseits mit den Unionsparteien konkurriert, sie andererseits aber auch weiter nach rechts treibt. Andererseits wächst aber auch die Unzufriedenheit mit den Lösungsansätzen der herrschenden Parteien. Lokal und regional und in einzelnen Politikbereichen flackert Widerstand auf.

Die politische Logik der Neokonservativen richtet sich gegen die politisch dämpfende Regulierung des Kapitalismus, zielt auf Privatisierung, will den Sozialstaat umbauen/beseitigen, die Gewerkschaften schwächen und solidarische Werte durch individuelle Orientierungen ersetzen. Auf die gleiche Weise werden die Bereiche Kultur, Bildung und Wissenschaft umgebaut.

Dieser grundlegende Umbau der Gesellschaft verbindet sich mit nationaler Überheblichkeit, Militarisierung der Außenpolitik und dem Ringen um eine neue Weltmachtstellung der BRD.

Der Erfolg dieser Politik wurzelt einerseits darin, daß sie sich parallel zu tiefgreifenden Umbrüchen in der Produktionsweise entwickelt und somit scheinbar reale Sachzwänge auf ihrer Seite hat. Der Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme bewirkt zudem, daß die bisherigen gesellschaftlichen Alternativen im öffentlichen Bewußtsein an Glaubwürdigkeit verloren haben, so daß die kapitalistische Modernisierung als Reformbewegung dargestellt werden kann.

Diese scheinbare Sachzwanglogik findet immer größere Akzeptanz in der Öffentlichkeit, weil die unübersehbaren Probleme nun auch wirkliche Zwänge schaffen. Die Union spricht mit ihrer Schwerpunktsetzung „Sicherung des Produktionsstandortes Deutschland“ den Kern von realen Massenängsten an, und niemand kann dieser Herausforderung ausweichen. Diese Situation hat auch die SPD und selbst große Teile der Gewerkschaften zur Nachtrabpolitik gezwungen, weil sie Grundaussagen des neokonservativen Modernisierungskurses teilen und lediglich um soziale Abfederung ringen, ohne der „Sachzwanglogik“ eine andere entgegenzusetzen.

### Welche politischen Schwerpunkte setzen wir?

Den Zerfall der Gesellschaft aufhalten, für eine demokratische und humanistische Orientierung der Innenpolitik

\* Bundesregierung und Kapital zerstören die Produktivkraft und die Kreativität der Gesellschaft, indem sie immer mehr Menschen ins Elend stoßen und ihre Schöpferkraft brachliegen lassen.

\* Gewaltbereitschaft, Kriminalität, fremdenfeindliche und rassistische Ausschreitungen, Drogenmißbrauch, Kin-

desmißhandlungen, Frauenfeindlichkeit und Egoismus nehmen zu, weil die neokonservative Politik die Wolfsmoral des kapitalistischen Egoismus zum Leitmotiv ihrer Politik macht.

\* Der Paragraph 218 gilt weiter. Selbst die Fristenlösung wurde durch das Bundesverfassungsgericht abgelehnt.

\* Das Schlagwort von der „Inneren Sicherheit“ ist zu einem Synonym für Demokratieabbau schlechthin geworden. Die wachsende Angst in der Bevölkerung vor sozialer Entsicherung, vor verschärfter Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und vor der Zunahme von Gewalt in der Gesellschaft wird in demagogischer Weise zur Einführung von mehr Überwachung („Lauschangriff“), Polizei und schärferen Gesetzen genutzt.

\* Rechtsextremistische und rassistische Gewalt wurde durch die Abschaffung des Asylrechtes im Nachhinein gerechtfertigt. Ein großer Teil dieser Gesellschaft — Menschen ohne deutschen Paß — ist nach wie vor von der Teilhabe bürgerlicher Rechte, wie z.B. der Ausübung des Wahlrechts ausgegrenzt.

\* Die Bundesregierung macht das Verfassungsgericht zum Spielball ihrer Interessen.

### Deshalb fordert die PDS:

\* Sicherheit für die Menschen darf nicht mit den Mitteln des Polizeistaates und der Verletzung von demokratischen Grundrechten durchgesetzt werden. Wir sind für eine offene, tolerante und solidarische Gesellschaft, die nicht erst die Kriminalität, sondern in erster Linie ihrer Ursachen bekämpft. So geht es auch nicht um „innere“, sondern um öffentliche Sicherheit.

\* Das Recht auf Selbstbestimmung der Frauen, ersatzlose Streichung des Paragraphen 218, Frauenförderungsprogramme, Quotierung in allen gesellschaftlichen Bereichen.

\* Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften.

\* Für Menschen in Not müssen die Grenzen geöffnet werden. Die doppelte Staatsbürgerschaft muß eingeführt und das Staatsbürgerschaftsrecht geändert werden. Alle Menschen, die hier leben, müssen auch das uneingeschränkte Wahlrecht haben.

\* Entkriminalisierung des Drogengebrauchs.

\* Reform des Strafrechtes und des Strafvollzugs.

\* Verfassungsreform und Einführung von Elementen direkter Demokratie wie Volksbegehren, -befragungen und Volksentscheide sowie Direktwahlen.

\* Verbot der neonazistischen Organisationen und Parteien.

(Es folgen die Kapitel: „Den ökologischen Umbau der Gesellschaft beginnen“ und „Bildung und Kultur für alle — für eine Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung“)

### Für eine friedliche und solidarische Entwicklung der Welt

\* Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts gibt es, bis nach Europa hinein, mehr kriegerische Konflikte als zuvor. Die Bundesregierung definiert ihre internationale Rolle ausschließlich militärisch und strebt durch die Beteiligung an UN-Einsätzen und einen Sitz im UNO-Sicherheitsrat nach einer Weltmachtrolle.

\* Der Einsatz deutscher Soldaten in aller Welt wird wieder salonfähig gemacht. Sie sollen zukünftig im Rahmen

der WEU, der NATO oder der UNO eingesetzt werden.

\* Die Europäische Einigung vollzieht sich nach dem Gesetz von Markt und Bürokratie.

\* Gegen die zunehmenden Probleme der „Dritten Welt“ und Osteuropas wird eine Politik der Abschreckung und Abschottung betrieben (Festung Europa).

\* Die internationalen Beziehungen werden zunehmend militarisiert.

### Deshalb fordert die PDS:

\* Deutsche Verantwortung in der Welt muß in einem Verzicht auf jegliche militärischen Mittel in der Außen- und Sicherheitspolitik bestehen. Keine deutsche Beteiligung an Blauhelmeinsätzen.

\* Abschaffung der Wehrpflicht und aller Zwangsdienste. Demobilisierung der Bundeswehr als erster Schritt für ihre Abschaffung. Die durch Abrüstung freiverwendenden Mittel müssen sozialen Aufgaben zugeführt werden. Rüstungskonversion.

\* Es muß ein Konfliktregularium nach dem Modell der KSZE geschaffen werden.

\* Die BRD muß ihre Verpflichtung, 0,7 % des Bruttosozialprodukts für Entwicklungshilfe an die UNO abzuführen, endlich einhalten bzw. diesen Satz erhöhen.

\* Ein Schuldenmoratorium für die armen Länder.

\* Verbot von Rüstungsexporten als Beginn des Verbots von Rüstungsproduktion.

### 2. Die Rolle der PDS/Linke Liste

Die PDS ist *erstens* die bedeutendste politische und soziale Institution, die aus dem Zusammenbruch der DDR hervorging und in die Bundesrepublik übernommen wurde. Im positiven wie im negativen Sinne wird sie deshalb noch lange den Charakter einer Nachfolgeorganisation haben. Immer weniger eine Nachfolgepartei der SED, aber immer mehr eine soziale und politische Nachfolgeinstitution der DDR. *Zweitens* ist sie die einzige reale Ostpartei, nachdem auch das Bündnis 90 in den West-Grünen aufging. *Drittens* ist die PDS/Linke Liste seit 1953 die erste sozialistische Parlamentsvertretung im Deutschen Bundestag. *Viertens* gibt es mit der PDS seit 1956 erstmals wieder eine linke Massenpartei in der BRD und *fünftens* werden SPD und Grüne in den Parlamenten immer weniger zu AnsprechpartnerInnen außerparlamentarischer Bewegungen und Gewerkschaften.

All diese Momente machen die PDS zu einer Ausnahmeerscheinung, die ihren Platz im Westen allerdings erst noch zu erobern hat. Sie kann dies aber nur, wenn sie im gegenwärtigen Parteienspektrum v.a. in die WählerInnengruppierungen von SPD und Grünen einbricht. Denn ihre zukünftige Akzeptanz als neue Linkspartei hängt in entscheidendem Maße von den Ergebnissen des Wahljahres 1994 ab. Obwohl das in Bewegung geratene Parteienspektrum die Chancen der PDS erhöht, werden diese Chancen erheblich verspielt sein, wenn sie aus dem Bundestag ausscheidet.

Die Mehrzahl der Westlinken, Friedensbewegte, engagierte DemokratInnen verharren noch in Enttäuschung, sind um Utopien ärmer, arbeiten ihre subjektive Vergangenheit auf oder sind von Gewerkschaften, der SPD und den Grünen enttäuscht. Viele „privatisieren“ oder sind nur dann aktiv, wenn sich ihr Einsatz unmittelbar lohnt. Andererseits wächst in zahlreichen sozialen Bewegungen die Sorge um die politische Entwicklung. Aber es fehlt für viele der politische Ansatz, latent vorhandenes Protestverhalten (im Stadtteil, im Be-

trieb u.a.) auch im Rahmen dauerhafter Aktivitäten wieder politisch wirkungsvoll zu entwickeln.

Der Wiedereinzug einer gestärkten PDS-Fraktion in den Bundestag und in das Europaparlament wird auch für die Entfaltung neuer außerparlamentarischer Aktivitäten einen besseren Boden bereiten...

(Angenommen als Grundlage der weiteren Planung und Arbeit)

## Antrag der PDS/LL Bayern

### Schwerpunkte und konkrete Forderungen im Wahlkampf

Deutschland und Europa befinden sich mitten in einer kapitalistischen Wirtschaftskrise. Die Verantwortung für die Lösung bzw. Verschärfung dieser Krise tragen die Bundesregierung und die Unternehmensebene, die im wesentlichen über die Produktionsmittel, die Arbeitskräfte und deren Einsatz entscheidet.

Wir Sozialisten und SozialistInnen wenden uns dagegen, daß die Regierung und Kapital versuchen, die Krise allein auf Kosten der arbeitenden Menschen und der Arbeitslosen auszutragen. Die Unternehmerklasse versucht sogar, sich in dieser Krise zusätzlich zu bereichern: Die Forderungen nach Lohnverzicht und längeren Arbeitszeiten weisen in diese Richtung. Wir SozialistInnen und Sozialisten sind uns mit der Mehrheit der Bevölkerung einig, daß die wirkliche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Armut eine zentrale Aufgabe unserer Zeit ist. Wir unterstützen die Gewerkschaften in ihrem Abwehrkampf, insbesondere beim Kampf um Arbeitszeitverkürzung. Unser Ziel ist nicht nur das formale Recht auf Arbeit, sondern die Verteilung der Arbeit auf alle Hände, also die völlige Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Die PDS/Linke Liste sieht es als ihre Aufgabe an, den außerparlamentarischen Widerstand gegen Sozialabbau, Arbeitsplatzvernichtung, Rechtstrend und großdeutschen Nationalismus zu unterstützen und zu fördern. Wir wollen und werden im Parlament einen aktiven Beitrag zur Herausbildung und Unterstützung einer gesellschaftlichen Opposition leisten.

1. *Gegen Arbeitsplatzvernichtung — Für eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich* — Gegen Steuer- und Subventionsgeschenke an die reiche Klasse — Für eine Sonderkapitalsteuer und Gesetze zur Unterbindung von Kapitalflucht und Steuerhinterziehung. Erhebung einer Sondersteuer für alle Besserverdienenden: Die Reichen sollen zahlen!

Für eine soziale Grundsicherung gegen die Tendenz der Verelendung von immer größeren Teilen der Bevölkerung — Für die Ergreifung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugend- und Altersarmut — Erschwinglicher Wohnraum für alle und Mieten runter!

2. *Den Rechtstrend stoppen!* — Gemeinsam gegen Rassismus und Nationalismus kämpfen! Wir unterstützen außerparlamentarische Aktionen zur Abwehr neonazistischen Terrors und zur Bekämpfung rechtsradikaler und faschistischer Organisationen. Wir sind mißtrauisch gegenüber den staatlichen Organen, die die Rechten und Neonazis begleiten und schützen, anstatt sie zu stoppen.

Wir verfolgen eine internationalistische Politik, d.h. wir treten dafür ein, daß alle EinwanderInnen volle Staatsbürgerrechte erhalten. Die völkische Zuwanderungspolitik der Bundesregierung („Aussiedler“) lehnen wir ebenso

## Termine

6.11. Herbsttagung der GNN-Verlage in Köln.

7.11. Herbsttagung des Arbeitskreises Politische Berichte in Köln.

13.11. 12. Parteitag der DKP in Gladbeck/Nordrhein-Westfalen. Beschlußfassung u.a. über die Beteiligung der DKP an den Wahlen im Jahr 1994.

27./28.11. Bundeskongreß der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg in Köln.

5.12. Kommunalwahl in Brandenburg

1994

21. — 23.1. Bundesweites Treffen der Cuba-Solidaritätsgruppen in Berlin. Anmeldungen über: Cuba si, Postfach 100, 10122 Berlin, Tel. 030/28409455.

5. — 6.3. 14. ordentliche Delegiertenkonferenz des BWK in Köln.

12. — 13.3. 3. Tagung des 3. PDS-Parteitags mit dem Schwerpunkt „Die PDS in den Wahlen 1994“ in Berlin.

ab wie das geltende völkische Staatsbürgerschaftsrecht. Wir sind für das Recht auf Asyl für politisch Verfolgte und Menschen in Not.

3. *Gegen den Kriegskurs der Bundesregierung! Keine Blauhelm- und Kampfeinsätze der Bundeswehr!* — Wir lehnen die Welpolizistenrolle der UNO, der USA und anderer Imperialisten ab. Wir bestreiten den Anspruch der BRD auf einen Sitz im UNO-„Sicherheitsrat“, mit dem nur der Großmachthauvinismus gefördert werden soll.

Wir sind für die Abschaffung der Bundeswehr und die Unterbindung von Rüstungsproduktionen und Rüstungsexporten. Wir verurteilen die Politik der Bundesregierung, die noch immer den Massenmord der türkischen Regierung an den Kurden aktiv unterstützt und sich dabei mitschuldig macht.

Neben diesen politischen Schwerpunkten müssen wir im Wahlkampf konkrete Aussagen zum Thema *Umwelt- und Naturschutz* treffen, die an den erfahrbaren und gesellschaftlich diskutierten Realitäten ansetzen:

— Schluß mit dem „Grünen-Punkt-Schwindel“! Verpflichtung der Industrie zur Rücknahme aller Verpackungsmittel und zum Aufbau einer umwelt-schonenden Recycling-Wirtschaft

— Schluß mit der Freisetzung von FCKW und anderen Ozonkillern!

— Schluß mit Müll- und Giftexport auf Kosten der abhängigen und unterdrückten Länder

— Ausbau des öffentlichen Verkehrs zu subventionierten, günstigen Tarifen, mit dem Ziel, den Privatverkehr zurückzudrängen

— Ausstieg aus der Atomwirtschaft binnen zwei Jahren — Entwicklung eines Konsenses zur Zwischen- und Endlagerung des Atomabfalls

— umfassende gesellschaftliche und staatliche Maßnahmen zu Energieeinsparung und rationellem Energieeinsatz

— aktive Verstärkung des Natur- und Tierschutzes: aktiver Artenschutz, massive Einschränkung von Tierversuchen, gegen Mißhandlung von Nutztieren.

— (H.S., Landesverband Bayern, 30.10.93) (Soll als zusätzliches Arbeitsmaterial in die Arbeit miteinfließen)

## Politische Berichte zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

6 Ausgaben für 10 Mark (bellegen) zum Kennenlernen.

im Halbjahres-/Jahresabo (32,50 bzw. 65,- DM je Einzelabo)

im (Halbjahres)-Förderabo (39,- DM je Einzelabo).

Halb-/Jahresabo für neue Länder (19,50 bzw. 39,- DM im Jahr)

Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Konto-Nr./BLZ: .....

(Bank) (Unterschrift)

## Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7, Tel.: 0221/21 64 42. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 68163 Mannheim), Jörg Deljen (über: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 22087 Hamburg), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04335 Schkeuditz), Werner Thümmel (über GNN, Czernikstr. 5, 10829 Berlin).

Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.B.H., 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/21 1658, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 5373. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 10050, Kto. Nr. 104 19-507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement Politische Berichte 65,- DM (Förderabo 78,- DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1,20 DM; das Halbjahresabo

19,50 DM/Jahresabo 39 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küster; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Deljen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Quellenhinweise: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGM, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten: VF. Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 45136 Essen.

## Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.B.H. 50674 Köln, Zülpicher Straße 7. Tel. 0221/21 1658, Fax: 0221/21 5373. GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 22087 Hamburg. Tel. 040/2204278, Fax: 040/2297419. GNN Verlagsgesellschaft Westberlin, Czernikstr. 5, 10829 Berlin. Tel. 030/7815222.

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 30165 Hannover. Tel. 0511/3520816.

GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zülpicher Straße 7, 50674 Köln. Tel. 0221/21 1658, Fax: 0221/21 5373.

GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 110822, 60043 Frankfurt. GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart. Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621537.

GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Schwanthaler Str. 139, 80339 München. Tel. 089/5026541, Fax: 089/5028112.

GNN Verlagsgesellschaft Sachsen, Badeweg 1, 04335 Schkeuditz. Tel. 034204/2093.



## Ein ehemaliger Kommandeur der Grenztruppen der DDR berichtet

# Davor — — Dabei Danach

Von Hans Fricke

**E**nde November erscheint im GNN-Verlag das Buch *Davor — Dabei — Danach* des ehemaligen DDR-Grenztruppen-Kommandeurs Hans Fricke. Wir dokumentieren vorab aus diesem Buch Auszüge aus dem Kapitel „Als „Diensthabender Kommandeur““.

### Leseprobe

Die Stellvertreter des Brigadekommandeurs hatten außerhalb der normalen Dienstzeit einen Stabes Leitungsdienst. Wenn ich meinen Dienst antrat, dann ließ häufig das nächste besondere Vorkommnis nicht lange auf sich warten. In dieser Hinsicht war ich wie vom Pech verfolgt. Im Scherz hatte ich deshalb dem Kommandeur schon einmal vorgeschlagen, mich von jedem Leitungsdienst zu entbinden. Vielleicht gäbe es dann weniger Vorkommnisse.

### Fahnenflucht in der Sylvesternacht

Der absolute Höhepunkt geschah in einer Sylvesternacht: Am späten Abend wurde mir die erste Fahnenflucht und kurz vor Mitternacht eine weitere gemeldet. Solche schweren Vorkommnisse hatte der Leitungsdienst der Brigade sofort telefonisch dem Leitungsdienst des Kommandos der Grenztruppen zu melden. Mein Pech war, daß in dieser Nacht der Chef der Grenztruppen persönlich Leitungsdienst hatte. Wie ich befand auch er sich in seiner Wohnung.

Meine erste Hiobsbotschaft nahm er grollend zur Kenntnis. Als ich ihm dann nach Mitternacht eine weitere Fahnenflucht melden mußte, platzte ihm der Kragen: „Jetzt reicht es“, schrie er mich an, „schaffen Sie sofort Ordnung in Ihrem „Laden“!“

Das war ein frommer Wunsch. Was hätte ich, vor Telefon und Mineralwasser sitzend, schon tun können, um eine Fahnenflucht entlang eines über zweihundert Kilometer langen Grenzabschnittes mit sechsunddreißig Grenzkompanien und zwölf Bataillonsstuben zu verhindern?

Ich hatte nur noch einen Wunsch: um Gottes Willen kein ernstes Vorkommnis mehr bis zu meiner Ablösung. Der Brigadekommandeur war mein Woh-

nungsnachbar. Während ich mich mit zwei Fahnenfluchten herumschlug und den Zorn des Chefs der Grenztruppen über mich ergehen lassen mußte, hörte ich ihn und seine Gäste feiern. Bis zum Morgen ließ ich ihn in dem Glauben, wir hätten im Bereich unserer Brigade eine ruhige Sylvesternacht gehabt.

### Einsatzbereitschaft im Grenzdienst

Der Dienst im System der Grenzsicherung erforderte von den Offizieren und Kommandeuren eine ständige Einsatzbereitschaft. Dazu gehörte, daß man Tag und Nacht erreichbar war. Jahrelang gezwungen zu sein, jedes Verlassen seiner Wohnung dem Operativen Diensthabenden des Stabes telefonisch melden zu müssen, belastete nicht nur die Familie, es schränkte auch die individuelle Gestaltung der ohnehin sehr knappen Freizeit erheblich ein.

Wollte ich beispielsweise mit meiner Frau mal ins Kino gehen, dann rief ich zuerst beim Diensthabenden an und teilte ihm mit, von wann bis wann ich in welchem Kino bin. Hatten wir nach dem Kino das Bedürfnis, in einer Gaststätte noch eine Kleinigkeit zu essen oder zu trinken, dann mußte ich von der Gaststätte aus wieder den Diensthabenden anrufen und ihn über meinen neuen Aufenthaltsort informieren.

Zu Hause angekommen, war die erste Handlung der Griff zum Telefon, um mich zurückzumelden. Und das nicht nur bei Bereitschaftsdienst. Für die Stellvertreter eines Brigadekommandeurs galt das immer, mit Ausnahme des Jahresurlaubs.

Unser Leitungsdienst begann nach Dienst und endete früh bei Dienstbeginn. An den Wochenenden war einer von uns von Sonnabend bis Sonntag, ein anderer von Sonntag bis Montag „Kommandeur vom Dienst“. Vor Verlassen des Stabes informierte man sich über die aktuelle Lage an der Grenze und in den Einheiten.

Zu Hause angekommen, war zu prüfen, ob das Telefon in Ordnung war. Bis zum Ende des Dienstes durfte die Wohnung nicht mehr verlassen werden. Der Leitungsdienst im Kommando der Grenztruppen wußte, wer in den Stäben der Brigaden Leitungsdienst hatte und unter wel-

**D**ie schlimmen und für viele Menschen tragischen Folgen eines jahrzehntelangen erbitterten Kampfes beider Weltssysteme an ihrer Nahtstelle im Zentrum Europas nimmt nach Auffassung des Autors die politische Klasse der Bundesrepublik heute zum Anlaß, um die ehemaligen Angehörigen der Grenztruppen der DDR in besonderer Weise zum Objekt einer als „Aufarbeitung“ deklarierten exemplarischen Abrechnung mit dem unterlegenen deutschen Staat zu machen. Mit „Mauerschützenprozessen“ wird staatliches Handeln heute als privater Straftatbestand verfolgt.

Das im November erscheinende Buch unter dem Titel *Davor — Dabei — Danach* wendet sich entschieden gegen eine solche Politik. Es ist der Versuch eines Zeitzeugen, historische Prozesse und Fakten in Erinnerung zu rufen, die Sicherheits- und Militärpolitik der DDR vor dem Hintergrund des Kalten Krieges, der ausdrücklich vom Westen gegen den Osten eingeleitet worden ist, zu beschreiben, die Auswirkungen des Bonner Alleinvertragsanspruchs auf das Sicherheitsbedürfnis der DDR zu zeigen und als Insider ein umfassendes und wahrheitsgetreues Bild von

der Nummer er erreichbar ist. Das gleiche galt für die ständige Erreichbarkeit zwischen dem Verantwortlichen des Stabes der Grenzbrigade und dem des Stabes der Grenzregimenter. Dann wartete man auf die Dinge, die da kommen würden.

Gab es Anzeichen für eine bevorstehende Grenzverletzung, dann lief die Meldung vom Posten im Grenzabschnitt über den Führungspunkt der Kompanie, des Bataillons zum Leitungsdienst des Regiments und von dort zum Leitungsdienst der Brigade.

Die Kommandeure aller Ebenen faßten die notwendigen Entschlüsse beziehungsweise bestätigten oder präzisierten bereits getroffene Entscheidungen. Die Handlungen der Grenzkompanie und eventuell eingesetzter Reserven zur Verhinderung eines Grenzdurchbruches verfolgte der Leitungsdienst der Brigade anhand seiner Karte und der laufend eingehenden Meldungen. Wenn es sich als notwendig erwies, gab er selbst Befehle zur Präzisierung vor Ort gefaßter Entschlüsse.

Über die an der Grenze eingetretene Lage und die eingeleiteten Maßnahmen informierte der Leitungsdienst der Brigade sofort den Leitungsdienst des Kommandos der Grenztruppen.

Während eines dieser Leitungsdienste wurde mir am Sonntagvormittag gemeldet, ein westdeutsches Sportflugzeug habe die Grenze in Richtung Meiningen überflogen. Kurze Zeit danach hörte ich die Motorengeräusche eines Flugzeuges. Vom Balkon aus sah ich es.

### Grenzverletzungen und andere Vorgänge

Es flog langsam und blieb über der Stadt. Dabei kreiste es auch über der Kaserne der Bereitschaftspolizei, unserem Stab und über der sowjetischen Kaserne. Ich hatte keinen Zweifel mehr, daß es sich um die gemeldete Maschine handelte. Sofort rief ich den Diensthabenden der nächsten Einheit der Luftstreitkräfte an. Ich informierte ihn über die erfolgte Grenzverletzung und meine Beobachtungen. Wenig später tauchten zwei Hubschrauber auf. Sie flogen auf das Sportflugzeug zu, nahmen es in die Mitte und entfernten sich mit ihm.

ihrem Grenzregime, den Grenztruppen, aber auch von den Motiven, dem Denken und Handeln ihrer Offiziere und Kommandeure zu vermitteln.

In einer Zeit, wo der Umgang mit der DDR, die Diskussion über Verhaltensweisen ehemaliger DDR-Bürger, ihre „Kategorisierung“ und die pauschale

genes bedeuten für ihn nicht die Aufgabe von Identität und Selbstwertgefühl.

Dem Autor geht es weder um unangebrachte DDR-Nostalgie, noch versucht er, bestimmten Geschehnissen und unbequemen Fragestellungen auszuweichen. Er bedauert aufrichtig die Opfer an der Grenze sowohl un-

eine Ausformung ihrer völkerrechtlich anerkannten Souveränität war.

Er setzt sich auseinander mit Geschichtsklitterung, Siegermentalität und Heuchelei, so mit dem Versuch der politischen Klasse, die destruktive Bonner Deutschland- und Berlinpolitik aus der gegenwärtigen Diskussion ausklammern zu wollen, sich im Widerspruch zur historischen Realität als steten Verfechter der nationalen Einheit darzustellen sowie die eigene Verantwortung für die Zuspitzung der Lage im geteilten Deutschland und ihrer Folgen zu leugnen.

Schließlich berichtet der Autor über seine Tätigkeit als Beauftragter des Ministers für Kohle und Energie und seine desillusionierenden Erlebnisse und Erfahrungen im Zusammenhang mit dem Niedergang der DDR-Wirtschaft.

Die autobiographische Form seines Berichtes und die anschauliche Schilderung von Kriegs- und Nachkriegszeit und wichtiger Etappen der DDR-Geschichte aus der Sicht eines langjährigen ehemaligen Offiziers der Volkspolizei und Kommandeurs der Grenztruppen verleiht dem Buch den Charakter eines Zeitdokuments besonderer Art.

## NEU BEI GNN:

**Davor — Dabei — Danach.** Ein ehemaliger Kommandeur der Grenztruppen der DDR berichtet. Von Hans Fricke. Bestellungen ab sofort möglich bei:

GNN-Verlag  
Badeweg 1, 04435 Schkeuditz  
Tel. (03 42 04) 20 93

GNN-Verlag  
Postfach 26 02 26, 50515 Köln  
Tel. (02 21) 21 16 58

Bis zum 26. November 1993 kann das Buch (240 Seiten) zum Subskriptionspreis von 16 DM bestellt werden, danach kostet es voraussichtlich 19,80 DM.

Verurteilung ganzer Personengruppen die Grenzen des öffentlich Sagbaren so niedrig halten, daß kaum jemand von ihnen es wagt, über seine Vergangenheit zu reden, bekennt der Autor sich zu seinem Leben und zu seiner Verantwortung in der DDR.

Kritisches und selbstkritisches Nachdenken über Vergan-

ter den Flüchtlingen als auch ungruppieren den Grenzsoldaten, macht gleichzeitig aber auch deutlich, daß das Grenzregime der DDR nicht losgelöst von der politischen und militärischen Gesamtentwicklung betrachtet werden darf, gesetzlich normiert und — unabhängig davon, wie es politisch zu werten ist —

Feldweibel unserer Kompanie.“

Kommandeur (jetzt schon mit einem drohenden Unterton): „Und wo ist dieser Feldweibel jetzt?“

Offizier: „Das wissen wir leider nicht. Wir schließen eine Fahnenflucht des Feldweibels nicht aus.“

Offenbar dachte dieser gerade erst von der Offiziersschule gekommene junge Offizier, daß es besser sei, dem vorgesetzten Stab eine Fahnenflucht schonend beizubringen, als gleich mit der Tür ins Haus zu fallen.

### Unterkunft und Familiensorgen

Die Grenzkompanien waren fast alle in neugebauten Objekten untergebracht. Es waren zweigeschossige Typenbauten mit Garagen, Kfz-Instandsetzungspunkt, Tankstelle und Hundezwinger. Das Außengelände umfaßte eine Hindernisbahn und einen Volleyballplatz. Auf einer Stube wohnten nicht mehr als drei Soldaten.

Das Kompaniegebäude hatte eine sinnvolle und für damalige Verhältnisse großzügige Raumeinteilung. Es war modern und zweckmäßig eingerichtet. Es gab eine moderne Küche, einen langen, in der Mitte durch eine faltbare Zwischenwand teilbaren Versammlungs- und Mehrzweckraum und andere Einrichtungen, die geeignet waren, sich in der Unterkunft wohlfühlen.

Die Offiziere wohnten mit ihren Familien in einem Haus nahe der Kompanie. Nicht wenige junge Frauen der Offiziere kamen aus Großstädten oder größeren Orten. Einige wohnten früher in Plauen, dem Sitz der Offiziersschule der Grenztruppen. Ihnen fiel es oft sehr schwer, sich an dörfliche Verhältnisse zu gewöhnen. Einigen gelang es nie.

Deshalb wurde ihnen regelmäßig Gelegenheit gegeben, mit Fahrzeugen der Kompanie in die nächstgelegene Stadt zu fahren, um dort einzukaufen, zum Friseur zu gehen oder mit ihrem Mann mal auszugehen. Auch die Soldaten erhielten die Möglichkeit, mit Dienstfahrzeugen in die Stadt gefahren zu werden.

Es gab damals eine Zeit, da wurden den Soldaten während ihres Grenzdienstes von jenseits der Grenze häufig Süßfrüchte, Schokolade und andere Genuß-

mittel zugeworfen. Aufgrund der Versorgungslage in der DDR hatten sie selbst keine Möglichkeit, sich zum Beispiel Bananen zu kaufen. So kam es vor, daß Grenzposten diese Dinge aufhoben und verzehrten. Häufig wurden sie dabei von westdeutschen

### Tricks mit Süßfrüchten

Medien gefilmt, die in einem solchen Augenblick „zufällig“ an dieser Stelle waren.

Das führte zu einer Verordnung der Regierung der DDR, nach der an die Angehörigen der Grenzkompanien wöchentlich ein Beutel Süßfrüchte auszugeben sei. Nun waren sie nicht mehr auf westdeutsche Almosen mit propagandistischer Zielstellung angewiesen.

Die Verpflegung in einer Grenzkompanie war nicht nur abwechslungsreich, sie wurde auch niveaull angeboten. Die Früh- und Abendmahlzeit erfolgten grundsätzlich in Form einer Büfett-Versorgung. Dazu wurde im Speisesaal für jede Dienstschiicht ein großes Büfett mit einer für damalige Verhältnisse vielseitigen Auswahl hergerichtet. Jeder konnte so viel nehmen, wie er brauchte. Vor ihrem Grenzdienst erhielten die Soldaten in der Küche zubereitete „Postenbrote“. Es war für mich immer wieder erfreulich, festzustellen, wie rücksichtsvoll die Soldaten sich untereinander verhielten. Auch von ausgesprochener Mangelware blieb für die letzten noch etwas im Büfett.

### Man hilft sich bei der Verpflegung

Diese Art der Verpflegungsver-sorgung brachte für die Küchenkräfte einen erheblichen zusätzlichen Arbeitsaufwand mit sich. Ich habe aber nie eine Küchenfrau angetroffen, die darüber geklagt hätte. Sie waren meist schon Jahre in der Küche der Kompanie beschäftigt und sprachen von den Soldaten nur als „unseren Jungs“.

Nicht selten brachten sie Gewürze, Gemüse und Obst für die Küche aus ihrem Garten mit. ohne es sich bezahlen zu lassen. (...)